

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit Illustration Sonntag-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,  
 Eingetragen in der Post-Bestellungs-  
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7878.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Gehalt täglich außer Montags.

**Die Insertions-Bedingungen**  
 beträgt für die sechsgepatente Kolonne  
 jeils oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonnabend, den 15. Februar 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

### Aus dem Zollkriegslager.

Die Zollkommission hat am Freitag den Zollkrieg be-  
 schlossen; die Wuchermeierei erhob trotz des Widerstandes der  
 Regierung den Antrag zum Beschluß, daß der neue Tarif spätestens  
 am 1. Januar 1905 in Kraft treten solle. Danach werden die be-  
 stehenden Handelsverträge bis zum Ablauf des Jahres 1903 gekündigt  
 werden müssen, ob sich nun inzwischen neue Handelsverträge er-  
 möglicht haben oder nicht.

Mit diesem Beschluß hat die Agrarmehrheit der Kommission die  
 von der Regierung verteidigte Politik durchkreuzt, damit aber auch  
 zugleich die Lage vereinfacht. Jetzt ist es klar, daß der Zolltarif mit  
 dieser Terminklausel unter allen Umständen den Zollkrieg  
 bedeutet, und da die Regierung weiß, daß ihr Entwurf ohnehin die  
 Gefahr von Zollkriegen äußerst nahe rückt, ja sie fast sicher er-  
 scheinen läßt, andererseits aber die furchtbare Verantwortung für die  
 direkte Erklärung eines handelspolitischen Weltkrieges nicht über-  
 nehmen kann, so möchte sie entweder jetzt ihren Zolltarif zurück-  
 ziehen und aus Land appellieren, oder aber selbst zurücktreten und  
 einem Ministerium Wangenheim-Ramsey-Müller-Fulda-Kardorff Platz  
 machen.

Wie unsere Verhältnisse nun aber einmal liegen, so wird man  
 der harten Notwendigkeit unabweislicher Entscheidung wiederum  
 ausweichen und ruhig fortwarten. Möglich, daß ja bei der  
 zweiten Lesung der Freistimmigen wieder fällt, und der Wucher-  
 frieden der „mittleren Linie“ zwischen Regierung und Mehrheit her-  
 gestellt wird — wir haben keinen Anlaß, uns durch diese Zukunfts-  
 kombinationen irgendwie beeinflussen zu lassen. Unser Weg ist klar  
 vorgezeichnet: Dieser Zolltarif darf nicht Gesetz werden, gleichgültig,  
 ob er mit oder ohne Freistimmigen befaßt ist.

Nachdem die Mehrheit demonstrativ die Erklärung des Zollkrieges  
 beschlossen hatte, ging sie nun auch zum inneren Krieg über.  
 Mit einem in der Geschichte des deutschen Reichstags bisher un-  
 erhörten menschenleichen Gewaltstreich versuchte der Vorsitzende der  
 Kommission, Herr v. Kardorff, im Verein mit dem aus der Marine-  
 Affären her in dieser Modifikation gebliebenen Centrumsmüller aus  
 Fulda die Minderheit der Kommission brutal und hinterlistig nieder-  
 zuwerfen.

Es ist selbstverständlich, daß bei einem Zolltarif, der auf die Not  
 der Landwirtschaft begründet ist, vor allem dieser Koststand bewiesen  
 wird. Bisher ist man über leere allgemeine Redensarten nicht hinaus-  
 gekommen. Deshalb war die von der Linken erhobene Forderung  
 einer landwirtschaftlichen Enquete die unerläßliche Voraussetzung aller  
 weiteren Verhandlungen. Der Antrag Gothein diente diesem Zweck,  
 Klarheit über die Lage der Landwirtschaft zu gewinnen. Und diese  
 ebenso berechtigten wie den Agrariern verhasste Forderung zu  
 vereiteln, war die Absicht einer Verschwörung, die Herr  
 v. Kardorff und Müller-Fulda angezettelt hatten. Herr Müller-  
 Fulda brachte einen Antrag ein, die Enquetefrage bis  
 zum Schluß der zweiten Lesung zu vertagen, d. h. zu  
 begraben. Gegen den Antrag lagen mehrere Wortmeldungen  
 vor. Herr v. Kardorff aber erklärte plötzlich eine Diskussion für  
 unzulässig und wollte den Antrag Müller-Fulda sofort zur Ab-  
 stimmung bringen.

Infolge des Gewaltstreiches entstanden so wild erregte Scenen, wie  
 sie im Reichstag selten, in einer Kommission noch niemals  
 erlebt worden sind. In einem elementaren Ausbruch leidenschaftlicher  
 Energie widerlegten sich unsere Genossen dem  
 Kardorffschen Staatsstreichversuch, so daß schließlich die Mit-  
 glieder des Centrums einlenkten und gegen den Antrag  
 ihres Parteigenossen stimmten, der damit fiel. Nachdem auf  
 diese Weise der eigentliche Kriegszustand aus der Welt geschafft war,  
 legte Herr v. Kardorff den Vorsitz nieder. Die Aus-  
 einandersetzungen fluteten noch eine Zeitlang chaotisch gärend dahin.  
 Schließlich ging man ergebnislos auseinander.

Am nächsten Dienstag wird man sich zunächst einen Vorsitzenden  
 wählen müssen.

Nachfolgender Bericht skizziert den Verlauf der Verhandlungen.

Am Freitag wurde die Beratung des § 12 des Tarifgesetzes,  
 der den Zeitpunkt des Inkrafttretens bestimmt, fortgesetzt.

**Speck (L):** Der vorliegende Entwurf specialisiert und das ist  
 sein Vorzug. Die Specialisierung erleichtert den Abschluß von Handels-  
 verträgen. Wenn keine Frist für das Inkrafttreten des Tarifs eingesetzt  
 wird, dann werden die Verhandlungen mit den Vertragsstaaten sich in die  
 Länge ziehen. Das Prinzip der Meistbegünstigungsverträge ist besonders  
 im Hinblick auf die mit uns in engere Handelsvertrags-Politik  
 getretenen Staaten zu vertiefen. Oesterreich-Ungarn z. B. wird  
 schwer geschädigt durch den Meistbegünstigungsvertrag mit Argentinien.  
 Dem ungarischen Weizen entsteht durch die Meistbegünstigung  
 mit Argentinien erdrückende Konkurrenz. Sollte die Befristung bis  
 zum 1. April 1905 nicht genügen, so wird der Reichstag zweifellos  
 eine weitere Befristung zugestehen. Bei einem vertragslosen Zustand  
 zwischen Deutschland und Oesterreich würde letzteres den größten  
 Schaden haben. Zollkriege sind indessen durchaus zu vermeiden.  
 Die Konserwativen und das Centrum sind durch das Fleisch-  
 beschau-Gesetz mißtrauisch geworden. In dieses Gesetz sind  
 für die Landwirtschaft günstige Bestimmungen aufgenommen. Da  
 aber ein Termin für das Inkrafttreten nicht angesetzt war, sind sie  
 heute noch nicht in Wirkung. Den Antrag Gothein auf An-  
 stellung von Enqueten ist so lange als ein Obstruktions-  
 antrag zu betrachten, bis Herr Gothein das Gegenteil  
 nachgewiesen hat. (Abg. Gothein ruft: Ich werde Ihnen das bei  
 der Begründung der Anträge nachweisen.)

Herr v. Seyl zu Herrndheim (nall.) stellt für die zweite  
 Lesung einen Antrag in Aussicht für die Staaten, mit denen wir

nicht im engeren Vertragsverhältnis stehen, den Termin für das  
 Inkrafttreten des Gesetzes auf den 1. Januar 1904 festzusetzen.  
 Ein vollständig er Doppeltarif hätte das Gute, daß man  
 dem einen Staat diese, dem andern jene Vergünstigungen gewähren  
 könnte. In dem Handel mit den Vertragsstaaten haben wir eine  
 Unterbilanz, freilich ist diese beständig gesunken. Die Pro-  
 duktionskosten für Weizen betragen am Rhein 16 M., während sie  
 für argentinischen Weizen franco Rotterdam nur 10 M. betragen;  
 wir müssen daher einen Zoll von 7,50 M. für Argentinien  
 in Aussicht nehmen. Wenn wir dann Rußland und Oesterreich gegen-  
 über nur 6 M. Zoll nehmen, dann hat dies immer einen Vorteil,  
 wenn diese Vergünstigungen den überseeischen Staaten nicht bewilligt  
 werden. Neben den Minimalzöllen für Getreide muß auch ein  
 Minimalzoll für Mehl angesetzt werden.

Alle Meistbegünstigungsanträge müssen, und zwar früher als die  
 Handelsverträge gekündigt werden. **Redner erklärt, keinem  
 Handelsvertrag seine Zustimmung zu geben, wenn die Meist-  
 begünstigungsverträge nicht beseitigt sind und befaßt sich vor,  
 in einem Antrage die Kündigung der Meistbegünstigungsverträge zum  
 1. Januar 1904 vorzuschlagen.**

Staatssekretär Graf **Vosadowitz** bekämpft die Ausführungen  
 der Abgg. Speck und Seyl.

**Stadthagen (Soe.):** Hehl siehe, wenn auch unbewußt, auf dem  
 reinen politischen Standpunkt. Uns liege nicht daran, das Gesetz  
 möglichst hinauszuschleppen, sondern es bald, aber in einer für uns  
 annehmbaren Gestalt, in Kraft zu setzen. Vor allem müssen die  
 Getreidezölle herabgesetzt werden. Wir wollen über alle diese Fragen  
 sachliche und gründliche Erörterung. Wie kann man da von  
 Obstruktion sprechen? Was ist denn eigentlich Obstruktion?

Stellvertretender Vorsitzender **Paasche** (unterbrechend) ersucht  
 den Redner, sich kurz zu fassen. Er solle hier nicht eine allgemeine  
 Abhandlung über den Begriff Obstruktion geben.

**Stadthagen (fortfahrend):** Die Unterbrechung des Vorsitzenden  
 verlängert nur unnötig die Debatte. (Weiterleit.) Wochenlang haben  
 die Freunde des Herrn Paasche die Debatte mit Anträgen hin-  
 geschleppt, die unannehmbar waren. Wie breit ist über Spiritus  
 und Zucker gesprochen worden und auch der vorliegende Antrag  
**Spahn ist Obstruktion** im wahren Sinne des Wortes.  
 (Heiterkeit.) Denn er will verhindern, daß Handelsverträge zu  
 Stande kommen. Gestern hat uns Herr v. Kardorff mitgeteilt,  
 daß die Landwirtschaft jährlich 9 Milliarden, die Industrie aber nur  
 6 und der Handel 2 Milliarden an Wert produziere. Dagegen hat  
 die Industrie noch 3 Milliarden für Rohstoffe abzugeben. Wenn  
 diese Ziffern, deren Richtigkeit sehr zu bezweifeln ist, vom Wirt-  
 schaftlichen Ausschuss ermittelt sind, dann können sie nur beweisen,  
 daß sich die Landwirtschaft in einer außerordentlich günstigen Lage befindet.  
 Von den 14 Milliarden erzeugter Werte, die nach Abzug der Rohstoffe  
 das Nationaleinkommen darstellen, nimmt die Landwirtschaft die  
 weniger als 1/3 der Bevölkerung umfaßt, 2/3 für sich in Anspruch. **Da  
 fehlt jede Grundlage für die Behauptung der Agrarier, daß sich  
 die Landwirtschaft in einer Notlage befinde.** Gestern hat Herr Paasche  
 auf die bedingte Lage der Zucker- und Spiritusindustrie hingewiesen. Es  
 scheint mir so, als wenn das nur geschehen sei, um die Debatte zu verzögern  
 als hätte man hier einen weiteren Fall von Obstruktion der  
 Mehrheit vor sich. Mit dem Antrag Spahn hatten die gestrigen  
 Ausführungen des Herrn Paasche nicht das geringste zu thun. Ver-  
 merktenswert ist auch, daß die Antragsteller sich als strenge  
 Monarchisten gebärden und das Inkraftsetzen durch kaiserliche Ver-  
 ordnung verlangen, dabei aber dem Monarchen vorschreiben, bis  
 wann er seinen Entschluß zu fassen hat.

**Bräufte (fr. Vg.)** bekämpft ebenfalls den Antrag Spahn. Es  
 gehe der Regierung sehr um die Rechten, wie Eltern mit verzogenen  
 Liebkindern. Bewilligten dieselben nicht jeden unvernünftigen  
 Wunsch, so werde über mangelndes Wohlwollen und das schaurig  
 kalte Herz gezeuget. Als praktischer Landwirt bestreite er durchaus  
 den behaupteten Mangel der Landwirtschaft.

**v. Kardorff (Abg.)** beruft sich auf Bismarck, der immer den  
 Grundtag verteidigt habe, daß man sich nicht durch wirtschaftliche  
 Zugeständnisse politische Freundschaften erwerben oder erhalten  
 könne.

Staatssekretär Graf **Vosadowitz** weist demgegenüber auf die  
 totale Verschiebung der Verhältnisse innerhalb der letzten 20 Jahre  
 hin. Auch die größte staatsmännische Autocritik könne nicht ver-  
 langen, daß ihre gelegentlichen Ausprüche ewig als Axiome be-  
 trachtet würden. In der Politik müsse man sich nach den gegebenen  
 Verhältnissen richten, das habe Bismarck immer getan.

**Gothein (fr. Vg.)** beruft sich auf Schmoller, der Bismarcks  
 Anspruch ebenfalls für völlig verfehlt erachte. An der Verbesserung  
 der russischen Beziehungen sei doch handgreiflich zu spüren, wie die  
 wirtschaftliche Annäherung eine politische Annäherung nach sich gezogen  
 habe. Mit seinen Enquete-Anträgen beabsichtige er keine Obstruktion.  
 Es sei unbillig, diese Anträge schon zu belämpfen, ehe er noch in der Lage  
 gewesen sei, dieselben mit einem Worte zu begründen. Redner tritt für  
 volle Meistbegünstigung ein, besonders mit Rücksicht auf die Industrie-  
 artikel, die außer von uns auch von andern Staaten unter ähnlichen  
 Bedingungen hergestellt werden könnten, und das sei die übergroße  
 Menge aller unserer Industrie-Artikel. Länder mit wenig entwickelter  
 Industrie wären häufig schon technisch nicht in der Lage, komplizierte  
 Tarifverträge abzuschließen. Für solche Staaten müßten die einfachen  
 Meistbegünstigungsverträge aufrecht erhalten werden, deren Be-  
 seitigung die allverbedenlichsten Wirkungen auf das wirtschaftliche  
 Leben haben müßte.

Graf **Ramsey (L)** hält die Ausführungen des Abg. Gothein  
 nicht für richtig. Er polemisiert dann gegen den Abg. Speck und  
 wünscht der Regierung ein möglichst festes Maßmaß in den  
 Verhandlungen mit den Vertragsstaaten. Er glaube, daß Rußland  
 im Hinblick auf seine ungünstige Handelsbilanz mit uns nicht wieder  
 Handelsverträge abschließen werde. Der Reciprozitätsvertrag mit

Nordamerika betreffe nur einige untergeordnete Artikel. Es müße  
 eine Hauptaufgabe der Regierung sein, unsere Position Amerika  
 gegenüber zu verbessern; geschehe dies nicht, habe die ganze Handels-  
 vertrags-Politik keinen Zweck. Aus Furcht vor einem Zollkrieg solle  
 man nicht von Position zu Position zurückweichen.

**Mollenhuth (Soe.)** fragt die Befürworter des Antrags Spahn,  
 welche Nachmittel sie anwenden wollen, um den Kaiser zu  
 zwingen, die Verordnung zu erlassen, wenn sie bis zum  
 1. Januar 1905 nicht erlassen ist. Eine Auskunft würde sehr  
 interessant sein auch für etwaige andere Fälle, in dem eine  
 gesetzlich erforderliche kaiserliche Mitwirkung verweigert werde.  
 Bei dem Hase gegen Nordamerika und Argentinien und dem  
 Wunsch auf Abbruch der Handelsbeziehungen zu diesen Staaten  
 sollte man doch wenigstens einigermassen Rücksicht nehmen auf die  
 enormen Interessen unser Rederei, die ihre Haupteinnahmen in  
 Amerika findet. Ehe man sich auf den kaiserlichen Vorschlag mit der  
 Kündigung der Meistbegünstigungsverträge einläßt, müßte man eine  
 Zusammenstellung über den Nutzen haben, den wir aus der Meist-  
 begünstigung genießen und eine Zusammenstellung der Gesetze, woraus  
 zu ersehen ist, welche Nachteile Deutschland nach Wegfall der Meist-  
 begünstigung zugefügt werden können.

Staatssekretär Graf **Vosadowitz** giebt dem Vorredner recht.  
 Es ist ein staatsrechtliches Novum, daß man für den Erlass einer  
 kaiserlichen Verordnung einen Termin vorschreibt.

**Spahn (L)** hält es für überflüssig, die Mollenhuthsche Frage  
 zu beantworten. Das Gesetz muß die Unterschrift des Kaisers haben,  
 der bisher diese Unterschrift nie verweigert habe. Wenn das Gesetz  
 mit der Bestimmung des Termins für die kaiserliche Verordnung  
 erlassen wird, muß diese Bestimmung mit publiziert werden.

**Stadthagen (Soe.)** weist nach, daß der Antrag Spahn eine  
 ganz neue Art Verpflichtung schaffe. Er müsse sich wundern,  
 daß von Seiten der kaiserlichen Parteien eine solche **Minderung  
 der kaiserlichen Machtstellung** angestrebt zu werden. Sie gehe her-  
 vor aus den allgemeinen Mißtrauen der „Staatsbehaltenden“ Parteien  
 gegen die Regierung.

Darauf schließt die Diskussion.  
 Der Antrag **Spahn** wird gegen die Stimmen der Freistimmigen,  
 Socialdemokraten und des nationalliberalen Abg. **Deumert**  
 angenommen. Er setzt fest, daß **spätestens der Zolltarif 1905 in  
 Kraft tritt.**

Es kommt nun zu einer **erregten Scene.**  
 Vorsitzender **v. Kardorff:** Wir kommen nun zu den Anträgen  
 des Abg. Gothein auf Vornahme von Enqueten. Hierzu liegt ein  
 Antrag des Abg. Müller-Fulda (L) vor: „Die Beratung über  
 diese Angelegenheit bis nach der zweiten Lesung auszusetzen.“

**Gothein, Singer und Stadthagen** bitten zur Geschäftsordnung  
 um Wort.

Vorsitzender **v. Kardorff (fortfahrend):** Wer für den Antrag  
 Müller ist, den bitte ich eine Hand zu heben.

Erneute stürmische Rufe von **Gothein, Singer und  
 Stadthagen: „Zur Geschäftsordnung!“**

Vorsitzender **v. Kardorff:** Das giebt es nicht! Der Antrag  
 Müller-Fulda entspricht einem Antrag auf Vertagung und  
 über den wird ohne Debatte abgestimmt.

Diese Worte des Vorsitzenden entfesseln den Tumult.  
 Die Mehrzahl der Abgeordneten hat sich von den Eigen erhoben.  
**Alles spricht und ruft durcheinander.** Man hört **Singer und  
 Stadthagen** rufen: „Das ist eine Vergeßlichkeit! Das ist  
 Terrorismus! Das ist ein Bruch der Geschäftsordnung! Das ist  
 Gewalt!“

Die freistimmigen Abgeordneten rufen gleichzeitig: „Sie stehen  
 nicht über der Geschäftsordnung! Das ist unredlich!“

Der Vorsitzende **v. Kardorff** verfaßt vergebens mit der Mode  
 Ruhe zu schaffen. **Er klingelt minutenlang,** um sich Gehör zu ver-  
 schaffen. Schließlich schreit er dazwischen: „Sie können mich beim Plenum  
 verklagen!“ (Zwischenrufe der Socialdemokraten: „Hier müssen  
 Sie Ruhe stehen, wir weihen nicht!“) Dann wiederholt er unter  
 großem Lärm: „Wer für den Antrag Müller ist, soll die Hand  
 erheben!“ Hier, fünf Abgeordnete erheben die Hände. **v. Kardorff  
 erklärt den Antrag Müller für abgelehnt und legt gleichzeitig  
 seinen Vorstoß nieder.** Unter diesen Umständen löste er nicht  
 weiter Vorsitzender sein.

Kunmehr wird die Vertagung auf Dienstag beschlossen. Sämtliche  
 Kommissionsmitglieder und die Regierungsvertreter bleiben im  
 Saal. Die Besprechung der Affaire wird, wie **Singer** meint, als  
 „gesellige Unterhaltung“ fortgesetzt.

**Spahn** meint, es sei doch nur darüber abgestimmt, ob über den  
 Antrag Müller-Fulda eine Debatte stattfinden soll.

**v. Kardorff** erklärt aber, er hätte über den Antrag Müller-  
 Fulda abstimmen lassen und dieser sei abgelehnt.

**Singer:** Die Sitzung ist zwar geschlossen, aber wir können  
 ja feststellen, daß über Schluß- und Vertagungsanträge zwar keine  
 Debatte stattfand, daß aber der Antrag Müller kein solcher Schluß-  
 oder Vertagungsantrag gewesen ist. Dieser Antrag fordere die  
 Aussetzung der Beratung eines andern Antrages. Dafür sind  
 materielle Gründe anzuführen und über solche Anträge wird immer  
 diskutiert. Das Vorgehen des Vorsitzenden ist also ein Verstoß gegen  
 die Geschäftsordnung und gegen die Gepflogenheiten des Hauses.  
 Es taucht der Vorschlag auf die Beratungen der Zolltarif-  
 kommission so lange zu vertagen, bis Herr v. Frege aus dem  
 Süden zurück ist. Er sei wohl der geeignetste Leiter für solche  
 Verhandlungen. (Große Heiterkeit.)

Allmählich verlassen die Mitglieder der Kommission das Sitzungs-  
 zimmer.

Am Dienstag ist zuerst die Wahl eines Vorsitzenden vor-  
 zunehmen. Dann hat die Beratung über die Enquete-Anträge  
**Gothein** zu beginnen.



# Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Februar.

## Der Reichstag

bevolligt am Freitag dem Staatssekretär Kraetke das Gehalt, eine längere Debatte ging vorher, in der viele Vorklagen erörtert wurden. Daneben wurden auch wichtigere Fragen besprochen. So regte der freimüthige Abg. Müller-Meinungen die Einführung des Inlandtariffs, wie er im Verkehr mit Oesterreich besteht, auch für den Verkehr mit der Schweiz an und tabelte die Hartnäckigkeit der Bayern, die an ihrer besonderen Postmarken festhalten. Der Ultramontane Jhr. v. Hertling, der die Hofbräuhaussteuer besser kennt, behauptete aber, es käme zu einer Revolution in München, wenn dort die Einheitsmarke eingeführt würde. Auch die Reichs-Postverwaltung scheint von der Unzufriedenheit der Markeneinheit für die nächste Zeit wenigstens überzeugt zu sein, denn Herr Kraetke lehnte den Versuch ab, daß die bayerischen Marken gegen Reichsmarken auf den Postämtern ungetauscht werden dürften. Man will dieses Pressionsmittel nicht aus der Hand geben.

Von verschiedenen Seiten wurde eine Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses angeregt. Hierzu gab der Staatssekretär die Erklärung ab, daß eine Vorlage in Vorbereitung sei, die die Wohnungsgeldzuschüsse für alle Reichsbeamten neu regelt. Im Laufe der Debatte griff Genosse Ulrich den Fiskalismus der Postverwaltung scharf an und forderte eine Vermehrung der Zahl der Beamten und eine Verminderung ihrer Dienstzeit. Gegenwärtig würden infolge des unheilvollen Sparsystems die unteren Beamten zur Ueberarbeit gezwungen und ihre Wohnungsverhältnisse seien ganz unbefriedigend. Herr Kraetke suchte seine Verwaltung so gut es ging zu verteidigen. Er behauptete dabei, daß auch die Unterbeamten in der Wahrnehmung ihrer Vereinstrechte nicht beeinträchtigt werden sollen. Genosse Peus brachte die Postfreiheit der Fürsten zur Sprache. Er wies darauf hin, daß offenbar auch für die Telefongespräche der Fürsten keine Gebühren erhoben würden. Das wurde vom Unterstaatssekretär Sydow bestätigt, nur die Anschlußanlagen haben die Herren auf eigene Kosten herzustellen. Zum Schluß wurde eine alte etatsrechtliche Frage ausführlich erörtert. Die Postverwaltung hatte für dieses Jahr die Vermehrung der etatsmäßigen Stellen der Postassistenten um 1000 vorgesehnen und den Kostenaufwand auf 1 1/2 Millionen veranschlagt. Am Einspruch des Schatzsekretärs aber war dieser Plan gescheitert. Nun nahmen ihn die Freimüthigen wieder auf und beantragten die Einstellung der Summe in den Etat.

Schatzsekretär v. Thielmann ging auf die Sache selbst nicht ein, sondern beschränkte sich auf einen formellen Widerspruch. Er stellte in Abrede, daß der Reichstag befugt sei, höhere Summen in den Etat selbstständig einzustellen, und wies dazu, der Regierung durch eine Resolution die Forderung nahegelegten.

Singer bezeichnete die Anschauung Thielmanns für irrig und verwies auf zahlreiche Präcedenzfälle. Auch der Centrums-Abgeordnete Wöhrer schloß sich dieser Ansicht an.

Prinzipiell wurde die Frage zunächst nicht ausgetragen, da die Freimüthigen auf den Wunsch des Schatzsekretärs eingingen und sich mit der Stellung einer Resolution begnügten, die demnächst wohl einstimmig angenommen werden wird. Doch behielten sie sich auf Rat Singers vor, zu ihrem ursprünglichen Antrag bei der dritten Etatsberatung zurückzukehren, falls von der Regierung nicht inzwischen eine bindende Erklärung erfolgt ist.

Sonnabend wird die Beratung des Postetats fortgesetzt, außerdem steht der allgemeine Pensionsfonds und das Reichs-Militärgericht auf der Tagesordnung.

## Das Abgeordnetenhaus

libertwies am Freitag die Vorlage betr. die Bewilligung weiterer Staatsmittel im Betrage von 12 Millionen Mark zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, und von gering beföldeten Staatsbeamten nebst der dazu gehörigen Denkschrift über die Ausführung der früheren gleichartigen Vorlagen nach kurzer Beratung an die Budgetkommission. In der Debatte sahen sich alle Redner von dem freimüthigen Dr. Crüger bis zu dem konservativen Zellisch veranlaßt, ausdrücklich zu erklären, daß sie die private Bauhätigkeit nicht ausschalten, sondern ein Eingreifen des Staates nur insoweit zulassen wollen, wie die private Bauhätigkeit nicht ausreicht. Auf denselben Standpunkt stellte sich Minister Jhr. v. Rheinbaben, der wieder unnütz viel Aufhebens von der Wohnungspolitik Preussens machte.

Hierauf setzte das Haus die Beratung des Etats der Bauverwaltung fort. Abgesehen von den alljährlich erfolglos vorgetragenen Wünschen auf Gehaltsaufbesserung einiger Beamtenkategorien und von dem Betonen lokaler Schmerzen, kam es zu einer kleinen Kanaldebate. Die Agrarier verlangen Regulierungen einiger Flüsse; die Regierung konnte sie aber mit Recht darauf hinweisen, daß ihre Wünsche in der von ihnen selbst zu Fall gebrachten Kanalvorlage berücksichtigt waren. Die Versicherung, daß die neue Vorlage „seiner Zeit“ kommt, wurde von Regierungsvertretern der Abweisung halber wieder abgegeben. Die Regierung steht, wie der Kommissar des Ministers hinzufügte, nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die wasserwirtschaftliche Vorlage ein einheitliches Ganzes sei, aus dem man einzelne Teile nicht herausnehmen dürfe.

Am Sonnabend: Fortsetzung der Beratung des Etats der Bauverwaltung und Justizetat. —

## Deutsches Reich.

### Ein doppelter Schlag der Grubenbarone.

Man schreibt uns aus dem Ruhrkohlenrevier: Seit Monaten werden auf den rheinisch-westfälischen Gruben Feierschichten eingelegt und überall Lohnreduktionen vorgenommen, auch legte man Arbeiter ab. Nachdrücklich wurde man Arbeiter aber auch in erheblicher Anzahl ein, so daß die Belegschaftsziffern noch in die Höhe gingen. In den Unternehmerorganen wird sorgfältig darauf hingewiesen, daß die Löhne relativ noch sehr günstig sind. Die Ergebnisse der Untersuchungen ungünstig sich gestalten, eine Steigerung der Leistungen der Arbeiter, sowie härtere Lohnherabminderung notwendig ist. Wie es in Wahrheit mit der Berechnung über Leistung und Lohnhöhe bestellt ist, läßt trotz des offensichtlichen Verhältnisses der Verschleierung der Jahresbericht für 1901 der Bergwerksgesellschaft Gelsenkirchen erkennen. Der Jahres-Durchschnittslohn ist um 97 M. auf 1310 M. gegen das Vorjahr zurückgegangen. Während man sonst seitens der Unternehmer von Ueberschichten nichts

zu vermeiden weiß, wird hier gleich bemerkt, die Lohnverminderung finde durch Schichtenausfall seine Erklärung, womit gelogt sein soll, eine direkte Lohnreduktion habe nicht stattgefunden. Dann aber wird weiter bemerkt, daß die Lohnausgabe auf eine Tonne Kohlen gegen das Vorjahr um 4,37 Proz., gegen 1894 um 41,57 Proz. gestiegen sind. Woher diese Steigerung resultiert, das auseinanderzusetzen — vermag man. Die Gesamtbelegschaft der Gelsenkirchener Gesellschaft war in 1901, obwohl die Produktion zurückging, Feierschichten an Stelle der sonst üblichen Ueberschichten trauen, um 2061 höher als in 1900, nämlich von 19 050 auf 21 111. Für die Kohlenförderung hat man zweifellos die Belegschaft nicht erhöht, sondern für Reparaturen, wofür im Berichtsjahre 684 000 Mark mehr ausgeben wurden als im Jahre vorher, 10 884 000 Mark gegen 10 200 000. Die hierbei beschäftigten Leute und die Löhne werden aber der Belegschaft resp. den Produktionskosten zugerechnet und das — gewünschte Resultat ist da.

Durch die stiffermäßigen Widerleistungen und Selbstkostensteigerungen glaubt man aber noch nicht genügend für — erheblichere Lohnreduktionen Stimmung gemacht. Dazu hat man noch besonders vorbereitet. Durch Einlegung von Feierschichten vermied man — wie das ja auch unversehens geschehen wurde — die Verminderung der Belegschaft, ja noch mehr, durch weitere Einstellung von Arbeitskräften erhöhte man noch die Zahl der eventuell entbehrlichen Leute. Das geschah ohne Zweifel nach einem bestimmten Plane, zu einem bestimmten Zwecke. Dieser Zweck wird ziemlich offensichtlich, wenn man vernimmt, daß am 15. Februar 1902 auf allen Gruben Massenentlassungen vorgenommen werden sollen!

Unter der Befügung, welche die Magnahme hervorgerufen werden, sind, so hofft man, bedeutende Lohnreduktionen leicht vorzunehmen.

Diese Magnahme der Massenentlassung soll weiter **hatschriftlichen Bestrebungen dienen!** Durch Massenentlassungen sind die Bergwerks-Verwaltungen aufgefordert worden, für die Kündigung am 15. Februar die aus Ost- und Westpreußen stammenden Arbeiter auszuwählen, jedoch die Maßnahmen von der Kündigung anzuschließen!

Auf diese Weise will man nun anscheinend das Ruhrrevier von den Polen säubern, die konservativen, verpreuhten Maßnahmen sollen hier bleiben. Erst holte man die Polen als Lohnrücker in großen Scharen heran, setzte dieselben in Kolonien, hielt sich dieelsten lieb und warm, nun der Noth keine Schuldigkeit gethan, kommt der große Säub und die rheinisch-westfälischen Grubenbarone retten wiederum ihre „ideale nationale“ Bestimmung. Daß aber ruhig weiter durch billig arbeitende Italiener und andre Vertreter von Vaterländern dem deutschen Arbeiter die Arbeitsbedingungen erschwert werden, das beweist das „nationale“ Gefühl der Grubenmagnaten nicht im mindesten. Das Lohnrück- Karren verbiidet nun mit nach oben Erwünschten das Nützliche — Polenzug und Verringerung der Selbstkosten durch Lohnrückerei.

**Landestrainer.** Im Abgeordnetenhaus haben die Abgg. Dr. Wiemer und Kopsch beantragt, die Regierung zu ersuchen, auf die Aufhebung des die Landestrainer betreffenden Reglements von 1797 und die Kabinetsordre von 1845 hinzuwirken.

Daß jene Kabinetsordre überhaupt rechtsungültig sei, haben wir wiederholt nachgewiesen. Sie verstoßt gegen die Gewerbe-Ordnung. Immerhin ist es zweckmäßig, wenn sie nun auch formell beseitigt würde. —

**Kriegsgerichtlich zum Tode verurteilt** wurde, wie wir vor einiger Zeit meldeten, wegen militärischen Aufruhrs in China der ehemalige China-Gewinnliche Ludwig Freihof, Sohn eines in Duchsheim in der Pfalz wohnenden Totengräbers. Wie der Verurtheilte seinen Eltern jetzt brieflich mitgeteilt hat, ist die Todesstrafe in eine achtjährige Zuchthausstrafe umgewandelt worden. —

**Eine Miniatur-Brüderjahde.** Vor dem Kriegsgericht der 1. sächsischen Division Nr. 23 wurde am Donnerstag, gegen den Lieutenant Walter Rose vom Jittauer Infanterie-Regiment Nr. 102 wegen Mißverurteilung verhandelt. Der angeklagte Offizier war am Nachmittage des 19. Januar, einem Sonntag, in der Wohnung des Kaufmanns Richard Häbler in Jittau erschienen, um diesen für eine ihm, Rose, angelegte thätliche Beleidigung zu entschuldigen. Rose zog seinen Säbel und hieb auf den unbewaffneten Häbler ein. Diefem gelang es, nachdem er einige Schläge über den Kopf und Arme erhalten hatte, den Säbel mit beiden Händen zu erfassen und den Angreifer in eine Ecke des Zimmers zu drücken. Inzwischen hatte die dreizehnjährige Tochter Häblers Hausbewohner alarmirt und diese hatten die Polizei gerufen. Als die Polizeibeamten erschienen und die in der Stube noch immer mit dem Besitz des Säbels ringenden getrennt hatte, stellte es sich heraus, daß Häbler im Gesicht, am Kopfe und an beiden Armen leichte Hanverletzungen davongetragen hatte. Er behauptete jedoch, daß der Offizier mit voller Kraft zugeschlagen habe. Veranlassung zu dieser Ausforderung bildete ein Rencontre, welches am Tage vorher in den ersten Morgenstunden des Sonnabends in einem Jittauer Kaffeehaus zwischen Rose und Häbler stattgefunden hatte. Rose, der sich in Zivil befand, sah mit einer Dame und einem jungen Kaufmann an einem Tisch, als Häbler herantrat und die Dame (es soll eine Bekannte aus einem andern Gasse gewesen sein) mit Nebenarten belästigte. Als sich Rose diese Einmischung verbat, erhielt er von Häbler eine grobe Antwort, worauf Rose erwiderte: „Sie sind ja besessen!“ Darauf verurtheilte Häbler den Offizier eine Ohrspeiche. Ohne ein Wort zu sagen, verließ nun Rose sofort das Lokal, um am Sonntag in der geschicktesten Weise „Revanche“ zu nehmen.

In der durchweg öffentlich geführten Verhandlung des Kriegsgerichts zu Dresden gegen den Lieutenant Rose wurde derselbe wegen Hausfriedensbruch, Körperverletzung und Mißbrauch der Dienstwaffe zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Ob der Lieutenant sich erst vorher mit seinen Kameraden über diese eigenartige Ausföcherung seines „Ehrenhandels“ verständigt hatte? —

**Die beleidigte Offizierstalle.** Ueber ein hochkomisches Intermezzo in einem Hösaal der Münchener Universität wird gemeldet:

Professor Dr. Mantle behandelte in einer Vorlesung über Anthropologie den Unterschied zwischen Mensch und Affe und erklärte ihren Körperbau, wobei er insbesondere auf die Verschiedenheit der Taille hinwies. Mit trefflichem Humor geistelte er hier die Lusite des Schnäuzens, der Damen und Offiziere huldigen, um diesen Unterschied durch die Mode in übertriebener Weise zu betonen. Am Schluß des Vortrags fühlte sich nun Prinz Georg, der die Vorlesungen frequenzirt, dazu berufen, dem greisen Forscher eine Lektion zu erteilen. Er wollte in der Konstatierung der einfachen Thatsache, daß die uniformierten Herren zuweilen nicht zurücktreten, sich in ein Korsett einzuwickeln — man konnte! —, eine Beleidigung des gesamten Offiziercorps“ erbliden. Und so forderte denn der junge Herr seinen Lehrer zur „Revolution“ auf. Der Professor Dr. Mantle befohl die Lehrwürdigkeit, den Anwesenden noch zu erklären, daß es ihm fern gelegen sei, mit seinen Ausföcherungen die Ehre der Herren Offiziere auch nur in geringsten anzutasten. Offenbar vermochten die meisten Hörer den tragischen Zusammenhang der ganzen Sache nicht sofort zu finden, aber am nächsten Tage wurde der Prinz bei seinem Eintritt in den Saal mit einem homerischen Fußscharren — dem studentischen Zeichen des Mißfallens — empfangen. Professor Mantle begrüßte man stürmisch; die erlittene Kränkung sollte ihm dadurch leichter gemacht werden.

Die polnischen Studenten in Berlin, die gegen Angriffe auf ihre Nationalität zu protestieren wagten, begegneten seiner so liebenswürdigen Nachsicht, wie der empfindsame Prinz. —

**Germanisierung in Nordschleswig.** Anlässlich der durch Gustav Johannsens Tod notwendig gewordenen Wahl in Nordschleswig wird von den preussischen Behörden mit erneuertem Eifer nach Ausbreitung deutscher Vaterlandsliebe unter der häuslich-sprechenden Bevölkerung gestrebt und deshalb sucht man die Unverbesserlichen, wenn irgendmöglich zu dänischen Unterrichts- und Kampeln und auszuweisen. Der Besitzer Jinnemann, den dieses Schicksal ereilte, wurde, wie „Miyans Bureau“ meldet, am 11. Februar über die Grenze transportirt, kehrte aber am andern Morgen wieder zurück und wurde von Gendarmen angehalten und in das Amtsgefängnis zu Hadersleben gebracht, wo er drei Tage Haft verbüßen soll, um danach wieder über die Grenze gebracht zu werden. Jinnemann will dann aber wieder nach Nordschleswig zurückkehren, um dadurch zuletzt ein Urtheil in der Sache zu erzwingen. Die Zeit für die Ausweisung seines Sohnes ist mit dem 13. Februar abgelaufen.

Wie der „Hamburgische Korrespondent“ aus Hadersleben meldet, ist heute nachmittag auch Jinnemann jun. wegen unerlaubter Rückkehr verhaftet worden; derselbe wurde aber später wieder entlassen. Die Anklage geht weiter.

**Gefrauchtete Ordnungsmänner.** Altenburg, 12. Februar. (Fig. Ver.) Vor einigen Tagen stellte sich der hiesigen Staatsanwaltschaft der Volksgenosse Sieger, der seit Jahren Untersuchungen verübt hat und nun eine Entbedung nicht mehr verhindern konnte. Daß diese Untersuchungen zum Schaden der Steuerzahler Jahre hindurch verübt werden konnten, liegt an der Art der Kontrolle, die, wie jüngst gerichtlich festgestellt wurde, so ziemlich alles zu wünschen übrig ließ. Der Letztgenannte hat hier in den letzten Monaten viele Opfer gefordert, der Anach der Leipziger Bank hat hier schwere Verluste verursacht, und nun ist ein Agent der hiesigen Herzoglichen Landesbank, der Fabrikant Grünert in Schmölln, nach Unterschlagung von mindestens 250 000 M. flüchtig geworden. Die Landesbank leistet keinen Erfolg, denn der Defraudant war lediglich Mittelsperson zwischen dem Publikum und der Bank, haftbar war die Bank erst dann, wenn das Geld bei ihr eingezahlt worden ist. Grünert war ein sehr patriotischer Mann und erwartete sich solchen Ansehens, daß die Banken von ihm gar keinen Beleg verlangten, sondern die Dokumente ruhig bei ihm in Verwahrung liegen, namentlich, nachdem G. die Zinsen mit großer Pünktlichkeit absetzte. Thatsächlich hat er diesen Umlauf benutzt, die Gelder zum größten Teil abzugeben. Neueinlagen behielt er überhaupt für sich, die Einleger verlangten ja keinen Beleg zu sehen, sie glaubten die Dokumente wohlverwahrt im Feuer- und diebesthlichen Schrank des Agenten. Kurz vor Weihnachten und nach Kurjahr wurden größere Summen eingezahlt, so brachte ein Landwirt den Erlös für sein verkauftes Gut im Betrage von 56 000 M. Mit diesem Gelde trat G. eine „Geschäftsreise“ an, von der er nicht wieder zurückgekehrt ist. Viele kleine Leute hatten dem G. ihre soner erparten Groschen gebracht zur Einzahlung an die Landesbank, das Geld ist verloren. Eine Reihe kleiner Landwirte und Geschäftleute sind damit an den Rand des Ruins gebracht. Die Aufregung über diesen neuesten Finanzskandal ist ungeheuer. Das Haus des Mächtigen mußte, um dem Ansturm der Betrogenen zu stemmen, polizeilich abgeperrt werden. Alle Leute verlieren ihre Hoffnungen und sind an den Bettelstab gebracht. Wo sich der Ganner, hinter den natürlich sofort ein Stadtbrief erlassen wurde, momentan aufhält, ist nicht bekannt. —

## Prozent-Patriotismus.

Man schreibt uns aus Hesse vom 11. Februar: Daß Deficit in unserm Staatshaushalt macht unsern häuslichen Parlamentariern viele Kopfschmerzen und sie haben bisher im Finanz-Anschau der zweiten Kammer alle Hebel in Bewegung gesetzt, um dasselbe auf eine Weise aus der Welt zu schaffen, die ihren Mandatgebern möglichst gar nicht an das Portemonnaie geht. Ein Aufschlag von 20 Pf. Vermögensteuer pro 1000 M. Kapital, wie ihn die Regierung vorschlägt und neuerdings wieder für unabwendbar erklärt, können die armen Leute nicht tragen und sie haben daher am neuen Etat Abstriche über Abstriche gemacht, dabei sogar, wie man hört, an recht notwendigen Dingen, um ja das finanzielle Gleichgewicht herzustellen. Ein noch verbleibender Rest soll aus Ueberschüssen früherer Jahre gestillt werden. Es ist nun nicht unwahrscheinlich, da die Regierung von dem sehr richtigen Vorschlag der Erhöhung der Vermögenssteuer nicht abgeht, daß es bei den nächsten Etatsberatungen des Kammerparlamentes zu einem Konflikt zwischen Kammermehrheit und Regierung kommt. Wie man aber auch diese braven Staatsbürgen auf solche Weise in ihren heiligsten Gefühlen verletzen kann, ist schier unbegreiflich.

## Ausland.

### Der englisch-japanische Zweibund.

In beiden Häusern fanden am Donnerstagnabend ausführliche Debatten über das Bündnis mit Japan statt.

Im Oberhaus verhielten sich auch Liberale, für die Lord Rosebery sprach, recht günstig zum Vertrag. Auf Anfrage stellte Lord Lansdowne fest, daß der Vertrag sich auch auf die Mandchurei als einen Teil Chinas beziehe. Bekanntlich sieht Deutschland, nach den Erklärungen des Grafen Bülow, die Mandchurei als ausgetheilt von den Bestimmungen des deutsch-englischen China-Abkommens an.

Im Unterhause führte Lord Cranborne aus: Die wirtschaftliche Veranlassung des Bündnisses sei die Sorge der Regierung gewesen, den bisherigen Zustand in China aufrecht zu erhalten. Englands kommerzielle Position in China sei von größter Wichtigkeit, und wenn sie dies jetzt schon sei, wer wolle da sagen, welche Wichtigkeit sie in der Zukunft bei der Abhängigkeit Chinas, seine Bedeutung zu erweitern, erreichen könne. Diese Position, obschon groß, sei nicht uneingeschränkt, Einflußsphären passen England nicht. England wolle das gesamte China dem Handel und den industriellen Unternehmungen geöffnet sehen. Englands Position hatten besondere Schwierigkeiten an, und unter diesen Umständen habe die Regierung nicht nur recht daran gesehen, sondern sei auch verpflichtet gewesen, in jeder Weise für den Schutz dieser Position in China Sorge zu tragen. Das spezielle Interesse Japans sei größtentheils von seiner geographischen Position bedingt, und es sei mit England um besonderen für die Aufrechterhaltung der Integrität Chinas interessiert. Beide Mächte seien, die eine durch ihre Flotte, die andre auf Grund ihrer militärischen Basis, besonders befähigt, diese Politik zu behaupten.

Bezüglich der Rechte und Verpflichtungen der beiden Vertragsmächte erklärte Lord Cranborne: Nur wenn mehr als eine Macht interveniere und wenn es eine Koalition gegen England oder Japan gebe, könne die unbedingte Pflicht zur bewaffneten Intervention den Kontrahenten obliegen. Während der Vorgänge in China habe England im heraldischen Einvernehmen mit Mexiko gewirkt. Post in jeder Krisis und in jeder größeren Schwierigkeit der Unterhandlungen in Peking hätten die amerikanischen und die britischen Vertreter zusammen gehandelt. Es unterlege keinem Zweifel, daß England in dem vorliegenden Momente die volle Billigung der amerikanischen Regierung haben werde. (Beifall.)

Campbell Bannerman erklärte, die Opposition sei nur von wohlwollender Gesinnung für Japan erfüllt und schloß sich dem Einmüthigen Handelsabkommen für alle an. Wenn aber die Lage befriedigend gewesen sei, wie Cranborne behauptet habe, so frage er, welche Nothwendigkeit vorgelegen habe, einen Schritt zu thun, der einige Gefahr in sich schloße und geeignet sei, die Eifersucht und den Argwohn anderer Mächte zu erregen? Er wolle nicht seine Ansicht darüber ausdrücken, ob es weise oder unweise gewesen sei, den Vertrag zu schließen, aber die Regierung habe dem Hause gegenüber die große Veränderung ihrer Politik nicht begründet. Balfour stellt in Abrede, daß der Vertrag einen unfreundlichen Charakter gegenüber irgend einer Nation habe. England sei auf das äußerste bemüht, mit andern Mächten auf freundschaftlichem Fuße zu stehen. Der Vertrag bilde eine Verwahrung gegen abenteuerliche Politik im Osten.







Oberrichter Lang. Von den gefassten Beschlüssen erwähnen wir: Der nächste Arbeitertag soll am Ostermontag in Bern stattfinden, und an demselben sollen behandelt werden die Revision der Haftpflichtgesetz, und zwar durch Heinrich Scherrer, Advokat in St. Gallen, und Kapin, Advokat in Yverdon; ferner die Gewerkschafts-Organisation und speciell die Frage der Neutralität derselben durch Fuchs, Advokat in Solothurn, durch den katholischen Socialpolitiker Dr. Decurieux, Nationalrat, und durch Arbeiterssekretär Greulich, sowie die Forderung, zu deren Behandlung die Referenten noch nicht bestellt sind. Schließlich soll dem Arbeitertag auch eine Resolution gegen den Militarismus unterbreitet werden. Sodann soll mit Genehmigung des Industrie-Departements aus der Subvention des Arbeiterssekretariats dem Sekretariat der Tessiner Gewerkschaften ein monatlicher Beitrag von 50 Fr. gezahlt werden. Die bisher unregelmäßig erschienenen Monatsblätter des schweizerischen Arbeiterssekretariats sollen wieder eingeben und dafür vierteljährliche Mitteilungen an die Arbeiterpresse zur Publikation gemacht werden. Der französische Abjunkt Genosse Siga in Genf soll von nun an zweimal wöchentlich in Lausanne Sprechstunden abhalten. — Der Verlauf des Arbeitertages kann mit der aufgestellten Tagesordnung interessant werden.

Ein einjähriger Gasarbeiterstreik fand in Biel (Kanton Bern) statt und zwar wegen der Entlassung von 3 Monteuren. Nach Zeitungsberichten wurden die Entlassungen, wobei es sich offenbar um Wahrgelungen handelt, aufrecht erhalten und nahmen die Streikenden ohne Zugeständnisse seitens der Direktion die Arbeit wieder auf. Nach der „Bern. Tagw.“ scheint der Direktor Künstler in der städtischen Gasanstalt ein persönliches Gewaltregiment zu führen.

Die Arbeiter von fünf Lössfabriken in Marseille sind in der Zahl von etwa 900 in den Streik eingetreten. Sie fordern die Herabsetzung der Arbeitszeit auf zehn Stunden (jetzt wird elf und zwölf Stunden gearbeitet), Abschaffung der Kantinen innerhalb der Fabriken, Erhöhung des Lohnes um 50 Cts. pro Tag und Gewährung einer einstufigen Pause, um ihre Mahlzeiten einzunehmen.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der staatlichen Tabakmanufaktur zu Rom sind in einen Streik eingetreten. Sie hatten eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen (Löhne, Arbeitszeit usw.) verlangt. Die Direktion lehnte nicht nur diese Forderungen ab, sondern weigerte sich auch, mit einer Kommission zu verhandeln. Darauf stellten die Arbeiter ihre Tätigkeit ein; sie haben nun beschlossen, eine Eingabe an den Finanzminister zu machen.

## Aus Industrie und Handel.

### Die Lage des Arbeitsmarktes.

Der schwindende Gegenatz zwischen steigenden Vorkursen der Industriewerte und fortgesetzt ungünstiger Wirtschaftslage wird jetzt nur allzu deutlich bestätigt durch die Mitteilungen über Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkte. Im Monat Januar drängten sich an den öffentlichen Arbeitsnachweisen Deutschlands, soweit sie an die Verichterstattung des „Arbeitsmarkt“ angeschlossen sind, um 100 offene Stellen im Durchschnitt 290,2 Arbeitsuchende. In dem entsprechenden Monate des Vorjahres, wo ebenfalls schon über einen großen Andrang geklagt wurde, hatte die Ziffer doch immerhin nur 168,8 betragen. Ein deutlicher Unterschied macht sich bemerkbar zwischen dem weiblichen und dem männlichen Arbeitsmarkt. So findet an weiblichen Arbeitskräften auch jetzt noch ein Andrang statt (85,5 Proz. gegen 76,0 Proz. im Vorjahr), während für die männlichen Arbeitsuchenden allein gerechnet die Zahl der Bewerber um 100 Stellen auf die ungeheure Ziffer von 347,8 kommen würde! Gegenwärtig wird in der That die Lage des Arbeitsmarktes nur durch die Frauenarbeit noch in erträglicher Höhe gehalten, wie denn auch vielfach die Ernährung der Familie vom Manne auf die Frau übergeht. In den Krankenkassen, die in den letzten Monaten des Jahres einen gewaltigen Mitgliederzufluss zu verzeichnen hatten, ist die Abwärtsbewegung naturgemäß in ein langsames Tempo geraten, und die weitere Abnahme der Mitgliederzahl hat nur 0,3 Proz. betragen (gegen 2,5 Proz. im Januar des Vorj.), d. h. trotz aller vorangegangenen Entlassungen ist auch in diesem Monat die Zahl der Arbeitslosen noch vermehrt worden. Einigermassen gehoben wurde die Durchschnittsziffer dadurch, dass jener Aufschwung im Textilgewerbe in den Gegenden, in denen dies die Hauptindustrie ist, eine Zunahme der Beschäftigten herbeiführte; so in den Krankenkassen von Leipzig, Dresden, Chemnitz, Gera, Rottweil u. a. m. Aber in den Gewerkschaften, die den Sitz der Krisis bilden, zeigt der Arbeitsmarkt bis jetzt kein Anzeichen einer Besserung. Im Maschinenbau dauert die Stodung fort. Im Bergbau nehmen an denselben Jeden, deren Aktien steigen, die Geisteskräften zu. Die Politik zahlreicher Staats- und Gemeindeverwaltungen, gerade die gegenwärtige Zeit großer Geldknappheit und wirtschaftlich schlechter Lage zu wintertlichen Vorkaufstragen zu benutzen, wurde durch das beispiellos günstige Wetter des Monats Januar (seit 1860 hatte kein Januar eine so hohe Durchschnittstemperatur) begünstigt. So darf beispielsweise in Stuttgart durch die Mehrinstellung von Bauarbeitern allein der Arbeitsmarkt wesentlich günstiger gestellt werden konnte.

Die Treberschwinder, wie man die Leiter der Kaffeler Trebercoolen-Gesellschaft allgemein nannte, sind nunmehr nach einer langandauernden Gerichtsverhandlung mit verhältnismäßig milden Strafen von hiesigen bis herab zu drei Monaten davon gekommen. Mit dem Diebstahl ist es in der heutigen Gesellschaft ein eigen Ding. Steht jemand seinen Mitmenschen einen Betrag, der auch nur so viel Pfennige ausmacht, als hier Mark veruntreut wurden, so kann er sicher auf einige Jahre Zuchthaus rechnen. Dazu bedarf es aber, dass der Delinquent sich möglichst einfacher Mittel bedient. Wo aber ein höheres geniales Geschick in Anwendung kommt, liegt die Sache milder, da sind es nicht selten ehrenwerte Männer, die irre geleitet wurden und so die Taschen und Geldschranke anderer erleichterten. Ehrenwerte Männer waren es alle, nach den Zeugenaussagen, die gute Freunde den Angeklagten im Kaffeler Prozess anstehen, und doch wird jedem ein berechtigter Zweifel aufsteigen, ob dem so ist, wenn er den Hergang des Prozesses sich vergegenwärtigt.

Ein genialer Schwindler unzweifelhaft und sicherlich ist der Hauptakteur, der noch in Paris wohnende Direktor Schmidt. Erfahren wir doch in dem Prozess, dass dieser Mann aus einer kleinen Gesellschaft mit ein paar hunderttausend Mark in ungefähr 5 Jahren ein Unternehmen kaufte, bei dem die Schuldmasse schließlich auf 168 Millionen Mark anwuchs, während die eigentlichen Bestände der Gesellschaft heute den Wert von 2 Millionen repräsentieren. Nicht weniger als 14 Gesellschaften hat dieses Konsortium gegründet, kein Land wurde verschont, um von den Schöpfungen dieser Gründer beglückt zu werden. Ihre Gesellschaften finden wir in England, Anhalt, Finnland, Belgien, Frankreich, Italien und Oesterreich, ganz abgesehen von den vielen Unternehmungen und Verleihungen in Deutschland. Es ist fabelhaft, mit welchem Raffinement gearbeitet wurde. Mit 200 000 M. legte der Kredit bei der Leipziger Bank an, um mit 50 Millionen zu enden. Die Tochtergesellschaften wurden ohne einen Pfennig Geld ins Leben gerufen. Es wurde die bekannte Manipulation bei solchen Schwindelgründungen angeleitet. Einige Personen, die Gründer, wiesen dem Vater die Anleihe für die Aktien bei der Konstituierung der Gesellschaft vor, dieser übergibt es dem sofort gewählten Direktor, der dann an die Leipziger Bank die Leihsumme, denn eine solche war es, zurückgibt.

Nun beginnt die Schiebung. In den Büchern erscheinen fingierte Werte für Patente zur Erzeugung der Treber, für Verwertung der Holzabfälle zur Bereitung von Essig, die Tochtergesellschaft lieferte an die Trebergesellschaft ihre Fabrikate, die oft als Brennmaterial sofort verkauft wurden; für Lieferungen, die gar nicht stattgefunden hatten, erschienen große Posten in den Büchern. Um den Bankkredit nicht zu hoch erscheinen zu lassen, geben

die Aufsichtsrats-Mitglieder vor Aufstellung der Bilanz Bescheid, um die Kredite auf ihr persönliches Konto zu übertragen. Schließlich wurde die Sache so an, dass kein Mensch mehr aus dem Wirrwarr zurechtfindet. Dabei erhielt die Gesellschaft nach außen den Anschein eines glänzenden Geschäftsganges. Die Dividenden konnten gar nicht hoch genug sein. Im Jahre 1897 war eine Ergänzung des Aktienkapitals von 3 Millionen beschlossen und sechs Monate später verteilte man 50 Proz. Dividende, d. h. man wollte das halbe Aktienkapital auszahlen, und in den folgenden Jahren betrug die Dividende 40, 40 und 25 Proz. Daneben bezog der Vorstand im Jahre 1901 eine Lantime von 205 000 M. und der Aufsichtsrat 254 000 M. Die Bilanz wurde vom Aufsichtsrat nicht geprüft, die letzte war in Gegenwart eines Aufsichtsrats-Mitgliedes verlesen. Es erscheint ganz ausgeschlossen, und dahin hat ja auch das Gericht entschieden, dass der Aufsichtsrat nicht um die Sache wachte, und ohne Zweifel haben alle bei den Kurstreibern ihren schweren Gewinn eingestrichen, denn die hohen Dividenden waren nur für diese Manipulationen berechnet. Verlässlichtigt man, dass der Kurs bis zu 900 getrieben werden konnte, so kann man sich nur einen ungefähren Begriff machen, um welche enorme Summe das Publikum von diesem Konsortium beschwindelt wurde. Es ist der erste Prozess, der nach dem Zusammenbruch der letzten Gründerkrise zum Abschluss kam, interessant nach vielen Richtungen; die folgenden Prozesse werden uns einen weiteren Einblick in die Korruption gewähren, von der sich die bürgerliche Gesellschaft nie frei machen kann.

Die Große Berliner Straßenbahn stellte gestern in der Sitzung des Aufsichtsrates den Abschluss für das verfloßene Geschäftsjahr fest. Es wurde beschlossen, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 7 1/2 Proz. auf das (gegenüber dem Vorjahre um 22 875 000 erhöhte) Aktienkapital von 68 625 000 M. vorzuschlagen. Die vorjährige Dividende auf das alte Aktienkapital betrug 11 Proz.

Die Schweizerischen Jolleinnahmen betragen im Jahre 1901 46,47 Millionen Franken gegen 48,01 Millionen im Jahre 1900, um 1,53 Millionen weniger. Im Januar 1902 wurden mit 3,04 Millionen um 221 833 Fr. mehr Jolleinnahmen gemacht als im gleichen Monat 1901.

## Sociales.

### Ein städtischer Arbeitsnachweis unter freisinniger Herrschaft.

Der städtische Arbeitsnachweis in Nürnberg führt bei den dortigen Arbeitern längst den Titel „Streitbrecherbureau“. Wie bezeichnend diese Bezeichnung ist, lehrt ein Vorfall aus den letzten Tagen, den die „Frankische Tagespost“ mitteilt.

Ein Arbeiter fragt auf dem Bureau um Arbeit nach. Sind Sie organisiert? wird gefragt. Der Arbeiter bejaht die Frage. Bedauer! Ist keine Arbeit da! Der Arbeiter, durch die Frage nach der Organisation kugig gemacht, beauftragt seinen draußen wartenden Kollegen, einmal sein Glück zu versuchen, aber nicht zu sagen, dass auch er organisiert sei. Sind Sie organisiert? fragte wiederum der städtische Beamte. Der Gefragte verneint die Frage — und bekommt dann Arbeit zugewiesen in der Weissenhühner Holzwaren-Fabrik, in der die Arbeiter im Auslande stehen, um eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen abzuwehren. Daß der Arbeiter sich dafür bedankte, die vom städtischen Streitbrecherbureau angewiesene Arbeit zu übernehmen, ist selbstverständlich.

Solche „paritätischen“ Arbeitsnachweise können den Arbeitern gestohlen bleiben.

Staatliche Regelung der Entschädigung für an Maul- und Klauenseuche gefallenes Rindvieh soll in Hessen durch eine bei der zweiten Kammer eingebrachte Regierungsvorlage erfolgen. Diese Vorlage sieht Entschädigungen für alle über sechs Wochen alten Tiere in Höhe von vier Fünfteln des Wertes vor, so weit dieselben den Betrag von 400 Mark nicht übersteigen. Für vorerwähnte Kühe bis zu sechs Wochen sollen 20 Mark gewährt werden. In Abzug von diesen staatlichen Entschädigungen kommen jedoch alle aus privaten Versicherungen erhaltenen Beträge, wie etwaiger Erlös aus Teilen der Tiere, die mit polizeilicher Genehmigung verwertet werden dürfen. Die Entschädigung kommt auch in Wegfall bei Tieren, die noch an anderen unheilbaren Krankheiten litten, die mit der Seuche befaßt in das Landesgebiet eingeführt wurden, für in öffentlichen Schlachthäusern oder Viehhöfen aufgestellten Tieren und bei Tieren, deren Besenden an Maul- und Klauenseuche erfolgte, bevor 24 Stunden abgelaufen waren, seitdem der Vießiger oder dessen Stellvertreter die Anzeige vom Ausbruch der Seuche oder vom Seuchenerdacht bei der Ortspolizeibehörde erstattet hat. Die zu leistende Entschädigung wird durch Schätzung festgesetzt, die durch zwei Schätzer unter Hinzuziehung des Kreis-Veterinärarztes festgelegt wird. Die Entschädigungssummen sollen durch jährliche Umlagen bei den Vießbesitzern aufgebracht werden, die sich nach einer Schätzung, abgesehen von sonstigen Kosten, auf 17 Pf. pro Stück Vieh stellen dürften. Wenn die Vorlage Annahme finden sollte, ist vorgeesehen, daß sie im Interesse schwer geschädigter Vießbesitzer rückwirkende Kraft bis zum November 1901 erhalten soll.

In dem Gewerbergerichtsstandal in Mey, von dem wir in unserer Nr. 87 schon berichteten, wird uns noch geschrieben: Schon oft haben sich die Arbeitervertreter des Gewerbergerichts in Mey aufs bitterste über den Vorstehenden Demestrotz zu beklagen gehabt. Neuerdings sind sie mit einer Beschwerde bei der kaiserlichen Regierung vorstellig geworden, in der um die Amtsenthebung H.'s ersucht wird, da sie nicht mehr mit ihm zusammenlagern würden. Die Beschwerdepunkte sind recht mannigfaltig. Vor allem bevorzugt Herr H. bei der Heranziehung zu den Sitzungen in auffälliger Weise die unorganisierten Arbeiter, während die einer Organisation angehörigen fast vollständig übergangen werden. Ferner ist, entgegen den Bestimmungen des § 12 des Gewerbergerichts-Gesetzes, der bestimmt, daß weder der Vorsitzende noch dessen Stellvertreter Arbeitgeber sein dürfen, ein Unternehmer als zweiter Vorsitzender berufen worden. Am meisten Erbitterung erregt es jedoch, daß Herr H. die Vertretung von Arbeitern, denen die nötigen Fähigkeiten zur Verurteilung ihrer Interessen fehlen, durch Kollegen zu vertreten sucht. In Mey, wo man es in so vielen Fällen mit Arbeitern französischer oder italienischer Sprache zu thun hat, wird diese Verhinderung der Verteidigung umso schwerer empfunden. In einem derartigen Falle „verträge“ H. die Verhandlung sürgerhand auf 14 Tage, weil der Kläger nicht erschienen war, obwohl die Vollmacht seines Vertreters vollständig in Ordnung war. Auf die Frage des Legierten, auf welche geschlichen Bestimmungen sich H. dabei stütze, antwortete dieser: „Wir sind hier nicht in einem Landesschlag! Ich brauche überhaupt keine Paragrafen anzuführen, das habe ich nicht nötig!“

### Eine absterbende Handindustrie.

„Stahl und Eisen“ berichtet in den ersten zwei Hefen des Jahrgangs 1902 über die handindustrielle Nagelindustrie der Wallonen, eine seit mehr als 500 Jahre bestehende Handindustrie. Wie diese nun absterbt, zeigen die folgenden Angaben: In Fontaine l'Evêque, welches Anfangs 1890 noch 20 Nagelmaschinen aufweisen konnte, besteht zur Zeit nur noch eine Handschmiede, und an anderen Orten sind dieselben seit 1899 ganz verschwunden. Nur für gewisse Nagelarten, bei denen entweder die Nachfrage eine so geringe ist, daß der Maschinenbetrieb für deren Erzeugung nicht gewinnbringend erscheint oder die Formen derart kompliziert sind, daß diese nicht mit Maschinen hergestellt werden können, hat diese Handindustrie noch Aussicht, nicht gänzlich zu erlöschen. Je mehr das Verkehrsleben sich entwickelt, je leichter es den Arbeitern wird, aus ihren weltabgeschiedenen Arbeitsnischen in die Industriestädte zu gelangen, desto länger wird die Lebensdauer dieser absterbenden Industrie sein. —

## Aus der Frauenbewegung.

In Kopenhagen ist der Verband der Näherinnen energisch in die Aktion eingetreten. In 5 öffentlichen Versammlungen, die sich guten Besuchs erfreuten und dem Verband viele neue Mitglieder zuführten, haben sie die Lage in ihrem Verufe erörtert. Die Arbeiterinnen in der Herrschaftskonfektion, deren Organisation 1000 Mitglieder umfaßt, haben im Jahre 1900 einen Accordtarif errungen, der ihnen eine Lohnerhöhung von 25 Proz. eintrug; der beste Beweis für die Macht der Organisation. Die übrigen Branchen für Wäsche, Blousen, Handschuhe usw., in denen die Heimarbeit vorwiegt, haben auch die Organisation keinen Boden finden, verbunden bleiben 6—8 Kronen wöchentlich. Auch hier wie überall predigen die Frauen in lauten Worten die Verderblichkeit der Heimarbeit, wie die Vorteile der Organisation.

## Lezte Nachrichten und Depeschen.

### Der diplomatische Skandal vorm Unterhand.

London, 14. Februar. (W. Z. B.) Norman bittet um Information bezüglich der Versammlung der Vorkämpfer der europäischen Großmächte in der englischen Vorkämpfer zu Washington im April 1902. Unterstaatssekretär Viscount Cranborne erklärt: die Versammlung fand am 14. April 1898 statt und war zusammenberufen von Lord Pauncefote als Doyen der Vorkämpfer auf mündlich vorgebrachte Anregung einiger seiner Kollegen. Welche Meinungen auch immer Pauncefote während der Besprechung, die nichtformellen Charakter war, zum Ausdruck gebracht haben mag, sie waren seine persönlichen Meinungen und wurden nicht in Befolgung irgendwelcher Instruktionen der englischen Regierung ausgesprochen. Die Besprechung endete mit der Vereinbarung der Vorkämpfer, identische Telegramme an ihre Regierungen zu senden, in welchen eine weitere Mitteilung an die amerikanische Regierung in Vorschlag gebracht wird. Nach Empfang des Telegramms Pauncefotes erwiderte die englische Regierung sofort und sprach sich gegen die Fassung der vorgeschlagenen Mitteilung an die amerikanische Regierung, die sie als unüberlegt betrachtete, aus. Zwei Tage später wurde Pauncefote mitgeteilt, daß die englische Regierung sich entschlossen habe, keine Aktion vorzunehmen. — „Wie hatten,“ schließt Cranborne, „zu der Zeit keine Information über die Haltung der deutschen Regierung.“ (Weisfall.) Dillon fragt Cranborne, ob seine Aufmerksamkeit auf den offiziellen deutschen Bericht über die Angelegenheit gelenkt sei und ob dieser Bericht zutreffend sei. Cranborne erwidert, er habe der von ihm gegebenen Antwort nichts hinzuzusetzen.

### Abgeordnetenhans.

Wien, 14. Februar. (W. Z. B.) Die heutige Sitzung war der Debatte über die geistige Antwort des Ministerpräsidenten v. Körber auf die Interpellation Luegers betreffend Bildung eines Wahlbundes der deutsch-fortschrittlichen Partei in Wien gewidmet. Abgeordneter Vogler versucht allemählig die in der Interpellation enthaltenen Behauptungen und Angriffe zu widerlegen, während Lueger seinerseits die Richtigkeit derselben allemählig zu erörtern versucht. Die Sozialisten und Christlich-Sozialen werfen sich gegenseitig Terrorismus und größtenteils Verfassungsmißbrauch vor. Fast jede Rede wird durch heftige Zwischenrufe unterbrochen, besonders heftig treten die Christlich-Sozialen und die Sozialisten gegeneinander auf. Den Höhepunkt erreichte die Lärmfene, als Abg. Vernerstorfer den Abg. Lueger persönlicher Ehrlosigkeit zief, weshalb er vom Präsidenten unter minutenlang anhaltendem Lärm zur Ordnung gerufen wurde. Die Debatte endete geschäftsordnungsmäßig, ohne daß es zur Abstimmung kam.

### Die amerikanische Presse über das Verhalten des britischen Vorkämpfers.

New York, 14. Februar. (W. Z. B.) Heute aus Washington hier eingegangene Berichte heben die Thatsache hervor, daß Lord Pauncefote die Note in englischer und nicht in französischer Sprache unterbreitet habe; dies spreche entschieden gegen ihn, denn wenn die Note von irgend einer anderen Seite ausgegangen wäre, so würde sie in französischer Sprache vorgelegt worden sein. Eine Thatsache wird von der ganzen amerikanischen Presse jetzt anerkannt, nämlich die, daß die englische Legende gefälscht ist, und daß niemals irgend welche Gefahr einer Intervention der europäischen Mächte bestanden hat und daß Deutschlands Haltung zu jeder Zeit freundlich gewesen ist. Der ganze von Lord Cranborne aufs Tapet bedrohte Streit hat in ausgezeichneter Weise klärend gewirkt, und die Veröffentlichungen des „Reichsanzeigers“ hat den gewünschten Zweck erreicht. „Sun“ schließt einen langen Artikel, in dem versucht wird, Pauncefotes Position nach Möglichkeit zu retten folgendermaßen: Inbessen ist es außerordentlich erfreulich für das amerikanische Volk zu sehen, wie prompt und nachdrücklich Kaiser Wilhelm seinen schweren Fuß auf die zweite Kollektivnote gesetzt hat.

### Zum Tode verurteilt.

Prenzlau, 14. Februar. (W. Z. B.) Das hiesige Schwurgericht verurteilte nach zweitägiger Verhandlung den früheren Postkassierer Stern, den Anführer einer Einbrecherbande, wegen Mordes, begangen bei Bernau an seinem Spießgesellen Conig, zum Tode.

Böln, 14. Februar. (W. Z. B.) Der „Böln. Jtg.“ wird aus Münster depeschirt: Oberpräsident von der Rede hat auf den 24. Februar eine im Festsaal des alten Rathauses zu Dortmund stattfindende Versammlung einberufen, in der über die Gründung eines westfälischen Vereins zur Förderung des Kleinwohnungsweßens beraten werden soll.

Wien, 14. Februar. (W. Z. B.) Nach einem Communiqué der Südbahn können wegen des allgemeinen Arbeitersausstandes in Triest bis auf Weiteres Güter, ausgenommen Eilgüter, Lebensmittel und lebende Tiere, für Triest nicht übernommen werden.

Triest, 14. Februar. (Meldung des Wiener I. I. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Heute nachmittag fand eine von 4000 Personen besuchte öffentliche Versammlung statt. Nach Schluß derselben zogen die Teilnehmer, denen sich Tausende von den in den Straßen angesammelten Personen angeschlossen hatten, nach dem in der Innenstadt gelegenen Großen Platz, wo sie vom Militär zurückgedrängt wurden. Als der die Halbkompagnie bestehende Oberleutnant, durch Steinwürfe an der Brust und am Kopf getroffen, zu Boden stürzte, gab das Militär Feuer, fünf Personen blieben tot, zahlreiche Personen wurden verwundet. Beim Säubern des Börsenplatzes wurde eine Frau durch einen Steinwurf schwer verletzt. Bei dem weiteren Auseinandertreiben der Massen mußte die Sicherheits-Wache wiederholt von der blanken Waffe Gebrauch machen, wobei zahlreiche Personen verletzt wurden.

Konstantinopel, 14. Febr. (W. Z. B.) Der Fligeladjutant des Sultans, Osman Pascha, wurde infolge der Entdeckung eines neuen Komplotts als miterbötlich verhaftet. Weiter fiel der Verdacht auf einen im Palaste eine hohe Stellung einnehmenden Pascha.

Washington, 14. Februar. (W. Z. B.) Im Reprä- sentantenhause rief Wheeler (Kentucky) Sensation hervor durch eine Rede, in welcher er schwere Vorwürfe erhob gegen die Administration des Staatsdepartements in Verbindung mit, wie er es nannte, der jüngsten Enttaltung über die Haltung Großbritanniens gegenüber den Vereinigten Staaten.



Reichstag.

143. Sitzung vom Freitag, 14. Februar 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Kracike. Die zweite Beratung des Etats der Reichspost- und Telegraphenverwaltung wird fortgesetzt.

Abg. Ong (C.) (auf der Tribüne fast unverständlich) verlangt Erhöhung der Wohnungsgeldzuschüsse.

Abg. Dr. Müller-Weinigen (fr. Sp.): Unhaltbar sind die postalischen Verhältnisse zwischen Deutschland und der Schweiz. Bei dem kolossal gewachsenen Verkehr zwischen diesen Ländern ist die Einführung der Inlandstarife im Verkehr zwischen beiden dringendes Bedürfnis. Während heute von Deutschland nach der Schweiz im Jahre ca. 18 1/2 Millionen Briefsendungen gehen, gilt die Schweiz im Gegensatz zu Deutschland noch immer als Ausland für Deutschland. Zum wenigsten müßte während der Sommermonate diese Tarifermäßigung eintreten. — Sehr zu bedauern ist es, daß die Verhandlungen wegen der Einheitsmarke zwischen Bayern und dem Reich zu keinem Resultat geführt haben. Eine gewisse Dosis von gesundem Partikularismus ist ja manchmal ganz zweckmäßig, in der Frage der Einheitsmarke sehe ich aber mehr auf dem Standpunkt Württembergs. Zum wenigsten müßte der Zustand beseitigt werden, daß Briefe mit bairischen Marken im übrigen Deutschland und umgekehrt Briefe mit Reichspostmarken in Bayern als ganz unfrankiert gelten.

Abg. Ulrich (Soz.):

Es war mir außerordentlich interessant, gestern aus dem Munde des Herrn Abg. Erlanger die Schameren derjenigen Postassistenten zu hören, die auf ihre Visitenkarte gern den Titel: „Lieutenant der Reserve“ drucken möchten. Ich wundere mich, daß gerade ein Mitglied der freisinnigen Volkspartei sich hier zum Vertreter solcher Klagen macht. Das unabhängige Bürgerturn hätte alle Ursache, den Wunsch des Militärs nicht zu unterstützen. Uebrigens wäre es einem großen Teil der Postassistenten viel lieber, wenn sie von Amts wegen weniger belastet würden in der Wahrung ihrer Interessen und ihres Vermögensrechtes und wenn ihnen eine bessere Stellung zu teil würde. Die Zahl der Assistenten, die so in Byzantinismus machen, ist doch recht gering. Mühen auch sie lieber nicht nach dem Offiziersstil spielen, sondern suchen, in den eigenen Reihen mehr Rückhalt für die Vertretung ihrer eigenen Forderungen zu finden.

Herr Werner hat sich dann gegen die weitere Anstellung von Damen im Postdienst gewandt. Die Konsequenz seiner Forderung wäre, daß die Damen überhaupt aus dem Postdienst verschwinden. Das würde ich sehr bedauern. Gerade im Telegraphendienst hat sich gezeigt, daß die Stimmen der Damen sich vielmehr zur Hebung der Postverwaltung eignen, als die männlichen. Auch vom sozialen Standpunkt muß ich mich entschieden gegen diesen Rückschritt verwahren. Jede Volkszählung zeigt, wie sehr die Zahl der Damen, die nie unter die Hände kommen, steigt, und da ist es eine Pflicht des Staates, dafür zu sorgen, daß diesen Mädchen Gelegenheit gegeben werde, sich durch ihre Arbeit durchs Leben zu schlagen. Die Zahl der Beamten muß vermindert, ihre Dienstzeit reduziert werden. Dann wird auch eine große Zahl Beamten und Beamtinnen eingestellt werden können. Der Gesundheitszustand der unteren Postbeamten ist heute infolge der Überarbeitung sehr schlecht, und infolge des Vorgehens der Behörden, das gestern schon mein Kollege Singer schilderte, vermeiden es die Beamten meist so lange als möglich, sich krank zu melden, um nicht als Simulanten angesehen zu werden. Dazu kommt, daß die Pensionsverhältnisse der Beamten ganz unbedeutende sind. Ihre Pension reicht nicht zum Leben aus und wenn sie aus diesem Grunde bis in ihr spätes Alter hinein im Dienst geblieben sind, sind sie so abgearbeitet, daß sie meist nur ganz kurze Zeit die Pension erhalten. Das alles ist eine Folge der allzu großen Sparsamkeit unserer Postverwaltung. Weiter bringt Redner noch persönliche „Aolalschmerzen“ über die Offenbacher Postverhältnisse vor.

Abg. Stöcker (wiltl.) kommt nochmals auf die Oeffnung deutscher Briefe seitens der englischen Beamten in Kapstadt zurück. Wir sind noch solche Fälle von Brieföffnungen von Witten November bekannt geworden. Es wäre interessant zu wissen, wie schnell England auf unsere Beschwerde Abhilfe geschaffen hat. — Ich begrüße es mit Freuden, daß eine so große Anzahl weiblicher Angestellter im Postdienst beschäftigt wird. Redner plädiert für eine Ausdehnung der Sonntagsruhe. (Bravo! rechts.)

Abg. Freiherr v. Hertling (C.): Die Abschaffung des bairischen Reservatrechts auf eigene Postmarken würde im Publikum so große Erregung hervorrufen, daß die eventuellen Verkehrserschwerungen demgegenüber gar nicht in Frage kämen.

Staatssekretär Kracike:

An der Wohnungsnote nimmt auch die Postverwaltung lebhaften Anteil. Es ist zur Zeit eine Vorlage in Ausarbeitung, durch die die Wohnungsgeldzuschüsse für alle Reichsbeamten neu geregelt werden sollen. Die letzte Antwort Englands auf unsere Beschwerden wegen Oeffnung deutscher Briefe datiert aus dem vorigen Jahre, unsere letzte Beschwerde ist vor wenigen Wochen nach England abgegangen. Herr Ulrich wirft uns zu großen Forderungen vor, vergißt aber, daß in den letzten Jahren die Zahl der Unterbeamten um 6000 und die Zahl der Beamten um 3000 vermehrt worden ist.

Von der andren Seite wird uns übrigens zugerufen, wir machten keine Lebereschüsse. Ich kann also wohl daraus schließen, daß wir uns auf der goldenen Mittelstraße bewegen. Von einer Befähigung der Unterbeamten durch die Postbehörde bei der Wahrnehmung ihres Vereinsrechtes kann nicht die Rede sein. Diese Bemerkung des Herrn Ulrich muß ich als den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechend zurückweisen. Ebenso unrichtig ist die Behauptung, daß die Unterbeamten nicht wagen, sich krank zu melden. Jeder Beamte thut allerdings so lange seine Schuldigkeit als er kann, das kann ich zum Lobe sowohl der unteren wie der oberen Beamten nur sagen. Die Verwaltung wendet keine Strafmaßregeln an, um kranke Beamte im Dienst zu halten. — Eine Erfüllung des Wunsches, daß bairische Marken gegen Reichspostmarken umgetauscht werden könnten, kann ich Ihnen nicht in Aussicht stellen.

Unterstaatssekretär im Reichspostamt Sydow: Von einer Vernachlässigung der kleinen inländischen Staaten seitens der Reichspostverwaltung kann nicht gesprochen werden. Eine Ausschaltung der Damen aus dem Telegraphendienst ist nicht im geringsten beabsichtigt. Die weibliche Stimme ist in der That angenehmer im Vermittlungsdienst als die männliche.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Auf die von mir vorgebrachten Klagen über die übermäßig großen Ansprüche beim Secretärämtern meinte der Herr Staatssekretär, es liegen keine Beschwerden vor. Ja, wer soll sich denn beschweren? Hier kann auf dem Beschwerdewege nicht geholfen werden, sondern nur dadurch, daß von der Centrale aus eine allgemeine Anweisung ergeht. Die Versetzungsanträge der Beamten nach andren Bezirken sollen immer wohlwollend behandelt sein. Thatsache ist aber, daß auf erhobene Beschwerden einiger Postassistenten die Reichspostverwaltung abweisend erklärt hat, sie könne in die Zuständigkeit der einzelnen Ober-Postdirektionen in dieser Beziehung nicht eingreifen. Es hätte einen gewissen pikanten Reizschmod, über die Frage der Hoffähigkeit der Postbeamten gerade den Herrn

Abg. Ulrich sprechen zu hören, dem nicht von uns sondern von seinen eigenen Presse Vorwürfe eines gewissen Byzantinismus nicht erport geblieben sind. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Rückset er etwa, daß die hoffähig gewordenen Assistenten ihm an seinem Hofe Konkurrenz machen könnten? — Was die Anstellung von Damen im Telegraphendienst anlangt, so bin ich für gleiche Bezahlung der männlichen und weiblichen Telephonbeamten.

Abg. Veuß (Soz.):

Ich möchte einige Mißstände auf dem Gebiet der Postfreiheiten fürlicher Persönlichkeiten zur Sprache bringen. Der Hof in Dessau bezahlt für Telephon-Gespräche keine Gebühren, während doch nur Telegramme für Fürsten frei sind. Es ist ja ganz nett, wenn die Fürsten von dem Telegraphen ohne Druck auch noch das Telephonieren ohne Druck fügen wollen (Heiterkeit), aber zur Zeit ist dies noch ein ungeschlicher Zustand. Die Behörde sollte da ganz energisch eingreifen, trotzdem es sich um fürliche Persönlichkeiten handelt.

Unterstaatssekretär Sydow:

Die Sache liegt so, daß bis 1892 die Gebührenfreiheit für das gesamte Gebiet des Postwesens einschließlich der Telephonie durch Verordnung geregelt wurde. In dem dann angenommenen Postgesetz wurde bestimmt, daß weitere Gebührenfreiheiten als sie damals bestanden für fürliche Persönlichkeiten nicht mehr zugestanden werden dürften. Durch Verordnung war aber damals bereits bestimmt, daß in Anerkennung der Ehrenrechte, die die regierenden Fürsten im Deutschen Reiche besitzen, auf Telephonlinien ihnen für ihren persönlichen Verkehr die Gebührenfreiheit eingeräumt worden ist, sofern die Anschluss-Anlage auf Kosten der allerhöchsten Herrschaften hergestellt worden ist. In diesem eingeschränkten Maße besteht die Gebührenfreiheit auch heute noch.

Abg. Ulrich (Soz.):

Herr Müller-Sagan hat eine Parallele gezogen zwischen dem Byzantinismus den ich darin gefunden habe, daß man es gewissen Leuten erwidrigt, den Titel Reserveleutnant auf ihre Visitenkarte zu schreiben, und einem Vorgange der sich im vorigen Jahre in unserer kleinen Residenz abspielte und bei dem mein Name mehr als nötig genannt wurde. Dabei ist es ihm passiert, daß seine Phantasie weit über alles hinausgeschloß, was überhaupt geschehen ist. Nicht in einem einzigen meiner Parteiblätter hat man mir daraus, daß ich als ausländischer Mensch eine persönliche Unterhaltung nicht zurückgewiesen habe, den Vorwurf des Byzantinismus gemacht. Der Byzantinismus, der darin liegt, ist lediglich eine Eigentümlichkeit des Herrn Dr. Müller-Sagan.

Staatssekretär Kracike: Die Wünsche der Beamten auf Verlegung in andre Bezirke werden nach Möglichkeit berücksichtigt.

Der Titel wird hierauf bewilligt. Ebenso der Rest des Kapitels Centralverwaltung. Es folgt das Kapitel Betriebsverwaltung.

Abg. Schmidt-Frankfurt (Soz.) bringt Mißstände vor, in Frankfurt im Postwesen herrschen. Den folgenden Fall habe ich schon vor zwei Jahren vorgelesen. Der Sohn eines schon seit 1875 im Postdienst stehenden Unterbeamten Kraus, der sich im Dienst eine Schädelkugel zugezogen hatte, wurde im Jahre 1898 in der Schule vom Lehrer schwer mißhandelt. Der Vater erhob gegen den Lehrer Klage, der Oberpostdirektor Scham suchte aber den Mann zu bewegen, die Klage zurückzuziehen. Er bot ihm als Entschädigung für die ärztliche Behandlung des Knaben 20 M. Kraus zog wirklich die Klage zurück. Später aber wies ihn der Lehrer wegen der Bezahlung an den Oberpostdirektor, denn er hätte keinerlei Entschädigung verprochen. Von dieser Zeit an wurde der Beamte in jeder Weise chikaniert, er mußte ganze Tage lang Briefe stampeln, so daß sein Arm anschwellte, und mußte sich in jeder Weise unrecht behandeln lassen. Plötzlich wurde dem Manne mitgeteilt, er sei nach Müdesheim verlegt. Seine ganzen Familienverhältnisse wurden dadurch zerrissen, aber schließlich sagte er sich. In Müdesheim wurde er krank und auf einige Tage nach Frankfurt beurlaubt. Nun endlich verordnete der Vertrauensarzt ihm eine längere Erholungszeit. Dies wurde ihm jedoch erst 6 Wochen später mitgeteilt. Schließlich wurde er pensioniert und nun mit 64 M. ankommen. Nach einer glücklichen verlaufenen Wadefur ist der Mann jetzt wieder vollständig gesund und könnte sehr gut wieder Dienst leisten. Aber man will ihn nicht mehr haben, weil er einmal dem Obersekretär auf die Füße getreten hat. Ich erwarte, daß der Herr Staatssekretär in diesem Fall für Remedur sorgen wird.

Direktor im Reichspostamt Witten:

Wir kennen den Fall Kraus auf das allergnueste und haben vier große Allenlöcher in der Sache durcharbeiten müssen. (Heiterkeit.) Kraus hat hauptsächlich geleidet von seiner lieben Frau, die eine erstaunliche Energie besitzt, und gestützt auf das Zeugnis des sozialdemokratischen Partei angehörigen Metzger Dr. Schneider, das Unglaubliche an Unbotmäßigkeit und Querulantenium geleistet, und es verstanden, sich 2 1/2 Jahre außer Dienst zu halten. Die Einzelheiten, die der Herr Vorredner anführte, sind im allgemeinen richtig. Der Mann ist aber thatsächlich wegen seiner Dienstunfähigkeit pensioniert worden. Er hat sich bis in die höchste Instanz hinein beklagt, ist vor wenigen Wochen von dort aber abschlägig beschieden worden und damit ist die Sache definitiv erledigt.

Abg. Schmidt-Frankfurt (Soz.): Der Herr Regierungsvorredner hat zugeben müssen, daß ich die Einzelheiten richtig dargestellt habe. Warum ist die Unbotmäßigkeit bei dem Mann erst so spät entdeckt worden? Jahrelang hat er in Frieden seinen Dienst gethan, bis die erwähnten Ereignisse eintreten. Wenn ein Mann in dieser Weise chikaniert wird, so ist es kein Wunder, wenn er schließlich toll wird. Warum hat man mir dann auf mein Schreiben keine Antwort erteilt, wenn man wußte, wie die Sache lag? Sonst wird uns doch immer vorgelesen, wir teilten die Einzelfälle nicht vorher der betreffenden Verwaltung mit, welche wir hier im Reichstage vorbringen wollen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Thun wir es aber, dann antwortet man uns nicht.

Beim Titel „Oberpostassistenten“ befristet

Abg. Dr. Wiemer (fr. Sp.) den Antrag Dr. Müller-Sagan-Wiemer, die Stellen der Oberpostassistenten um 1000 zu vermehren. Gegenwärtig seien die Anstellungsbedingungen der Postassistenten zu ungünstig. Die Sicherheit der Beamten ist eine ganz andre, wenn sie etatsmäßig angestellt werden. Die Verhältnisse sind unendlich unter dem Regime Pöbdeleki geworden. Für andre Zwecke ist Geld genug da, bei den Beamtengehältern wird geknauert.

Reichs-Schatzsekretär Febr. v. Thielmann: Es handelt sich nicht um die lumpigen Millionen, sondern um die ernsthafte Frage, ob der Reichstag beauftragt ist, selbständig höhere Summen in den Etat einzustellen. Die Beratungen der Budgetkommission über die Zuschüsse sind noch nicht abgeschlossen, daher ist es wenig angebracht, hier eine Summe in den Etat einzulegen, die das Gesamtbild des Etats verändert. Legen Sie die Forderung der Regierung durch eine Resolution nahe. Ich warne Sie, den Weg des Kampfes zu betreten, der auf die Dauer nicht zum Guten führen kann.

Abg. v. Waldow-Reichenstein: Wir erkennen das Bedenliche, daß die Annahme des Antrages hat, an. In der Lage ist der Reichstag zwar, solche Forderungen nachträglich in den Etat einzulegen, aber es war bisher üblich, den Weg der Resolution zu gehen, freilich haben unsere Resolutionen nach dieser Richtung bisher keinen Erfolg gehabt. Es wäre sehr wünschenswert, wenn eine bestimmte Erklärung abgegeben würde, daß schon im nächsten Jahre unserer Wünsche Rechnung getragen werden wird.

Staatssekretär Kracike: Ich kann zugeben, daß die Diätäre, die länger als sechs Jahre beschäftigt sind, eine Erhöhung der Diäten von 4 M. auf 4,50 M. und von 4,50 M. auf 5 M. erhalten sollen. Ferner sollen in den nächsten Jahren 3000 neue Stellen in den Etat eingesetzt werden.

Abg. Graf Oriola (natl.): Der beste Ausweg ist, wir ersuchen die Regierung, in einem Nachtragsetat die Forderung zu bewilligen. Sind die Regierungen geneigt, unserm Wunsche nachzukommen, so kann das bis zur dritten Lesung geschehen.

Abg. Wiemer (fr. Sp. zur Geschäftsordnung.) Ich habe zu erklären, daß wie den Antrag Müller-Sagan zur 2. und 3. Lesung und Ihnen statt dessen folgende Resolution zur Annahme empfehle: Die Regierung möge die erforderlichen Mittel für weitere tausend etatsmäßige Postassistenten-Stellen in den Etat für 1902 einstellen und die Bereitwilligkeit dazu vor der dritten Lesung des Etats dem Hause mitteilen.

Abg. Singer (Soz.):

Die Auffassung des Herrn Thielmann, der Reichstag habe nicht das Recht, seinerseits Ausgabenposten in den Etat zu stellen, ist durchaus irrig. Immerhin ist ein solcher Vorgang ein Kampfesmittel, das man nur in Ausnahmefällen anwendet. Gerade der Umstand, daß der Herr Staatssekretär auch hier wieder anstatt praktischer Bedenken die staatsrechtliche Seite in den Vordergrund gehoben hat, zwingt uns, an unserm principiellen Standpunkt festzuhalten, der mit Ausnahme eines Teils der Konservativen von allen Parteien des Reichstags geteilt wird. Durch die Zurückziehung des Antrags ist ja die Sache für heute erledigt und wir werden für die Resolution stimmen. Sollte aber die entgegenkommende Erklärung der Regierung nicht erfolgen, so hoffe ich, werden die Herren Antragsteller auf ihrem Antrage beharren, so daß dann auch die staatsrechtliche Frage zur Entscheidung kommen kann. — Sehr genunbert habe ich mich über die Bemerkung des Herrn Reichs-Schatzsekretärs, der Etat zeige auch nach den Absichten der Budgetkommission kein erfreuliches Bild. Wollte er damit sagen, daß die Kommission noch nicht genug geschrieben hat? (Heiterkeit.) Und weshalb hat er uns dann den noch unerschütterlichen ursprünglichen Etat überhaupt vorgelegt? (Heiterkeit.)

Ich muß noch kurz auf die leidige Frage der Militärantwörter zurückkommen. Wie wird mitgeteilt, daß nachdem der Postetat zur Zahlung mit 6 Proz. Zinsen verurteilt worden ist, die Assistenten nicht gleichmäßig behandelt werden. Die sächsische Postdirektion zahlt gar keine Zinsen, Trier 4 Proz. seit dem Tage der Anstellung, eine andre Direktion 4 Proz. seit dem Tage der Lagerirreicherung. Das ist doch eine ganz unbedingte Unbilligkeit in der Verhandlung. Man sollte doch endlich diese Sache zur Ruhe kommen lassen. Diese kleinliche Sparsamkeit ist einer großen Verwaltung durchaus unwürdig. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Kracike:

Ich glaube, die Nachrichten des Herrn Vorredners sind falsch. Es wird jetzt allgemein der Zins bezahlt, der in dem betreffenden Gebiet üblich ist, und zwar von dem Tage der Lagerirreicherung an. Ich hoffe, daß die Sache endlich zur Ruhe kommt. Wir sind in Hamburg zu den ortsüblichen Zinsen verurteilt worden; wir dürfen deshalb aber nicht in einzelnen Gegenden, wo 5 Proz. üblich sind, 6 Proz., wie sie in Hamburg üblich sind, zahlen.

Abg. Gröber (C.): Thatsächlich hat der Reichstag bereits selbständig Posten in den Etat eingestellt, wenn ich auch zugebe, daß im allgemeinen die Uebung dahingehet, der Regierung auf dem Wege der Resolution die Wünsche des Reichstags vorzulegen. Für die Resolution werden wir stimmen.

Abg. Leuzmann (fr. Sp.): Herrn Singer kann ich bestätigen, daß wir aus rein praktischen Erwägungen vorläufig den Weg der Resolution betreten haben, unsre prinzipielle Stellung wird dadurch nicht berührt.

Abg. Graf Oriola (natl.): Nicht nur Militärantwörter in verschiedenen Bezirken, sondern Beamte in demselben Dienstgebäude haben verschiedene Zinsen erhalten. Damit schließt die Distinktion. Ueber den Titel mit der Resolution soll am Montag abgestimmt werden, da die Resolution noch nicht gedruckt vorliegt.

Hierauf verlag das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend 1 Uhr. (Außer dem Etat des Allgemeinen Pensionsfonds, Etat des Reichs-Militärgerichts.)

Schlus 8 Uhr.

Parlamentarisches.

Reichspost.

Die Budgetkommission des Reichstags schloß am Freitag die Beratung der einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats der Reichspost fort. Bei der Forderung für Erweiterung eines Grundstücks für neue Postbetriebsanlagen am Schlesienschen Bahnhof in Berlin fragte Abg. Kopsch (fr. Sp.) an, weshalb denn der Bau des geplanten neuen großen Postgebäudes im Osten Berlins an der Ecke der Magazin- und Alexanderstraße, wofür schon im Etat für 1900 eine Million bewilligt worden sei, nicht in Angriff genommen werde. Staatssekretär Kracike erwiderte, bisher sei der Neubau aus Rücksicht auf die ungünstige Finanzlage zurückgestellt worden; er werde aber im nächsten und übernächsten Etatsjahr angefaßt werden.

Bei der Forderung von 602 000 M. für die Herstellung einer Telegraphenlinie im Innern von Deutsch-Ostafrika, von Mporaka nach Tabora, beantragte Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) völlige Ablehnung der ganzen Forderung. Im gleichen Sinne sprachen sich die Abgg. Dabach (C.) und Müller-Julda (C.) aus. Der letztere meint spottend, daß auf dieser Linie doch nur „die Kaschörner und Rißperde zu telegraphieren hätten.“

Unterstaatssekretär Sydow bittet, zum mindesten eine Strecke weiter bauen zu lassen. Abg. Dr. Hasse (natl.) wünscht die Frage grundsätzlich entschieden, ob es in den Kolonien heißen solle: „erst Menschen und dann Verkehr, oder umgekehrt.“ Er sei für das letztere. Abg. v. Waldow (L.) beantragt 300 000 M. einzustellen. Staatssekretär des Auswärtigen Febr. v. Richthofen betont, es würde sehr wünschenswert sein, das geschulte Personal zum Telegraphenbau in Deutsch-Ostafrika weiter zu beschäftigen und nicht die Arbeiten zu unterbrechen. Deshalb müsse eine Strecke weiter gebaut werden, wenn auch nicht die ganze. Abg. Prinz Arenberg (C.) weist darauf hin, daß ohne Telegraphen eine Nachricht aus dem Innern erst nach drei Monaten eintreffe; da könnten Dutzende von Menschen totesgeschlagen werden, ebe man etwas davon erfahre. Schließlich wird nach weiterer Debatte die volle Forderung von 602 000 M. mit allen gegen 7 Stimmen abgelehnt; der Antrag des Abg. v. Waldow (L.) auf Einstellung von 300 000 M. wird in Abwesenheit des Abg. Frese (fr. Sp.) mit 14 gegen 13 Stimmen (der freisinnigen Volkspartei, der Sozialdemokraten und des Centrums [außer den Abgg. Prinz Arenberg, Tafel und Freiherr v. Hertling]) angenommen.

Der Rest des Postetats wird unverändert genehmigt. Nächste Sitzung: Dienstag; Ostafrika und Reichs-Zubehörsfonds.

Die Brauntweinsteuer-Kommission

des Reichstags beschloß am Donnerstagabend nach längerer Geschäftsordnungs-Debatte, der Specialberatung zunächst den Antrag des Abg. Prinz Arenberg (C.) zu Artikel II der Robelle zum Brauntweinsteuer-Gesetz zu legen, soweit er sich auf Absatz 2a des § 2 des alten Brauntweinsteuer-Gesetzes (Regelmäßiges Verfahren bei der Kontingenterhebung) bezieht. Nach Befürwortung durch die Abgg. Dietrich (L.), Semler (natl.) und Sped (C.) und Befämpfung durch die Abgg. August (natl.) und Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) wird dieser Teil des Antrages mit kleinen redaktionellen Veränderungen gegen die vier Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten angenommen. Er lautet: „Die bisher beteiligten Brennereien werden nach Maßgabe der in den vorhergehenden fünf Betriebsjahren durchschnittlich zum niedrigeren Abgabensätze hergestellten Alkohol-



mengen weiter beteiligt. Bei Brennerien, die in einem oder mehreren der fünf Jahre das Kontingent überhaupt nicht oder nicht vollständig hergestellt, wird für diese Jahre gleichwohl die volle Kontingentmenge als hergestellt angenommen, wenn wenigstens in einem der fünf Jahre das Kontingent vollständig hergestellt ist. In Abfindungsbrennerien (§ 13) werden die Kontingente auch dann als hergestellt angenommen, wenn dieselben in der Kontingentsperiode überhaupt oder nicht vollständig hergestellt worden sind.

Zu § 2 Abs. 3b, der die Kontingentsminderung betrifft und nach dem Antrag Arenberg wie bisher bleiben soll, begründet Abg. Nitz (nat.) seinen Antrag, der für die nach 1887 gegründeten Luftschiffabriken eine Kontingentsminderung um  $\frac{1}{10}$  vorschlägt. — Abg. Speck (L.) wünscht weiteres statistisches Material darüber, wieviel Pflanzensamen, wozu und wieviel Kontingent zum Luftschiffverfabriken übergegangen sind. — Geheimrat Korbner stellt fest, daß etwa  $\frac{1}{3}$  darunter auch keine Pflanzensamen die fragliche Umwandlung ihrer Betriebe vorgenommen haben. Es würde nicht schon sein, sie einfach zuzuschlagen. Auch würden es dann die großen Luftschiffabriken zum alten Verfahren zurückkehren und wieder Qualitätskontingent herstellen zum Schaden namentlich auch der kleinen Qualitätsbrenner besonders in Rheinland und Westfalen. — Abg. Camp (Sp.) tritt für Maßnahmen gegen die großen Luftschiffabriken ein. Diese machten den landwirtschaftlichen Brennerien dadurch Konkurrenz, daß sie Samen und schlechte Gerste verbreiten. Medner schlägt vor, das Kontingent nur um  $\frac{1}{10}$  zu kürzen. — Ministerialdirektor Geiger befreit die Behauptung des Abg. Camp, daß in Bayern eine Vergrößerung eingetreten sei, durch die der Übergang zum Luftschiffverfabriken als Betriebswechsel gekennzeichnet werde. Eine solche Vergrößerung würde gekennzeichnet sein. — Ministerialdirektor Scherer spricht sich noch schärfer aus; es liege nicht der mindeste Anlaß vor, die landwirtschaftlichen Brennerien bei Kürzung des Kontingents anders und besser zu behandeln, als die gewerblichen. Die Abg. Dietrich (kons.) und Dr. Paasche wenden sich mit großer Entschiedenheit gegen den Antrag Nitz, der auf die Ueberproduktion steigend wirkt. — Die Abg. Müller-Gulba (C.), Dr. Wagner (fr. Vgg.) und Dr. Müller-Sagan (fr. Vp.) bekämpfen gleichfalls den Antrag, weil er technische Fortschritte bestrafe und nur einen Konkurrenzkampf von Ludwigshafen gegen Gelsenkirchen, zwischen der Firma Kuhlitz und der Firma Simmer bewirke. — Abg. Nitz zieht schließlich seinen Antrag zurück. Die nächste Sitzung der Kommission findet am Mittwoch, den 19. d. M. abends statt.

## Partei-Nachrichten.

**Parteiliteratur.** Die illustrierte Romanbibliothek „In Freien Stunden“ in Wochenheften zu 10 Pf. hat mit der Auswahl des Romans: Der Wald und dessen charakteristische Illustrationen zweifellos einen guten Griff gethan; aber auch der Gottsche Roman: Im Banne der Dämonen, dem bald Zolls ergreifender Roman Ein Seemann folgt, hat allgemeinen Anklang gefunden, wie die mit jedem Heft steigende Abonnentenzahl darlegt. Wir empfehlen die „Freien Stunden“ bestens, und unsere Expedition liefert zu jeder Zeit auf Wunsch Probehefte und Sammelmaterial für Vereine und Versammlungen.

**Aus den Organisationen.** Der sozialdemokratische Verein für den zweiten Hamburgischen Wahlkreis zählt jetzt 3539 Mitglieder gegen 3322 im vorigen Jahre. Die Einnahmen im Jahre 1901 betragen einschließlich des Kassenbestandes von 3501 M. im ganzen 19 012 M., davon 11 202 M. aus Beiträgen und Eintrittsgeldern. An die Hauptkasse in Berlin führte der Verein 8000 M. ab.

Der sozialdemokratische Verein Bremen hatte im vergangenen Jahre eine Einnahme von 8999 M. einschließlich des Kassenbestandes von 1205 M. Ueber die Zahl der Mitglieder kann der Geschäftsbericht mangels einer Mitgliederliste keine Angaben machen.

Der Parteiverein in Hannover hat die Zahl von 1961 Mitgliedern erreicht. Er hatte eine Einnahme von 2783 M.

**Totenliste der Partei.** In Steinfelsen (Schlesien), starb ein alter verdienter Parteigenosse, der Stolportener Karl Cypert. Wegen seiner Thätigkeit für den Textilarbeiterverband verlor er vor drei Jahren seine Arbeit in einer Fabrik, in der er 20 Jahre lang thätig gewesen war. Er übernahm die Stolportiger die Parteilblätter, aber weder diese, noch ein kleines Handelsgründchen konnte dem Genossen, der auf Krücken einherging, ein einigermaßen sicheres Auskommen geben. Er starb im Glend, bis zuletzt aber trenn seinen Idealen.

## Politikales, Gerichtliches u. s. w.

**Wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes** wurde der Genosse Dr. Winter in Weuthen zu 45 M. Geldstrafe verurteilt. Die Anklage stand von vornherein auf so schwachen Füßen, daß das Gericht zunächst die Eröffnung des Verfahrens überhaupt abgelehnt hatte; erst auf die sofortige Beschwerde bei der Staatsanwaltschaft kam es zur Verhandlung. In dieser behauptete ein „Herrschafflicher“ Vorwächter, daß Dr. Winter am 1. September v. J. bei Gelegenheit des Verzehrtes der Laurahüttegrube in Biesdorf bei Laurahütte eine Rede gehalten habe, von der er freilich so gut wie nichts wußte. Zwei andre Zeugen, die in Dr. Winters unmittelbarer Nähe bei der angeblichen Rede gewesen waren, verneinten mit Bestimmtheit, daß er eine Rede gehalten habe. Trotzdem die Verurteilung und zugleich die Androhung des Weimelverfahrens gegen diese beiden Zeugen. Wegen das Urteil ist Berufung eingelegt worden.

## Zur Arbeitslosenstatistik.

Nehrerer bürgerliche Blätter, die „Vossische Zeitung“, das „Berl. Tageblatt“, die „Neuesten Nachrichten“ und andre bringen eine gleichlautende Korrespondenz, die ihren Inhalt nach bestimmt ist, die Arbeitslosenzählung der Gewerkschaftskommission zu beanfängeln und ihre Bearbeiter der Parteilichkeit zu verdächtigen. Es war ja auch nicht anders zu erwarten, als daß jene Leute, welche bisher das Vorhandensein eines ungewöhnlichen Kostandes beharrlich leugneten, nunmehr versuchen würden, den Wert der Zahlen, welche den ergründeten Umfang der Arbeitslosigkeit feststellen, herabzumindern. — In den genannten Blättern wird gesagt, von „sachmännisch gebildeten Statistiker“ und „bekannten Autoritäten“ auf dem Gebiet der Statistik“ werde die Arbeitslosenzählung der Gewerkschaften sehr gering eingeschätzt, denn es fehlten ja Angaben über das Alter der Arbeitslosen, sowie darüber, ob auch die arbeitslosen Saisonarbeiter, die stellunglosen Konstanten, sowie die Alters- und Invalidenrentner als Arbeitslose mitgezählt worden seien. Die Zeitungen, welche solches Behauptungen aufzunehmen, beweisen damit, daß sie in statistischen Dingen ebenso unwissend sind wie ihr Korrespondent, der sich angeblich auf Autoritäten stützt. Man braucht kein berufsmäßiger Statistiker zu sein, um zu wissen, daß eine so spezialisierte Bearbeitung des eisenhaltigen Materials, wie sie in den genannten Zeitungsartikeln verlangt wird, selbst durch amtliche Statistiken nicht in wenigen Tagen erledigt werden kann. Aber die Arbeiten des gewerkschaftlichen Zählbüros sind noch in vollem Gange, und wir werden binnen kurzem in der Lage sein, die Zählung nach Beruf und Dauer der Arbeitslosigkeit zu veröffentlichen, womit dann ein Teil der Zweifel, die die „Autoritäten“ der genannten Zeitungen bedrücken, gehoben werden. Auf die weiteren, ungläublich einfältigen Einwände der „berufsmäßig gebildeten Statistiker“ wollen wir heut nur antworten, daß Konstanten und Saisonarbeiter, wenn sie keine Arbeit haben, selbstverständlich zu den Arbeitslosen zu zählen sind. Die Alters- und Invalidenrentner wird man natürlich nicht in der Rubrik der Arbeitslosen, sondern in der in unseren Tabellen besonderten Rubrik „Kranke und Invalide“ suchen müssen.

Mehr noch als die Anklagen der vorstehend bezeichneten Blätter zeugt ein Artikel der „Konservativen Korrespondenz“ von

dem Bestreben, die Arbeitslosen-Zählung zu verunglimpfen. Auch diesem Blatte ist das ganze Werk nicht, als sozialdemokratischer Humpen. In ihrem Eifer, den Wert der Statistik herabzusetzen, kommt die „Konservative Korrespondenz“ zu den sonderbarsten Widersprüchen. Einerseits muß die Schärfe, mit der die Zählung und die Ermittlung der Resultate vor sich ging, hochgehalten, um die ganze Statistik als unbrauchbar hinzustellen, andererseits verlangt aber die „Konserv.“ die Beantwortung einer Reihe Fragen, die erst nach einer langen und mühevollen Spezialbearbeitung beantwortet werden können.

Aber nicht genug damit. Auch die Unparteilichkeit der Zählung wird in Zweifel gezogen. Die zuerst erwähnte Zeitungs-Korrespondenz hält die Nachprüfung der Zählarten von einwandfreier, unparteilicher Seite für notwendig. Auch in dieser Hinsicht können die Preisler und Köppler berechtigt sein. Dem Ausschuss der Gewerkschaftskommission hat ein sachverständiger Beirat zur Seite gestanden in der Person des Herrn Dr. Rath vom statistischen Amt der Stadt Berlin. Dieser berufsmäßige Statistiker hat nicht nur den Arbeitsplan für die Zählung entworfen, sondern auch eine dauernde Kontrolle über die Auszahlung und die Zusammenstellung des Materials ausgeübt. Von dieser gewiß unparteilichen und einwandfreien Seite haben wir erfahren, daß im Zählbureau des Gewerkschaftsverbandes ebenfalls gewissenhaft gearbeitet worden ist, wie in irgend einem amtlichen Bureau, und daß dieser Arbeitslosenzählung nicht mehr und nicht größerer Mängel anhaften, wie sie bei jeder amtlichen Statistik auch zu finden sind. Um allen Zweifeln an der Unparteilichkeit der vorliegenden Statistik zu begegnen, ist die Gewerkschaftskommission gern bereit, die sorgfältig angeordneten und geordneten Zählarten sowohl dem Kaiserlichen, als dem Berliner statistischen Amt zum Zweck der Nachprüfung zur Verfügung zu stellen. Wenn der „Konf. Kor.“ oder den andern Zeitungen an einer amtlichen Nachprüfung gelegen ist, dann mögen sie nur ihren Einfluß nach jener Seite hin wirken lassen.

Die „Konf. Kor.“ geficht zwar zu, daß es den Veranlassern der Statistik gelungen ist, mit großen Zahlen an die Öffentlichkeit zu treten, aber sie sucht die Wucht der Zahlen abzuschwächen, indem sie sagt, es seien unkontrollierbare Angaben kritikal zusammengestellt. Daß bei der Zusammenstellung des Materials sehr kritisch zu Werke gegangen wurde, und daß daher die wirkliche Ausdehnung der Arbeitslosigkeit, besonders aber die Erwerbsbeschränkung noch bei weitem nicht in den ermittelten Zahlen zum Ausdruck kommt, dafür bürgt ebenfalls die einwandfreie Kontrolle des Herrn Dr. Rath. Wenn erst die Zählung nach Beruf, Dauer der Arbeitslosigkeit usw. abgeschlossen ist, dann wird die ganze Größe des Glends erst recht klar in die Erscheinung treten.

In unserer gestrigen Zusammenstellung der Endresultate vergaßen wir die Zahlen von Reinickendorf anzuführen. Dasselbe wurden ermittelt 625 Arbeitslose, 466 mit beschränkter Arbeitszeit, und 147 Kranke und Invalide. Demnach stellt sich das Gesamtergebnis für Berlin und die Vororte folgendermaßen: **76 651 Arbeitslose, 52 967 Personen mit beschränkter Arbeitszeit, 19 386 Kranke und Invalide.**

Angehts dieser Zahlen list kein Abklingen und kein Deuteln. Ein anhergewöhlicher Kostand ist vorhanden, und die Behörden haben die Pflicht, hier helfend einzugreifen.

## Berliner Partei-Angelegenheiten.

**Erster Wahlkreis.** Die Abhaltung der Versammlung am 11. d. M. ist uns bekanntlich durch Beeinträchtigung hinterzogen worden. Wir haben uns mit Erfolg bemüht, Ersatz zu schaffen, und so findet die Versammlung mit demselben Thema nächste Woche in den Kurhallen am Holsteiner Ufer, in der Nähe vom Bahnhof Bellevue statt. Da Genosse Heine verhindert ist, das Referat zu halten, so wird an dessen Stelle Genosse Herzfeld sprechen. Näheres wird durch Inserat bekannt gegeben. Die Parteigenossen wollen zahlreich erscheinen.

Der Vorstand des Wahlvereins.

**Dritter Wahlkreis.** Am Sonntagabend 6 Uhr findet im Apollo-Saal, Sebastianstr. 39, eine Versammlung für Männer und Frauen statt. Vortrag des Genossen F. Philipp über „Geistliche Heime“. — Nachher gemüthliches Beisammensein mit Tanz. Eintritt 20 Pf. inkl. Garderobe.

**Sechster Wahlkreis.** Sonntagabend 6 Uhr findet im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23, eine Volkversammlung statt, in welcher Genosse Waidel eine Analyse über das Thema: „Gesundbeten — Gesunddenken“ sprechen wird. Nach der Versammlung: Gesellschaftliches Beisammensein. Um regen Besuch bittet die Vertrauensperson.

**Zehndorf.** Sonntagmorgens 3 Uhr findet Altstr. 38 (Engländerstr.) eine Wählerversammlung statt, in der die Kandidaten für die bevorstehenden Gemeindevahlen aufgestellt werden sollen.

## Kokales.

### „Heyer“!

Nun ist es endlich herab: Wer an den Einrichtungen der Berliner Kommune Kritik übt, der ist ein Heyer! Gott sei Dank, das erlösende Wort ist gefunden! Als dieses Wort am Donnerstag in der Stadivernordneten-Sitzung bei der Krankenhausdebatte den Sozialdemokraten ins Gesicht geschleudert wurde, da ahnete manch braver Freisinniger in stiller Ehrlichkeit auf: Heyer! Nun sind sie für immer gebrandmarkt, und kein Mensch wird ihnen mehr ein Sterbenswörtchen glauben, wenn sie es noch einmal wagen sollten, auf die Berliner Kommunalverwaltung zu schelten.

Ja, es muß den Säulen des reichthümlichen Freisinnigen verflucht nahe gegangen sein, daß man ihre vielgepriesene Berliner Kommunalverwaltung so vor den ganzen Reich bloßgestellt hat! Genosse Kritik hat mit den Angriffen, die er im Reichstag gegen die städtischen Krankenhäuser verübt hat — selbst wenn er dabei in Einzelheiten geirrt haben sollte — thalächlich doch ins Schwarze getroffen. Das wurde uns durch diese Stadivernordneten-Sitzung klarer als je. Aus jedem Wort, das vom Magistrat und seinen freisinnigen Helfern aus der Versammlung vorgebracht wurde, aus dem gütigen Gelezer des Stadivernordneten Cassel wie aus dem täppischen Gepolter des Stadivernordneten Straßmann oder dem sentimentalen Gezecke des Oberbürgermeisters Strömer, sprach das geheime Schuldewort: Heyer!

Man frant diese Taktik zur Weige. Sie ist im Kampf der politischen Parteien — und, wie man sieht, nun auch im kommunalen Meinungsstreit — das letzte Mittel der Regierungspartei, die sich von der Opposition in die Enge getrieben sieht. Genosse Freudenberg zog eine Parallele zwischen der Art, in der im Parlament Wisomars und die Konservativen die Regierung gegen die Angriffe des Freisinnigen zu verteidigen pflegten, und derjenigen Art, in der jetzt in der Stadivernordneten-Versammlung Herr Kritik und die Freisinnigen den Magistrat gegen die Kritik der Sozialdemokraten in Schutz nehmen. Der Vergleich ist treffend, insofern er die klägliche Verlegenheit beleuchtet, die einerseits

die konservative Regierung, andererseits die freisinnige Berliner Stadivernwaltung an den Tag legt, sobald von der Opposition an ihrem Treiben Kritik geübt wird.

Weiter geht die Unfähigkeit jedoch nicht. Sie erstreckt sich vor allem nicht auch auf den Erfolg der „heyerischen“ Thätigkeit. Die Freisinnigen im Parlament haben mit ihrer „Heyer“ bisher recht wenig erreicht; die sozialdemokratischen „Heyer“ dagegen, die dem Freisinn in der Berliner Gemeindevertretung sein einst so bebagliches Dasein jetzt so mächtig verbittern, dürfen stolz sein auf die Frucht, die ihre „Hetherthätigkeit“ bereits getragen hat. Wie sähe es heute in der Kommunalverwaltung Berlins aus, wenn wir nicht die sozialdemokratischen „Heyer“ in der Stadivernordneten-Versammlung hätten!

Der selbstanklagende Eifer, mit dem der Magistrat und seine von Herrn Cassel zusammengetrommelte Hilfstruppe sich gegen die Kritiker der städtischen Verwaltung wandten, wurde treffend gekennzeichnet durch die Bemerkung Singers: „Zugegeben werden solche Mißstände nie, aber — gebessert werden sie.“ Hoffen wir, daß auch die Angriffe auf die städtischen Krankenhäuser endlich die notwendige Verbesserung herbeiführen.

**Noch einiges zur Krankenhaus-Debatte in der letzten Stadivernordneten-Sitzung.** Da die städtischen Krankenhäuser Verwaltung in der letzten Sitzung der Stadivernordneten besonders günstig abgehandelt hat, darüber gehen die Ansichten in der bürgerlichen Presse auseinander. Die Freisinnigen oder dem Freisinn nahe stehenden Blätter pflichten, soweit sie sich zu der Angelegenheit äußern, meist dem Magistrat und seinem Getreuen aus der Stadivernordneten-Versammlung bei. Das „Berliner Tageblatt“ läßt jedoch durchblicken, daß die von den Sozialdemokraten geübte Kritik am Ende doch nicht ganz unberechtigt war. In den Ausführungen des Stadivernordneten Weigert über das Krankenhaus-Moabit bemerkt das Blatt: Er zählte auf, was alles an Minderlichkeiten dieses Instituts besteht, und was künstlich noch — projiziert ist. Man wurde den Gedanken nicht los, daß so manches erst der mehr oder weniger berechtigten Kritik zu verdanken ist. Hinterher wird allerdings — in wunderlichem Widerspruch zu diesem Geständnis — die Sache so dargestellt, als habe der Magistrat alle Angriffe Entschuldigend widerlegt. In der Nummer vom Freitagabend geht das „Berliner Tageblatt“ noch einen Schritt weiter und spricht nur noch von „angeblichen“ Mängeln in den Berliner Krankenhäusern. Die „National-Zeitung“ bringt einen rein sachlichen Bericht, schmäht ihn aber zum Schluß mit ein paar Witzchen über die Ausführungen, die Genosse Dr. Freudenberg unter dem Lärm der freisinnigen Stadivernordneten-Mehrheit den Behauptungen des Stadivernordneten Straßmann entgegensetzte. Wie bei dem freisinnigen „Berl. Tagebl.“, so hat die Krankenhaus-Debatte auch bei einem „unparteilichen“ Blatt, dem „Lokal-Anzeiger“, recht gemüthliche Empfindungen hervorgeufen. Das Blatt, dem man Vereingemommenheit gegen den Berliner Magistrat nicht nachsagen kann, schiebt in seine Betrachtung über die Weigerersche Rede die Bemerkung ein: In der Hauptsache umging der Stadivernordnete jedoch den kritischen Vorkopf, und schiebt mit den Worten: „Es besteht unzulänglich im Publikum seit langer Zeit eine gewisse Stimmung gegen die städtischen Krankenhäuser, deren Prognostik auch von wohlwollender und einsichtsvoller Seite nicht so vorbehaltlos geteilt wird, wie geflucht von dem zuständigen Decernenten.“ In einem demeritwürdigen Gegenstoß hierzu stellt sich die „Berliner Morgenpost“ in unzweideutiger Form auf die Seite des Magistrats. Daß das Blatt, seinem Grundsatz getreu, sich rechtlich abmisst, auch dieser Proben, durchaus ernstlichen Stoff wieder nach dem oft bewährten Rezept: „Hundert Stüd Anfallerben oder: Du sollst und mußt lachen“ zu behandeln, das sei nebenbei bemerkt.

In der gestrigen Magistrats-Sitzung wurde der Syndikus des Berliner Standesrechtsamts auf zwölf Jahre wiedergewählt. Der Oberlehrer Gilschewski wurde zum Oberlehrer am Kaiserlichen Gymnasium gewählt, Hilfslehrer Hermann Frankfurt zum Oberlehrer am Sophien-Real-Gymnasium, die Hilfslehrer Dr. Bahr und Dr. Rasmann zu Oberlehrern am Humboldt-Gymnasium, der Gemeindevorsteher Dr. Herrn. Sachs und der Hilfslehrer Dr. Albert Grünhals zu Oberlehrern an der 13. Realschule, Hilfslehrer Dr. Marcus Rosenthal zum Oberlehrer an der 1. Realschule, Turnlehrer Wollert von der Luisenstädtischen Ober-Realchule zum Turnwart am Gymnasium zum Grauen Kloster, der Organist Robert John zum Gesangslehrer an der Luisenstädtischen Ober-Realchule und der Gemeindevorsteher cand. theol. Walter Böse zum Vorkurslehrer am Königl. städtischen Gymnasium.

Der Magistrat hat dann noch beschlossen, sich zu der von der Landespolizei geplanten Neuregelung der Polizei-Verordnung über den Verkehr mit Milch und Sahne dahin zu äußern, daß er nach Anhören der Sachverständigen nicht in der Lage sei, der Aenderung beizustimmen, besonders die Bestimmung über die Aenderung der Bezeichnung „Sohlmilch“ in „Markmilch“ ist vom Magistrat in seiner Aeußerung beanstandet worden. Auch hat der Magistrat sich dahin geäußert, die Verordnung, den Wünschen der Interessenten entsprechend, erst am 1. April 1903 in Kraft treten zu lassen.

**Fortschritte in der Berliner Konsumvereins-Bewegung.** Der Konsumverein Berlin-Süd verfügt nach zweijährigen Bestehen bereits über vier Verkaufsstellen. Die Mitgliederzahl stieg auf 1200, die monatliche Umsätze belaufen sich auf 18 000 M. An Rückvergütung sind 4992 M., gleich 6 Prozent, gezahlt worden. Gewiß ein Zeichen, daß sich der Verein in der besten Entwicklung befindet.

**Mit Leuchtgas** veruchte sich am Freitagmorgens unter dem Einfluß von Kopfrämpfen die 31 Jahre alte Ehefrau Eleonore des Kaufmanns B. zu vergiften. Das einzige Kind der Eheleute befindet sich bei den Eltern der Frau. Die im zweiten Stock des Hauses Schönhauser-Allee 47 belegene Wohnung ist mit Gaseinrichtung versehen. Die Frau war allein anwesend und ließ, um ihrem Leiden ein Ende zu machen, aus den vorhandenen Gefäßen das Gas austreten. Im letzten Augenblick, bevor sie die Wohnung verlor, wurde ihr die Sache leid. Sie öffnete die Korridor-Thür und schrie um Hilfe. Als die Nachbarin, Frau Weiß, herbeikam, war Frau B. auf dem Korridor zusammengebrochen und lag mit dem Gesicht nach unten. Auf die Benachrichtigung aus dem Hause erschienen mehrere Polizeibeamte, die die bewegungslose Frau in einem Lächelnden Krankenwagen nach der Charité befördern ließen und die durch das Auströmen des Gases für das Haus entstandene Gefahr beseitigten. In dem Augenblick, als der Krankenwagen abfuhr, erschien der ahnungslose Ehemann an Ort und Stelle.

**Beim Betteln vom Tode ereilt** wurde eine etwa 50 Jahre alte Frau, die einen Zettel mit dem Namen „Pauline Schulte“ bei sich hatte. Die arme Frau hat anscheinend das Haus Jossenerstr. 43 abgetheilt, wurde dann von Intelligenz besessen und hatte sich zur Erholung auf die Treppe niedergelassen. Hier fand sie am Donnerstagabend um 6 Uhr ein Verwundener des Hauses tot auf. Die Frau war demüthlich gekleidet und trug einen mit Schwarzem verführerisch gefüllten Rock bei sich.

**Aus Erstickungsgefahr** wurden heute Morgen die beiden Anaben der Witwe Noje in der Veteronenstraße gerettet. Während die Mutter die Treppeneinrichtung besorgte, hatte sie ihre beiden Kinder in der im Keller belegenen Küche zurückgelassen. Dort war die eiserne Klappe der gaselichten Maschine von selbst heruntergefallen, so daß der Rauch keinen Abzug mehr hatte und die Küche bald bald füllte. Hausbewohner nahmen wahr, daß aus der Wohnung Qualm drang, und riefen einen Schutzmänn herbei. Dieser schlug sofort ein Fenster ein und gelangte so in das Innere. Er konnte die beiden Anaben, von denen der achtjährige Karl bereits beunruhigt war, noch retten. Der gefährdete Anabe liegt jetzt im Krankenhaus, der jüngere Bruder konnte zu Hause belassen werden.



Ein Fabrikant von Legitimationspapieren ist der 55jährige Drabstflechter Georg Riemann, der durch die Kriminalpolizei festgenommen wurde. Bei einer Revision, welche hiesiger Polizeibeamte in einer Herberge dieses Vorortes vornahm, bemerkten sie, wie der in dem Gastzimmer weilende Drabstflechter Riemann bei ihrem Eintritt Papiere versteckte. Die Beamten beschlagnahmten die Papiere und bemerkten, daß diese mit verschiedenen Polizeistempeln versehen waren. Riemann behauptete zwar, daß er diese Stempel zu seinem Privatbergnügen angefertigt habe, sondern jedoch naturgemäß keinen Glauben, vielmehr nimmt die Behörde an, daß er die Stempelbogen zur Anfertigung von Legitimationspapieren benutzt hat, die er in den Herbergen an solche Personen veräußerte, welche alle Verhaftung hatten, sich dem Auge des Gesetzes zu entziehen. Der „Fabrikant“ wurde in das Untersuchungs-Gefängnis eingeliefert.

**Trauerfeier für Ernst Wichert.** Der Verein „Der Lüneburger Presse“ veranstaltete am Sonntag, den 9. März, mittags 12 Uhr, im großen Rathssaal eine Trauerfeier für Ernst Wichert. Am 11. März hätte der Verlebene seinen 71. Geburtstag gefeiert. Paul Henke hat dem toten Freunde ein Gedicht gewidmet, das eine unserer ersten Schauspielerinnen sprechen wird. Die Trauerrede wird Otto von Leigner halten. Gesangsvorträge sollen die Feier beschließen.

**Orgelkonzert.** Der Orgelkonzert in der Marienkirche am Sonntag, den 17. Februar, abends 7 1/2 Uhr, ist ein handl. Konzert, das angeführt wird von Herrn Musikdirektor Otto Dienst, Hr. Marie Keden und Herrn Baumt Klavierbegleiter aus Potsdam, Hr. Eise Klein, Hr. Louis Dienst, Hr. Teresia Waeber und dem Violinisten Herrn Hans Grotz. Der Eintritt ist frei. Nach Ostern finden die Deutschen Orgelkonzerte in der Marienkirche wieder Mittwochsabends 12 Uhr statt.

**Feuerbericht.** Freitag früh, kurz nach 7 Uhr, wurde die Wehr nach der Alexandrinenstraße 26 gerufen, wo ein größerer Kellerbrand ausgebrochen war. Es brannten Teerstriche, Regale und Innmobilien. Es währte längere Zeit mit einem Kohre Wasser gegeben werden, um die Flammen zu ersticken. Zwei andere Kellerbrände mußten gleichzeitig Donnerstagsabends 7 Uhr abgelöscht werden, und zwar in der Frenzlauerstr. 12a und Kanstr. 38a. In beiden Fällen hatten Späne, Stroh, Verpackungsmaterial u. dergl. Feuer gefangen, das indes in kurzer Zeit erlosch werden konnte. Freitagvormittag gegen 11 Uhr erfolgte ein Alarm nach der Kassein Augustin-Kaserne, wo in einer Stube des zweiten Bataillons ein Spind mit Kleidungsstücken brannte. Größere Gefahr war nicht vorhanden. Mittags 1 Uhr gingen in der Auguststr. 40 Gardinen, Wäsche und Kleidungsstücke in Flammen auf, die jedoch noch im Keime erlosch werden konnte. Außerdem war noch eine Alarmierung nach der Grünauerstraße 26 zu verzeichnen, die indes auf „blinden Lärm“ zurückzuführen war.

### Aus den Nachbarorten.

**Charlottenburger Stadtverordnetenwahl.** Gestern fand im vierten Wahlbezirk der dritten Abteilung die Reuwaahl für die Wahlperiode bis Ende Dezember 1907 statt. Dieselbe war dadurch notwendig geworden, daß die am 1. November v. J. erfolgte Wahl des Gastwirts Röttger durch rechtskräftig gewordenen Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung für ungültig erklärt worden ist. Die gestrige Reuwahl hatte folgendes Resultat: Rourer Adler (Soc.) erhielt 720, Holzhandler Krüger (unpol.) 338 und Reuter Linaus (lib.) 200 Stimmen. Mitin ist Adler (Soc.) gewählt. Bei der vorigen Wahl erhielten Röttger (Soc.) 712, Pleus (unpol.) 271 und Wöllmer (lib.) 200 Stimmen.

**Die Nitzdorfer Stadtverordneten-Versammlung** hatte in ihrer Sitzung vom 13. Februar zum Erlaß des Herrn Fischer, der wegen näher veranschaulichender Bezeichnungen zum Bürgermeister Votat aus dem Magistrat ausgeschieden ist, einen unbefolgeten Stadtrat zu wählen. Die Wahl fiel auf den Stadtverordneten Robert Direktor Dr. Poppe, der 21 Stimmen erhielt, während 20 Stimmen auf den Stadtverordneten Schudoma kamen. — Dann stimmte die Versammlung dem Abschluß eines Vertrages zwischen der Stadtgemeinde und den Richardischen Erben zu, durch den die Anlegung der Straße 19a zwischen dem Kottbuser Dam und der Friedelstraße gesichert ist. Die Straße 19a des Bebauungsplanes gehört zu denjenigen Straßen, welche eine unmittelbare Verbindung des nördlichen Stadtteils Nitzdorfs mit dem Reichshilf Berlin schaffen sollen. Weiter wurde die Anlegung der Straße 213 des Bebauungsplanes zwischen der Mühlener und der Meuterstraße für Rechnung der beteiligten Grundbesitzer genehmigt. — Magistrat und Bauverwaltung beantragten, zu beschließen, daß das frühere Amtsgericht-Gefängnis mit Ausnahme des Gefangenen-Auffenthaltshauses zum Abbruch verkauft wird. Der Antrag wurde angenommen. — Die Versammlung erklärte sich mit der Anstellung des Architekts Wura als Bau-Ingenieur einverstanden. Von der Verbindung völlig einwandfreier Gesundheit ließ man ab, weil M. ein chronisches Nierenleiden wahrscheinlich in Dienste der Stadt gezogen hat.

**Der Verein für Volksunterhaltung in Charlottenburg** veranstaltet nächsten Sonntag, abends 6 Uhr, in der Aula der Gemeindefabrik, 40, eine Abendunterhaltung, bestehend aus Gesang, Violinspiel und Declamation. Der Eintrittspreis beträgt 30 Pf.

**Schlendorf.** Für Schwachbegabte Kinder soll zum 1. April an der hiesigen Volksschule eine eigene Klasse eingerichtet werden. Voraussig kommen 7 Kinder in Betracht. Wie berichtet wird, hat die Regierung in Potsdam einen Erlaß an die Gemeindefabrik gerichtet, in dem zu betriebligen Einrichtungen sowie zur Einzugsziehung von Weizen angefordert wird.

**Recht wunderliche Zustände** herrschen noch in einzelnen Oeten der Mark. So besteht in Zentchen die Einrichtung, daß jeder junge Mann über 16 Jahre, soweit er keine Kirchensteuer zahlt, zehn Pfennig Opfergabe zur Bestreitung der Abendmahls-Kosten für die Kirche in Wolterdorf zahlen muß. Aus ist ein auflösender Maßnahmestiel zur Verfügung gestellt worden, in welchem ein Verbot ausgesprochen wird, binnen drei Tagen die zehn Pfennig-Opfer für den Herrn Pastor zu zahlen, widrigenfalls unverzüglich zur Pfändung geschritten werde. Besonders bedenklich ist, daß die Maßnahme durch den obendie mit 10 Pf. berechnet werden, also ebenso hoch sind wie der angelegliche Schuldbetrag selber.

Der mit der Pfändung bedrohte Lehling ist am Orte überhaupt noch nicht zum Abendmahl gewesen, verdient auch gar nichts, ja erhält von seinem Meister nicht einmal ein Taschengeld, von dem er sich etwa die 10 Pf. Abendmahlkosten erbringen könnte. Trotzdem verlangt die Kirche von ihm die Steuer.

### Gerichts-Beitung.

**Der Treuevertrags-Prozess in Kassel** ist am Freitag zu Ende gekommen. Es liegt über die Verhandlung folgender Bericht vor. In der heute mittags fortgesetzten Verhandlung erhielten die Angeklagten noch Gelegenheit, sich über die Antragsstellung der Staatsanwaltschaft zu äußern. Hermann Sumpf führte in längerer Rede an, daß er stets für das Wohl der Gesellschaft bedacht gewesen sei und immer nur das Beste gewollt habe. Jedemfalls sei er überall von gutem Glauben über die Güte der Geschäfte und die Wahrheit der Schmidtschen Darstellungen geleitet gewesen. Er schloß: Der Verlust meines Vermögens vermöge nicht, mir die Strafe und den Ruf zu räumen, ein neues Leben zu beginnen. Mein Mut würde aber tief gebeugt werden, wenn ich Verurteilung erlitt. Ich kann nur wiederholen, was ich vom ersten Tage meiner Untersuchungshaft ausgesagt habe, ich bin unschuldig und bitte daher eindringlich und herzlich um meine Freisprechung.

In gleicher Weise bekundeten die anderen Angeklagten ihre Unschuld. Darauf zog sich der Gerichtshof um 1 1/2 Uhr zur Beratung zurück. Nach 1/2stündiger Beratung verkündete der Vorsitzende: Die Angeklagten sind schuldig des Vergehens aus § 314 Absatz 1 des

Handelsgesetzbuchs und werden verurteilt wie folgt: Hermann Sumpf zu 7 Monaten Gefängnis und 10000 M. Geldbuße, Schlegel zu 6 Monaten Gefängnis und 5000 M. Geldbuße, Otto zu 5 Monaten und 5000 M. Geldbuße, Schulze-Dellwig zu 3 Monaten und 5000 M. Geldbuße, Arnold Sumpf zu 3 Monaten und 5000 M. Geldbuße, Hermann Sumpf, Schlegel und Otto werden 4 Monate Untersuchungshaft angeordnet. Schulze-Dellwig und Arnold Sumpf haben ihre Strafe durch die Untersuchungshaft verbüßt und werden aus der Haft entlassen. Von der Anklage der Untreue im Sinne des § 312 des Handelsgesetzbuchs werden die Angeklagten freigesprochen. Für die erkannten Geldstrafen teilt im Nichtvermögensfalle Haftstrafe und zwar für je 15 M. ein Tag, aber dieselbe darf nicht größer als ein Jahr im ganzen sein.

So sind die Angeklagten für Verdienstleistungen, durch die gewiß viele Tausende in Not und Elend geführt sind, mit Strafen davon gekommen, deren Maximalhöhe jener Gefängnisstrafe entspricht, die am 2. Dezember vorigen Jahres in Berlin über sozialdemokratische Redakteure verhängt wurde, weil diese das sozialistische Expeditions-corpora durch Veröffentlichung von Hinnendriefen beleidigt haben sollten. Auch diese Gegenüberstellung dient zur Kennzeichnung der deutschen Justiz.

**Ein erbitterter Kampf gegen die Polizei,** der erst jetzt durch das Ober-Verwaltungsgericht entschieden wurde, führte seit Jahren der Gastwirt Gustav Lindenhahn in Grimma. In seinem Lokal gehörte ein großer Saal, den er früher öfter zu sozialdemokratischen Versammlungen hergab. Im Januar 1900 klagte der Amtsvorsteher v. Oppen bestimmten Anordnungen gegen Lindenhahn auf Entziehung der Konzession, weil dieser unter der Maske von Vereinsversammlungen öffentliche Tanzlustbarkeiten ohne polizeiliche Erlaubnis veranstaltet und häufig die Polizeistunde überschritten hätte. Der Reichsanwalt Zeltow erkannte auch auf Konzessionsentziehung. Hiergegen legte Rechtsanwalt Leop. Meyer Berufung beim Bezirksauschuss in Potsdam ein, der nach eingehender Beweisaufnahme das erste Urteil aufhob und die Entziehungsklage des Amtsvorstehers abwies. Das Berufungsgericht nahm zwar mit dem Vorderrichter an, daß der Besagte planmäßig und fortgesetzt die Polizeivorschriften übertrete; hierbei aber nicht gerade die Unstille und Völlerei gefördert habe, so daß trotz der erheblichen Zweifel an seiner Zurechnungsfähigkeit immer noch die Hoffnung bestehe, er werde in Zukunft sich mehr in acht nehmen und das Schankgewerbe nicht mißbrauchen. Wegen dieses Urteils ließ der Amtsvorsteher durch den Rechtsanwalt Riedler Revision beim Ober-Verwaltungsgericht einlegen. Sie wurde damit begründet, daß der Besagte durch das vom Berufungsrichter festgestellte Gesamtverhalten Anlaß zu der Verurteilung gegeben habe, er werde sein Gewerbe zur Förderung der Völlerei und Unstille in Zukunft mißbrauchen. Dem gegenüber machte Rechtsanwalt Leopold Meyer geltend, daß die tatsächliche Feststellung des Berufungsgerichts, der Besagte habe bei seinen Anstimmungen weder die Völlerei noch die Unstille gefördert, der Nachprüfung durch den Revisionsrichter entzogen und die Revisionsanträge des Amtsvorstehers deshalb verkehrt seien. Der III. Senat des Ober-Verwaltungsgerichts erkannte nach längerer Beratung auf kostenpflichtige Zurückweisung der Revision, so daß nunmehr der mehrgährige Streit zwischen der Polizei und dem Gastwirt Lindenhahn zu Gunsten des letzteren entschieden ist.

**Ein Menschenfreund** hatte sich gestern vor der siebenten Strafkammer des Landgerichts I in der Person des Gärtners Emil Schwarz wegen Wuchers zu verantworten. Der Polizeibeamte Pr. in Glogau hatte dort seine Stellung aufgegeben und war zu Januar 1900 als Schuldner nach Berlin versetzt worden. Da er kein Ungeld erhielt, kam er in Verlegenheit. Durch eine Rettungsannonce suchte er einen Menschenfreund, der ihm 100 M. leihen sollte. Der Angeklagte meldete sich. Pr. mußte einen Schein unterschreiben, wonach er anerkannte, daß er freies Verfügungsrecht über sein Mobiliar habe und außerdem einen Dreimonats-Wechsel über 125 M. Sodann erhielt er das Darlehen von 100 M. Am Verfalltage konnte Pr. den Wechsel nicht bezahlen, seine beiden Kinder waren erkrankt und hatten ihm dadurch größere Ausgaben verursacht. Nur nach langem Bitten war der Angeklagte zu bewegen, den Wechsel auf drei Monate zu verlängern, der Schuldner mußte aber für das Vierteljahr 25 Mark Zinsen zahlen. Als am 1. Juli noch keine Einlösung des Wechsels erfolgen konnte, ging Schwarz im Wege der Klage gegen den Schuldner vor. Der Gerichtshof gelangte auf Grund der Beweisaufnahme im gestrigen Termine zu der Ansicht, daß der Reuge Pr. sich tatsächlich in einer Notlage befinden habe. Der Angeklagte wurde zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten und 300 M. Geldstrafe verurteilt.

**Der Bernauer Mord** ist gestern vor dem Schwurgericht Kreuzlau verhandelt worden. Unter der Anklage der gemeinschaftlichen Ermordung eines ihres Spielgefeßen haben sich gestern vor dem Frenzlauer Schwurgericht drei der gefährlichsten Einbrecher Berlins, und zwar der Hofschauspieler a. D. Stern, der Arbeiter Gubla und der Schlosser Selge zu verantworten gehabt. Neben das Verbrechen der drei Angeklagten hatten wie seiner Zeit ausführlich berichtet. Als die Verbrecher in der Nacht zum 18. Mai vorigen Jahres einen Raubzug verbrochen, kam es zum Kampf und hierbei wurde der Einbrecher Conrad von den drei Angeklagten zunächst durch einen Revolverstich wehrlos gemacht und hierauf mit einem Faustmesser getötet. Vierzig Zeugen sind zur Verhandlung geladen. Stern machte in der Verhandlung den Eindruck eines Geistesgestörten. Neben den Anfang der Gerichtsverhandlung liegt noch keine Mitteilung vor.

**Der Duellprozess** gegen den hll. Domänenpächter Hallenbagen aus Sprinze, der bereits am Dienstag dieser Woche vor dem Schwurgericht Hannover beginnen sollte, ist auf nächsten Montag vertagt worden, da die Verteidigung noch die Ladung mehrerer Zeugen beantragt hat. Es werden u. A. der Vater des erschossenen Landrats v. Bennigsen, der Oberpräsident Rudolf v. Bennigsen, ferner der Vater des Angeklagten, Abt. Amtsdirektor Hallenbagen, die Schwester der Frau von Bennigsen, Frau von Schuchen aus Leipzig, und die beiderseitigen Sekundanten der Duellgegner und andere als Zeugen vernommen werden. Der Ausschluß der Oeffentlichkeit in den auf zwei Tage berechneten Verhandlungen wird so vollkommen sein, daß nur das definitive Urteil öffentlich verkündet werden wird. Der Ausschluß, auch der Beizehretter, wird damit begründet, daß die ganze Vorgeschichte des verhängnisvollen Duells eingehend zur gerichtlichen Erörterung gelangen soll. Der Angeklagte Hallenbagen ist trotz eines hohen Reuegebots nicht aus der Haft entlassen worden und wird dabei zu dem bevorstehenden Termine aus der Untersuchungshaft vorgeführt werden.

**Als ein trauriges Bild stilleser Verwahrlosung** charakterisiert sich die Straftaten, die das jugendliche Mädchen Meta Schmidt seiner Zeit vor das Forum des Schöffengerichts führte. Damals hatte es der tiefbetäubte Vater des Mädchens übernommen, den unbegreiflichen Charakter seiner Tochter zu schildern. Das Mädchen hat einen unvorstelllichen Hang zum Stehlen und Vagabundieren und die Eltern sind den hässlichen Weisen des Kindes gegenüber völlig machtlos. Das Mädchen hat die Eltern mehrfach bestohlen und ist wiederholt weggerufen, in die schlechteste Gesellschaft geraten und hat sich längere Zeit verborgen gehalten, bis es die Eltern durch Zufall und erst in unangenehm Zustände der Verwahrlosung wiederfanden. Das letzte Mal ist sie fast drei Monate verschwunden gewesen. In der Zwischenzeit hat sie mit außerordentlicher Verschwendung in einer großen Zahl von Häusern kleinen Kindern, die von ihren Eltern zum Einholen von Kaufmannswaren ausgesandt waren, das Geld abgeholt oder ihnen Mittel und Güte weggenommen. Sie hat diese ihre Thätigkeit in den verfallendsten Stadtvierteln ausgeübt. Als Meta Schmidt im Dezember vor dem Schöffengericht stand, war eine ganze Schar von Knäulen männlichen und weiblichen Geschlechts an Gerichtsstelle

erschienen, um Zeugnis gegen sie abzulegen. Während der Verhandlung tauchten infolge des Gesamtverhaltens der jungen Vagabundin Zweifel an ihrer Zurechnungsfähigkeit auf und der Gerichtsarzt Dr. Puppe wurde mit ihrer Beobachtung betraut. Dr. Puppe gab gestern vor dem Schöffengericht sein Gutachten dahin ab, daß das Mädchen zweifellos geisteskrank und deshalb für die Straftaten nicht verantwortlich zu machen sei. Infolgedessen wurde Meta Schmidt von der Anklage des wiederholten Betruges, Diebstahls und Unterschlagung freigesprochen. Das Mädchen wird nun in eine Anstalt gebracht werden.

**Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag, den 16. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, in der Aula der 60. Gemeindefabrik, Kleine Frankfurterstraße 6; Versammlung „Freireligiöse Versammlung“. Um 10 1/2 Uhr vormittags, ebendortselbst: Sektion des Herrn Wilhelm Böhde: „Neue Fortschritte zur Seelenkunde“. Vor- und Nachspiel auf dem Pariser Musik-Harmonium. Gabe, Damen und Herren, sehr willkommen. — Montag, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr, öffentlich, im unteren Saal des Englischen Gartens, Alexanderstraße 27c: Beschließende Versammlung. Wahl der Revisoren u. a. m.

### Vermischtes.

**Grubenunglück.** In der Zeche Adwigsborn bei Bochum wurden durch eine Kohlenstaub-Explosion vier Bergleute schwer verletzt; einer derselben ist bereits gestorben. — In der Zeche Kaiserstuhl bei Dortmund stürzten, wie die Dortmund „Tremora“ meldet, zwei Bergleute in einen Schacht. Der eine wurde getötet, der andre schwer verletzt.

**Ein Steuerinspektor von großem Schmeiß** muß ein Herr Wismar in Anklam sein, über den das „Straßburger Tageblatt“ in seiner Nr. 37 folgendes berichtet:

In einer Geldstrafe von 800 M. ist vom Schöffengericht Anklam der Steuerinspektor Kataster-Controleur Wismar von dort verurteilt worden und zwar deswegen, weil er am 6. August v. J., abends, dem Tischlermeister Moriz Lange in der Gastwirtschaft des Herrn Langsfelder in Anklam mit einem Bierfeldel demagen auf dem Kopf geschlagen hatte, daß das Seidel total zertrümmert wurde und Lange eine ganze Reihe von Kopfverletzungen davontrug. Wegen dieses Urteils hat W. Berufung eingelegt, und zwar begründet er dieselbe damit, daß er an dem betreffenden Abend in Anklam betrunken gewesen sei und sich überhaupt des Vorfalls nicht entsinnen könne. Das Schöffengericht hatte zwar durch die Beweisaufnahme erster Instanz als erwiesen angesehen, daß W. an dem fraglichen Abend sehr stark angetrunken gewesen sei; es war jedoch nicht zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Trunkenheit einen derartigen Grad erreicht hatte, daß durch dieselbe die freie Willensbestimmung W. ausgeschlossen wurde. Die heutige Beweisaufnahme förderte jedoch so viel Momente zu Tage, die darauf hindeuten, daß der Angeklagte an dem betreffenden Abend in der That sinnlos betrunken gewesen sein muß. Verschiedene Zeugen bekundeten dies. Das Gericht sprach dann auch den Angeklagten unter Aufhebung des ersten Urteils kostenfrei frei.

Weniger Glück als dieser Steuerinspektor hatten seiner Zeit die Pöblianer Arbeiter, die in starker Trunkenheit einen Gauläwen mißhandelt haben und dann von der sächsischen Justiz zu insgesamt 53 Jahren Zuchthaus verurteilt worden sind.

**Erdbeben im südwestlichen Rußland.** Wie aus Eljabethopol gemeldet wird, wurde dort heute um 12 Uhr 55 Minuten ein Erdbeben verspürt, welches mehrere Sekunden dauerte. Einige Häuser erhielten Risse. Ein zweiter Stoß erfolgte 5 Minuten später und dauerte eine halbe Sekunde. Das Erdbeben ging in der Richtung vom Norden nach Süden.

Aus Valu wird gemeldet, daß ein Erdbeben die Kreisstadt Schenau gänzlich zerstörte. Einzelheiten fehlen noch. — Auch in Astara wurde ein Erdbeben verspürt.

### Briefkasten der Redaktion.

Alle juristische Zuschriften finden täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

**W. S. 31.** Mit Ihrem Anliegen können Sie sich an H. Bebel, Schöneberg, Eisenacker 40, wenden.

**W. R. 42.** Alt-Moabit 10b, nachmittags von 6-7 Uhr.

**W. L. 59.** Pieschenerstraße 1874, 77 und 78 in Stöber, 1881 und 84 in Eichenb. gewählt.

**G. S. 100.** Die Firma ist verpflichtet, gut gestimmt das Instrument abzuleiten. Spätere Stimmungen gehören nicht zu Verpflichtungen, die durch die Garantie übernommen sind.

**F. O. 1.** Wir neuen Ihnen folgende gemeinsinnige Bauvereine, die unter relativ günstigen Bedingungen den Beitritt erwidern: Baugenossenschaft „Freie Scholle“, Vorsitzender Baumw. H. P. Müller, Groß- u. Kleinstädt. Bauverein, Vorsitzender Sp. und Bauverein, Vorsitzender v. Schmidt, Schlangengr. 7; Berliner Baugenossenschaft, Bureau Steglitzerstr. 19, 11. Der Spar- und Bauverein baut in Berlin große Häuser mit Wohnungen von 2-3 Zimmern, während die beiden anderen Vereine in der Umgebung weit kleine Einzelhäuser bauen.

**W. S. 100.** Bei Rückfragen des Arbeitsvertrages muß Jensei auch für Erläuterung zurückgegeben werden. — **M. W. Dillen, Kreis-Beckstraße, H. R. 100, F. Potsdam, Sa. — C. W. 22.** 1 und 2. 15 Wochen ist die Minimalfrist, die Statuten können eine längere Frist festsetzen. 3. Nein, der Betreffende soll auf Herausgabe litigen.

**W. R. 116.** Wenden Sie sich an die Direction der Zollverwaltung. — **F. S. 12.** 1. Wenden Sie sich an Ihre Gewerkschaftsorganisation. 2. Das wissen wir nicht. — **G. R. 1.** 1. Klagen Sie sofort auf Herausgabe und beantragen gleichzeitig im Wege einer einstweiligen Verfügung Herausgabe oder Zwangsversteigerung des Geldes. Nehmen Sie einen im Bezirk des Beklagten zugelassenen Anwalt. — **G. R. 39.** Durch Unzulässigkeit der Desinfektion drohten Sie Ihr Wahlrecht nicht. — **G. S. 1.** Nein, 2. Für die verloren gegangenen Unterrichtskosten können Sie Ersatz verlangen. Wenden Sie sich an Ihre Volkshochschule. — **R. S. 100.** Die Kündigung für Gewerkschaften und Schlichter, die monatlich genehmigt haben, findet, falls nichts anderes vereinbart ist, bis zum fünfzehnten zum Ende statt, nicht ungeachtet am Ende zum fünfzehnten.

**H. B. 99.** Wegen Weindiebstahlgefahr der Wohnung kann der Mieter den Betrag sofort ansetzen und Schadenersatz verlangen. Klagen Sie auf Aufhebung des Vertrages und auf Schadenersatz beim Amtsgericht und beantragen Sie gleichzeitig, durch einstweilige Verfügung Sie zu empfangen, mit Sach und Fund der Wohnung zu verlassen. Ein ärztliches Attest müssen Sie beifügen. — **Res.** Der Betrag läuft weiter. — **Söhle, Reut.**

**G. S. 21.** In Berlin ja. — **F. R. 61.** Die Anklage ist wegen der Klimate für die Ehefrau und ihr Kind beschuldigungsfähig. Die Beschuldigung erfolgt auf Antrag durch Bericht des Amtsgerichts. Ein Antrag an den Gerichtsbeschreiber ist unnötig. — **S. O. 11.** Sicherer ist eine ausdrückliche Vereinbarung mit der Gesellschaft selbst. — **F. G. 12.** Ein Verkäufer braucht eine einmal gezahlte Ware nicht zurückzunehmen, falls nicht besondere Gründe (sonst nicht zu erkennende Fehler, Betrag u. dgl.) vorliegen. — **W. R. 72.** 1. Nein, Sie thun am besten, sich mit dem Vernehmlichungsgericht in Verbindung zu setzen. 2. Ja, 3. Nein. — **M. R. 160.** R. 2. Sie können gegen den Besamten, der die falsche Mitteilung gemacht hat, Beschwerde einlegen. — **Dogma.** Teilen Sie dem Amtsgänger, in dessen Bezirk Sie wohnen, mit, daß Sie beschuldigen, aus der Verbindlichkeit auszuschließen, und erklären Sie dann in der Frist, die vier Wochen bis sechs Wochen nach Eingang dieser Ihrer Mitteilung beim Gericht liegt, auf dem Gericht, daß Sie antworten. — **G. R. 100.** Ein Grund zur vorzeitigen Kündigung des Vertrages liegt nicht vor. Sie können, falls eine Vereinbarung nicht zu Stande kommt, während am 31. Dezember 1900 fälligen. Diese Kündigung würde wirksam am 27. September dem Wit. zugehen. — **H. H. 3a. — H. G. 12.** Nein.

**H. T. Nirdorf.** Weder sind weitere Schritte möglich, da das Reichs-Berichtungsamt als letzte Instanz gesprochen hat. — **S. R. 50.** 1. Sie müssen detailliert darlegen, worüber Sie gebühren, 2. R. für Miete, Wartungskosten, Bier, Charizen, Brennt, Theater, Bücher, Verhörmungen etc., besonders die Bilanz eines Haushaltsbuches sehr zweckmäßig. Es kann ein Betrag von 1500, aber auch ein Betrag von 3000 M. als fahndungsgemäß erachtet werden. 3. Wegen Alimentenforderungen der Eltern, Ehefrauen ist das Gehalt, gleichviel welche Vorkurs für daselbst maßgebend ist, pfändbar. Der fahndungsgemäße Unterhalt muß der Ehefrau und dem Manne befallen werden. 3. Nein. — **S. R., Schöneberg.** Bistig sicher.

**H. S.** Der Reuestempel ist für die Zeit vom 1. Januar bis 1. Januar zu entrichten. Beträgt Ihre Jahresmiete bis 500 M., so haben Sie durch die Zahlung der Miete für zwei Jahre gratis. In Ihre Miete böden, so haben Sie noch zu zahlen. — **W. D., Frankfurt.** Sie müssen zahlen. —

**Wetter-Prognose für Sonnabend, den 15. Februar 1902.**

Trocken und vielfach heiter, nachts ziemlich strenger, am Tage gelinder, Frost bei schwachen nordöstlichen Winden.

Seitener Wetterbureau



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Sonabend, 15. Februar.  
Cyberhaus, Habel, Anf. 7 1/2 Uhr.  
Schauspielhaus, Der Herr von Madaja, Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neues Opern-Theater (Kroll), Geschlossen.

Schiller, Kamille Fourchambault, Anfang 8 Uhr.  
Deutsches, Es lebe das Leben, Anfang 7 1/2 Uhr.  
Berliner, Alt-Heidelberg, Anfang 7 1/2 Uhr.  
Lesing, Die Zwillingsschwester, Anfang 7 1/2 Uhr.

Residenz, Verliebt, vorher: Recht vor der Schwiegermutter, Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neues, Die brave Frau - Die Kaufjägerin - Colombine, Anfang 7 1/2 Uhr.  
Westen, Der Freischütz, Anfang 7 1/2 Uhr.

Rezeptionsbühne, Delfes Eisen- und Buntst. Dittl, Anfang 8 Uhr.  
E. v. Wolzogen, Buntst. Theater (Ueberbrett), Anfang 8 Uhr.  
Schall und Rauch, Vorstellung vor Serenissimus, Anf. 8 1/2 Uhr.  
Trianon, Coralle u. Co. Anfang 8 Uhr.

Central, Duetts Walbert mit ihrer Gesellschaft, Anfang 7 1/2 Uhr.  
Nachm. 4 Uhr: Schenkwitzchen bei den sieben Zwergen, Entlagen: Lebendes Schachspiel, Die Puppe, Die freche Katze.  
Thalia, Seine Kleine, Anfang 7 1/2 Uhr.

Luisen, Die Witze von Wood, Anfang 7 1/2 Uhr.  
Carl Weiss, Das Jungfernstift, Anfang 8 Uhr.  
Nachm. 4 Uhr: Kinderdarstellung: Dornröschen.  
Friedrich-Wilhelm-Bühnen, Die Fiedermans, Anf. 7 1/2 Uhr.

Belle-Alliance, Die Dame aus Trouville, hierauf: Gr. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Cryphus, Spezialitäten-Vorstellung, Anfang 8 Uhr.  
Charivari, Täglich Vorstellung, Anfang 8 Uhr.

Metropol, 'ne feine Nummer, Spezialitäten-Vorstellung, Anfang 8 Uhr.  
Apollo, Gasspiel des Central-Theaters, Das süße Mädel, Spezialitäten-Vorstellung, Anfang 8 Uhr.

Casino-Theater, Lustige Bräuer, Gesell. - Spezialitäten - Vorstellung, Anfang 8 Uhr.  
Palast, Spezialitäten-Vorstellung, Die süßen Mädel, Anf. 8 Uhr.  
Passage-Theater, Spezialitäten-Vorstellung, Anfang nachmittags 5 Uhr.

Passage-Panoptikum, Spezialitäten-Vorstellung.  
Reichshallen, Stettiner Sänger, Anfang 8 Uhr.  
Urania, Taubenstr. 48/49, (im Theateraal) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera.  
Invalidenstr. 57/62, Täglich: Sternwarte.

**Schiller-Theater**  
(Wallner-Theater).  
Sonabendabend 8 Uhr:  
Familie Fourchambault, Schauspiel in 5 Akten von G. Kugler, a. d. Franzöf. überf. von H. Wöhrlefeld.  
Sonntagnachmittag 3 Uhr:  
Lysanders Mädchen.  
Hierauf:  
Die Komödie der Irrungen.  
Sonntagabend 8 Uhr:  
Die Braut von Messina.  
Montagabend 8 Uhr:  
Einsame Menschen.

**Carl Weiss-Theater.**  
Große Frankfurterstr. 132.  
Nachmittags 4 Uhr: Kinderdarstellung, Dornröschen. Großes romantisches Kindermärchen mit Gesang in 3 Akten von Holten-Böders. Abends 8 Uhr:  
Das Jungfernstift.  
Operette in 4 Akten von Ernest Guinot. Musik von Jean Gilbert.  
Minna Hichetti als G. a. f.  
Morgen: Das Jungfernstift.

**Central-Theater.**  
Heute Sonabend Anfang 7 1/2 Uhr.  
Lebendes Gasspiel  
Yvette Guilbert  
mit ihrer Gesellschaft.  
Nachmittags 4 Uhr, halbes Preise, jeder Erwachsene hat ein Kind frei: Schneewittchen bei den 7 Zwergen.  
Sonntagnachmittag 3 Uhr: Die Fiedermans. Abends 7 1/2 Uhr: Das süße Mädel.

**Deutsche Konzerthallen.**  
An der Spandauer Brücke 3.  
Größt. Vergnügungsort Berlin  
Internationale Konzerte u.  
Specialitäten-Vorstellung  
Tägl. Anstich des „Urbock“  
Bockbier-Jubel u. Trubel.  
Ausschank:  
Berliner Bock-Brauerei.  
Bürgerl. Diner, 5 Gänge.  
Tägl. Matinee von 12-2 Uhr.

**Urania.**  
Tauben-Strasse 48/49.  
Im Theater um 8 Uhr:  
Frühlingstage an der Riviera  
Invalidenstr. 57/62.  
Tägl. Sternwarte.

**Castans Panopticum**  
Friedrich-Strasse 165.  
Der König der Kraftturner  
(der stärkste Mann der Welt),  
der Berliner  
**Alex Meyer**  
hebt 300 Pfund-Scheibens-  
stange!!  
Neu! Tiroler Sänger- u. Schuh-  
plattler-Gesellschaft aus Innsbruck.

**Passage-Theater.**  
Anfang 5 Uhr. Anf. des Abend-  
programms 8 Uhr.  
Ganz Berlin spricht  
von der siebenjährigen  
**Lola Gray**  
in dem erschütternden Mimi-  
drama:  
Der Bajazzo und sein Kind.  
Der wunderbare Imitator  
von Otero und Fougère  
**Lanzetta.**  
Damenluftkampf.  
5 Sisters Wanton.  
16 erstklassige Nummern.

**Thalia-Theater.**  
Dresdenerstraße 72/73.  
Mit vollständig neuer Ausstattung:  
**Seine Kleine.**  
Große Ausstattungsgesänge mit Gesang  
und Tanz in 3 Akten.  
Paula Worm u. G. Guido Thielcher,  
Heimerding, Paulmüller, Gerda Walde,  
Boje, Wannowas, Junker, Schag.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Sonntagnachmittag 3 Uhr, keine  
Preise: Der Hüttenbesitzer.

**Belle-Alliance-Theater.**  
Die Dame aus Trouville.  
Emil Sondermann u. G. Ferd. Worms,  
Wigal Birmer, Rosa Marton.  
Lebensbild in  
Pietrauf: Gr.  
Kdelle Fortwig u. Leopold Turner u. G.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**E. von Wolzogen**  
Buntes Theater (Ueberbrett)  
Königsplatz 68.  
Sonabend, 15. Februar, ab. 8 Uhr:  
u. a. „Zusatz“, Dialog von Ludw.  
Fulda, „Napoleon“, Historienoper-  
drama von Hanns v. Gumppenberg.  
Lina Abarbanell. Sonntag,  
16. Februar, nachm. 8 Uhr, Vor-  
stellung zu ca. halben Preisen.

**Palast-Theater**  
(früher Feen-Palast)  
Burgstr. 23.  
Direktion: Winkler u. Fröbel.  
Zum 1. Male in Berlin  
Les Helssard, Kunst-  
Robfahrer auf der 30 Fuß hohen  
Luft-Schwebebahn.  
Einzig existierende Nummer.  
Um 9 Uhr: Großer Erfolg  
Direktor Wilhelm Fröbel  
in der Ausstattungs-Operette  
**Die süßen Mädel.**  
Dazu das große glänzende  
Februar-Programm.  
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
Billet-Vorverkauf v. 11-1 Uhr.

**Cirkus Busch**  
Sonabend, den 15. Februar, abends  
7 1/2 Uhr: Große Vorstellung, Klondike,  
Org.-Pantomime des Cirkus Busch  
und neue großartige Specialitäten.

**W. Noacks Theater.**  
Brunnenstraße 16.  
Wegen Privatfestlichkeit  
keine Vorstellung.  
Sonntag:  
Hopfenraths Erben.

**Apollo-Theater.**  
Nur noch heute:  
Gastspiel des Central-  
Theater-Ensembles  
**Das süße Mädel.**  
Ferner: Arvida Svensson.  
**The Leamy-Truppe.**  
Beginn der Specialitäten 7 1/2 Uhr.  
Beginn der Operette 8 Uhr.  
Voranzeige: Sonntag, 16. Februar:  
Neu einstudiert, mit neuer Aus-  
stattung:  
Don Juan in der Hölle  
und die phänomenalen Specialitäten.

**Gr. öffentl. Volksversammlung**  
für Männer und Frauen  
Mittwoch, den 19. Februar 1902, abends 8 Uhr,  
in Kellers großem Saal, Koppenstraße 29.  
Tagesordnung:  
Die logischen Gesundheitsbeter und ihre unlogischen Gegner!  
Referent: Stadtverordneter Adolph Hoffmann.

Der Eintritt aus der Landeskirche. - Wahl der Revisoren. - Zur Deckung der Unkosten wird ein  
Entree von 10 Pf. pro Person erhoben.  
Die Anhänger und Gegner der „Gesundbeter“ sind eingeladen.  
Austrittsformulare sind unentgeltlich zu haben und werden auf Wunsch ausgefüllt bei: G. Bohne,  
Brunnenstr. 141. F. Duda, Obeliskstr. 16. K. Hoffmann, Blumenstr. 14. S. Jansch, Weidenweg 71.  
E. Lindemann, Moritzstr. 9.

**Metropol-Theater**  
Thomas, Bender, Josephi.  
Mit vollständig neuer prächt-  
voller Ausstattung:  
Zum 50. Male:  
**'ne feine Nummer!**  
Burleske Ausstattungsgesänge mit  
Gesang und Tanz in 1 Vorspiel  
und 4 Bildern von Julius Freund.  
Im 4. Bilde:  
Frauchens Weihnachtstisch.  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

**Schall und Rauch**  
(Kleines Theater)  
Unter den Linden 44.  
Sonabend, den 15. Februar 1902,  
abends 8 1/2 Uhr:  
Vorstellung vor Serenissimus  
Familienidyll, Bauernkomödi,  
Abschiedssouper.

**Cirkus A. Schumann.**  
Heute Sonabend, den 15. Februar,  
abends präc. 7 1/2 Uhr:  
XX. Grande Soirée High-Life.  
Gute Program. Die großartigen  
Februar-Specialitäten. Unter andrem  
Novität! Phänomenal Novität  
**L'écuyère lumineuse!**  
Zum Schluss: In Feuer und Flammen,  
ausgeführt von Fr. Dora Schumann.  
Ferner der vollständig neue Akt des  
Mons. Edouard Sosmann. Dir. Kts.  
Schumanns Originalbreviuren. Zum  
Schluss zum 17. Male: Die großartige  
Ausstattungs-Pantomime

**Mephisto**  
romantisch-phantastische Handlung  
vom Hofballetmeister K. Sterns.  
Sonntag: 2 große Vorstellungen.  
In beiden Vorstellungen, nachmittags  
3 1/2 Uhr u. abends 7 1/2 Uhr: Mephisto.  
Nachmittags ein Kind frei.  
Avis! Donnerstag, 20. Februar,  
abends präc. 8 Uhr: Große außer-  
ordentliche Sports-Vorstellung zum  
Besten der Krankenkasse Bräuer-  
straße 10. - Logen 15 M., Sperr-  
sitze 4-6. Reihe 15 M., Sperrsitze 1 bis  
3. Reihe 3,00 M., Tribüne 10 M.,  
Ballon 2,00 M., 1. Platz 1,50 M.,  
2. Platz 1,00 M., Gallerie 50 Pf.

**Reichshallen.**  
Täglich:  
Stettiner Sänger.  
Anfang Wochen. 8 Uhr.  
Sonntag 7 Uhr.  


**Sanssouci**  
Kottbuserstr. 4 a.  
Jeden Sonntag, Montag  
und Donnerstag:  
Hoffmanns  
Norddeutsche Sänger  
Eine Theaterprobe.  
Nach jeder Probe:  
Tanzkränzen.  
Entree wie gewöhnlich, Tanz frei.

**Charivari-Theater.**  
Alte Jakobstr. 37.  
Neues glänzendes Februar-  
Programm.  
Pepi Weiss, Mizal Braun,  
Lotte Sebus, Albert Kühne,  
Max Reichard u. a.  
1/2 4 Uhr Nachm.-Vorstellung  
zu halben Preisen.  
1/2 8 Uhr Beginn der Abend-  
Vorstellung.

**Indische Menagerie**  
im Exerzierhaus  
(am Brenzlauer Thor)  
Lothringersstraße 1-7.  
Täglich 3 große Vorstellungen, 4, 6  
und 8 1/2 Uhr. Dressur mit Löwen,  
Tigern, Wölfen u. Hyänen, sowie  
**Löwen-Ringkampf**  
und Fütterung um 4 u. 8 1/2 Uhr.  
Entree: I. Platz 1 M., II. Pl. 50 Pf.,  
III. Pl. 25 Pf., Kinder unter 10 Jahren  
und Militär ohne Charge zahlen auf  
I. u. 2. Pl. die Hälfte, dem 3. Pl. 15 Pf.  
Die Direktion: Fross.

**Ausstellung**  
für  
**Spiritus-Industrie**  
und  
technische Verwendung des Spiritus  
**Berlin N., See-Strasse**  
Institut für Gärungsgewerbe.  
Täglich geöffnet von 9 Uhr vormittags bis 4 1/2 Uhr nachmittags.  
**Schluss**  
bestimmt am  
**16. Februar**  
Eintrittspreis:  
Für Dauerkarten . . . . . 2 M.  
Für Tageskarten . . . . . 1 M.  
Für Sonntagskarten . . . . . 50 Pf.  
Im Vorverkauf:  
Tageskarten . . . . . 75 Pf.  
Sonntagskarten . . . . . 40 Pf.  
erhältlich im ständigen Aus-  
stellungs- und Verkaufslokal  
der Centrale für Spiritus-  
Verwertung, Friedrichstr. 96  
(gegenüber d. Central-Hotel)  
und in den durch Plakate  
kenntlichen Verkaufsstellen.  
In der Ausstellung abgestem-  
pelte Billets werden bei Ein-  
kaufen in dem ständigen Ver-  
kaufslokal der Centrale für  
Spiritus-Verwertung in Berlin,  
Friedrichstr. 96 (gegenüber  
dem Central-Hotel), sowie  
während der Ausstellung im  
Ausstellungs-Gebäude selbst  
zum Preise von  
1,50 M. bei Dauerkarten,  
0,75 M. bei Tageskarten,  
0,40 M. bei Sonntagskarten  
in Zahlung genommen.  
Schluss bestimmt am Sonntag, den 16. Februar.

**Todes-Anzeige.**  
Am 12. d. M. verschied plötzlich  
unser lieber Bruder, Schwager und  
Onkel, der frühere Restaurateur  
**Wilhelm Thierbach**  
im 53. Lebensjahre.  
Die Beerdigung findet am Sonntag,  
den 16. d. M., nachmittags 3 Uhr von  
der Leichenhalle des Krankenhauses  
Friedrichshain aus nach dem Friedhof  
der evangelischen Gemeinde, Pappel-  
Allee statt.  
4925  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Socialdemokratischer**  
Wahlverein für den 1. Berl.  
Reichstags-Wahlkreis.  
**Todes-Anzeige.**  
Unser langjähriges Mitglied  
**Wilhelm Thierbach**  
ist nach langem Leiden an der  
Schwindkrampf gestorben. 296/3  
Die Beerdigung findet Sonntag,  
den 16. Februar, nachmittags 3 Uhr,  
von der Leichenhalle des Kranken-  
hauses Friedrichshain aus nach dem  
Friedhof der evangelischen Gemeinde,  
Pappel-Allee statt. - Um rege Be-  
teiligung ersucht **Der Vorstand.**

**Verband deutscher**  
Gastwirts-Gehilfen.  
(Kreis-Verwaltung Berlin.)  
Den Mitgliedern zur Remin-  
dis, daß am 12. d. M. unser  
langjähriges Mitglied  
**Wilhelm Thierbach**  
verstorben ist. Die Beerdigung  
findet am Sonntag, den 16. d.  
M., nachm. 3 Uhr, von der  
Leichenhalle des Krankenhauses  
am Friedrichshain aus nach  
dem Friedhof der evangelischen  
Gemeinde, Pappel-Allee, statt.  
Ehre seinem Andenken!  
Um rege Beteiligung bitten  
286/2  
**Der Vorstand.**

**Verein socialdemokratischer**  
Gast- und Schankwirte  
Berlins und Umgegend.  
Am 12. d. M. starb unser Mitglied  
Kollege  
**Wilhelm Thierbach.**  
Die Beerdigung findet am Sonntag,  
nachmittags 3 Uhr vom Krankenhaus  
am Friedrichshain aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
69/4  
**Der Vorstand.**

**Todes-Anzeige.**  
Allen Freunden und Bekannten zur  
Nachricht, daß meine liebe Frau,  
unsre gute Mutter  
**Therese Franke,**  
geb. Schwalbe  
nach kurzen aber schweren Leiden sanft  
entschieden ist. Die Beerdigung findet  
am Sonntag, den 16. d. M., nach-  
mittags 4 Uhr von der Leichenhalle  
des Neuen Lustenstädtischen Kirchhofes  
(Waldorf, Hermannstraße) aus statt.  
R. Franke, Tapezierer, nebst Kindern.  
Den Mitgliedern der  
**Freien Hilfskasse der**  
**Schuhmacher**  
zur Nachricht, daß  
**Wilhelm Bayer**  
gestorben ist.  
Die Beerdigung findet Sonntag,  
nachmittags 4 1/2 Uhr von der Leichen-  
halle des Heilig Kreuzkirchhofs in  
Wariendorf statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand. F. A. F. Lutz.**

**Berein zur Wahrung**  
der Interessen der Maurer  
Berlins und Umgegend.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß  
unser Mitglied  
**Reinhold Bartnick**  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Son-  
tag, den 16. Februar, nachmittags  
4 Uhr, von der Leichenhalle des  
Friedhofs Wariendorf aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

Heute nachm. 4 1/2 Uhr ver-  
schied nach langem schweren  
Leiden meine liebe Frau, un-  
sere gute Mutter  
**Anna Grona,**  
geb. Berger,  
im 58. Lebensjahre.  
Um stille Teilnahme bitten  
**Hans Grona,**  
**Erich Grona.**  
Berlin, 13. Febr. 1902.  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag nachmittags 4 Uhr auf  
dem Heilig-Kreuzkirchhof statt.

**Herren-Kragen,**  
rein leinen, garantiert 4fach,  
familiäre neue Façon in allen Weiten  
**Stück 15 Pf.,** Sowat reicht  
Geschlossene Kragen  
per Dutzend 3 M., u. 3 M. 50 Pf.  
Manschetten, prima, garantiert 4fach,  
1/2 Dutzend 2,25 Mark,  
Oberhemden, Serviteurs, Kravatten  
in größter Auswahl, Trikotsagen,  
Strümpfe. Detailverkauf zu Engros-  
Preisen. 32400\*  
Ernst Marcuse, Wäuzstr. 23.

**Jeder Arbeiter**  
**Jeder Handwerker**  
sollte zur Arbeit  
die Lederhose Herkules tragen.  
Klein-Verlauf. Sehr starke Ware in  
praktischen grauen u. braunen Streifen.  
Damen u. vorn am Bund aus einem  
Stück gearbeitet. Kleinstöße u. Kopp-  
nähte. Feste Leder-Blot-Taschen,  
Große Hüften umloht. Die Dole  
bei Einnahme von  
4 Stück 26 Pf. **4 M. 50**

Leht blaues Monteur-Jackett 1 M. 90  
Leht blaues Monteur-Jose . . . 1 M. 50  
Leht blaues Monteur-Jackett  
Prima Körper-Gewerbe . . . 2 M. 50  
Leht blaue Monteur-Dose  
Prima Körper-Gewerbe . . . 2 M. 10  
Prima Mantel-Hose 9.-, 5,50, 4,25  
Verfärbt. Mantel-Jackett 14.-, 9.-  
Operational-Mantel 1. Größe  
4,55, 3,60, 3 M. 40  
Maler-Kittel . . . . . 3.-, 2,50, 2 M.  
Mechaniker-Kittel (braun) 3.-, 2 M. 40  
Weißes Leder-Jackett, Treibig  
gefärbt . . . . . 7 M. 50  
Weiße Lederhose, Prima Ware 3 M. 75

**Baer Sohn**  
En gros. Export. En detail.  
Chaussestr. 21a-25. Bräunerstr. 11.  
Gr. Frankfurterstr. 20.  
Die 18. Preisliste der Saison 1901/1902  
über gesamte Herren- und Knaben-Be-  
kleidung (Ausgabe 1 Million) wird  
kostenlos und portofrei zugesandt.  
Verlang von 20 M. an franco. -  
Bei Bestellung genügt Angabe der  
Brust- u. Handweite u. Schrittlänge.  
Obige Preise gelten für normale  
Größen. 32052\*

**Orts-Krankenkasse**  
der  
**Gelb- und Zingießer.**  
Die  
General-Versammlung  
der Vertreter für die Mitglieder  
findet am  
Sonntag, den 23. Februar cr.,  
vormittags 10 Uhr,  
im **Gewerkschaftshaus,**  
Berlin SO., Engelstr. 15, Saal 8 statt,  
wozu sämtliche Vertreter der Arbeit-  
nehmer hiermit eingeladen sind.  
Tagesordnung:  
1. Berichterung der Protokolle.  
2. Berichte und Abnahme der Jahres-  
rechnung pro 1901. Bericht der Re-  
visoren. Dechargeerteilung pro 1901.  
3. Beschlußfassung über den Dienst-  
vertrag des Rentanten. 4. Ertrag-  
wohl für ein verstorbenes Vorstands-  
mitglied. 5. Berichtslegung. 4968  
Berlin, den 13. Februar 1902.  
**Der Vorstand.**

**Casino-Theater.**  
Lothringersstr. 37.  
Gasspiel **Wilhelm Richter** in  
der Gesangsposse „Lustige Bräuer“.  
Dazu „Christ“ und das senjat.  
u. n. e. Programm.  
Anfang Wochen. 8 Uhr. Sonnt. 7 1/2 Uhr.  
Sonntagnachm. 4 Uhr, bei K. Preisen:  
Auf vielseitigen Wunsch zum 7. Mal:  
Mutterlegen.

**Trianon-Theater.**  
Georgenstrasse, Ecke Universitätsstr.,  
Madonnenschein, Lebende Lieder,  
Anf. 8 Uhr. Parkett 2 M.

**Gardinen**  
34400\*  
Reinleinen, Seccions- und  
Jugendstil, circa 250 Muster.  
Katalog (450 Illustr.) grat. u. franco.  
Berlin S.,  
Emil Lefèvre, Draisenstr.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leib in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Ed. Glöck in Berlin. Druck und Verlag von Max Wadding in Berlin.



Theater.

Wolfgang „Santes Theater“. Kobitztenabend. — Ausgehend waren die Kobitzten, von dem Kanonendonner und Schlachtenlärm des vierundzwanzigjährigen Gumpenbergschen „Historio- Steno-Dramas“ abgesehen, gerade nicht. Die Idee, das Prinzip einer Siegesallee auch in der dramatischen Kunst durchzuführen, war sicher ein sehr hübscher parodistischer Einfall. Aber die allzu intime Verfertigung in den das große Vorbild befehlenden Geist steinerne Monotonie ist für den sonst so launigen Satiriker verhängnisvoll geworden. Es giebt eben Dinge, mit denen man nicht umgekehrt sein Spiel treibt. Das Prinzip war stärker als der Spötter, und was eine lustige Parodie auf die Langweile des regimentenmäßigen Aufmarsches der seligen Markgrafen, Kurfürsten und Könige hätte werden sollen, ward von der Langweile des Originals mitangefressen. Die vierundzwanzig Minuten „Alle, in denen Gumpenberg die Laufbahn Napoleons I. vor uns rekapituliert, wirken durch stäte Wiederholung einiger dürftiger Effekte ähnlich entmutigend und trostlos wie die in Marmor ausgehauenen Kapitel aus der preussischen Regentengeschichte. Die wichtige Idee hatte keine Jugendkraft. Die überaus schenken, lustigen Anzüglichkeiten, die man von ihrer Ausführung erwartet hatte, blieben fast völlig aus. Es war ein Thema ohne Variationen. Außer dieser, wenigstens in ihren Intentionen gepfefferten, Napoleontrogdöde gab es dann noch zwei kleine Gammelsigkeiten: einen pantomimischen Scherz: „Ateliersput“ und eine Puldatsche Plauderei, in der ein vielgeplagter Ehegatte dem Jugendfreunde einen ganz amüsanten Vortrag über die thürische Allmacht des Zufalls, speziell bei Heiratsanträgen, hält. Ein Paar zu enge Stiefel waren schuld daran, daß er mit seinem Antrag leider nicht zu spät kam; der Zufall einer stehengebliebenen Uhr und dementsprechenden Verspätung machen aber alles wieder gut, sie tragen dem Glücklichen den Abschiedsbrief und die Flucht der tief empörrten besseren Ehehälfte ein. Im übrigen brachte der Abend, vielleicht mit Ausnahme von ein paar Liebern, nichts Neues. Hr. Abarbanell fand mit ihrer überlauten und outrierten Vortragart in diesem Theater, das nach seinem Programm gerade der Pflege „intimer“ Kunst geweiht sein soll, merkwürdigerweise den lautesten Beifall. — dt.

Versammlungen.

Der Holzarbeiter-Verband hat in einer stark besuchten Vertrauensmänner-Versammlung für alle Bezirke, die am Donnerstag im großen Saale bei Keller, Koppenstraße, tagte, die Anerkennung des von den Verbänden der Holzindustriellen und der Innung errichteten Arbeitsnachweises sowie die Entlassungsscheine abgelehnt. Sowohl von dem Referenten als auch von den Diskussionsrednern wurde das provokatorische Vorgehen der Unternehmer, die während der unglücklichen Geschäftskontinuität mit den brutalsten Mitteln den Kampf gegen die Arbeiterschaft führen, einer lebhaften Kritik unterzogen. Wie berichtet wurde, haben sich seiner Zeit die Arbeitervertreter mit der Errichtung eines gemeinsamen Arbeitsnachweises einverstanden erklärt, allerdings unter der Bedingung, daß derselbe impartial geführt werde, daß ein von den Arbeitern gewählter Kontrolleur ange stellt wird und die Vermittlung für diejenigen Betriebe, wo Differenzen bestehen, ruhen soll. Von einem solchen Arbeitsnachweise, der nur dazu angethan war, den Arbeitsmarkt zu regeln, wollten die Unternehmer nichts wissen. Der von ihnen ohne Zustimmung des Gesellen-Ausschusses jetzt gegründete „Arbeitsnachweis“, der bereits am 15. Februar in Funktion treten soll, ist genau nach dem

Muster des schwarzen Kabinetts der Metallindustriellen eingerichtet und soll wie dieses mit Hilfe der famosen „Entlassungsgewinne“ lediglich als Kontrollstelle und zur Vermittlung von Streikbrechern dienen. Er soll ausgesprochenem Maße dazu benutzt werden, den Terrorismus der Arbeiter zu brechen, richtiger: den Arbeitern die Arbeitsbedingungen zu diktiert, die mit den Verhältnissen unzufriedenen und für die Organisation thätigen Arbeiter auszuhebeln und sie aus den Werkstätten fernzuhalten. Die Benutzung dieses Arbeitsnachweises ist nach den §§ 47 und 48 des Innungstatuts obligatorisch; es sollen sämtliche in der Holzindustrie beschäftigten Arbeiter nur durch diesen eingestellt und nur solche Arbeiter vermittelt werden, die sich im Besitze der vorchriftsmäßigen Legitimation, des Entlassungsgewinnes, befinden. Dadurch, daß der Gesellen-Ausschuss seine Zustimmung zu diesem Arbeitsnachweise verweigert hat, ist die Zustimmung der Aufsichtsbehörde notwendig und es wird erwartet, daß auch diese ihre Zustimmung verweigert und diese Einrichtung unter den gegebenen Verhältnissen inibiert. Allerdings ist es nicht ausgeschlossen, daß die Unternehmer die gesetzlichen Bestimmungen dadurch umgehen, daß sie dann auf den eignen Nachweis verzichten und sich formell dem der Rühmänner anschließen. — Nach einer langen Diskussion, in der auch die gegenwärtigen Verhältnisse nach jeder Richtung hin gewürdigt wurden und in der verschiedens Vertrauensmänner berichteten, daß auch die unorganisierten Kollegen lebhaft gegen dieses Vorgehen der Unternehmer protestieren, wurde schließlich einstimmig folgende Resolution beschlossen:

„Die heutige Versammlung des Deutschen Holzarbeiter-Bandes lehnt es ab, die von den Holzindustriellen und der Tischlerinnung gestellte Bedingung zur Genehmigung ihres Arbeitsnachweises, Entlassungsscheine von dem letzten Arbeitgeber beizubringen, anzuerkennen, da sie in dieser reaktionären Bestimmung einen Eingriff in die Freiheit des Arbeiters erblickt, seine Arbeitskraft zu einem angemessenen Preise zu verkaufen. Die Versammlung erwartet und verpflichtet jeden Klassenbrüder und anständigen Kollegen, weder die entwürdigenden Entlassungsscheine anzunehmen, noch den Innungs-Arbeitsnachweis zu benutzen, und zwar so lange, bis die Arbeitgeber-Organisationen sich mit der Organisation der Holzarbeiter zu einer gemeinsamen Verwaltung eines Nachweises verständigt haben. Die Versammelten verpflichten sich, mit allen Kräften für Heranziehung der Nichtorganisierten zur Organisation Sorge zu tragen.“

Dem Gesellen-Ausschuss wurde außerdem anheim gegeben, bei der Aufsichtsbehörde Protest zu erheben und event. im Einverständnis mit der Versammlung weitere Maßnahmen zu treffen. Von dem in der Verwaltung anwesenden Vertreter des Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsvereins wurde die Erklärung abgegeben, daß sich seine Vereinigung, ebenso wie bei anderen Gelegenheiten in der letzten Zeit, so auch in diesem Falle mit den Beschlüssen des Verbandes solidarisch erklären wird. Am Sonntag, den 2. März, soll entweder im Circus Busch oder im Freipalast eine außerordentliche Generalversammlung des Holzarbeiter-Bandes stattfinden, die sich mit dieser Sache nochmals beschäftigt und die weitere Beschlussfassung vorzunehmen wird.

Eine öffentliche Kleberversammlung tagte am Mittwoch wieder in Feuerstein's Saal. Sie war seitens des Tagelöhner-Verbandes einberufen und von etwa 100 Personen besucht. Auf der Tagesordnung stand die Lohnbewegung. In den Erörterungen, die in der Versammlung gepflogen wurden, nahmen auch diesmal die Organisationsfreigeitigen den breitesten Raum ein. Von beiden Seiten wurde der Streit mit großer Lebhaftigkeit geführt. Die sachlichen Meinungsverschiedenheiten bezüglich der geplanten Lohnbewegung sind unseren Lesern bekannt. Nach längerem Debatten beantragte der Verbandsvorsitzende Leo Schmidt: Am nächsten Mittwoch eine öffentliche Versammlung

einzuuberufen, welche über den Beginn der Lohnbewegung Beschlüsse zu fassen hat. Später wurde dieser Antrag dahin ergänzt, daß das Bureau der gegenwärtigen Versammlung die beantragte Versammlung einberufen soll. Stroßer, der Vorsitzende des Klebervereins, bemerkte dazu: Wenn hier nicht erklärt werde, daß die Ortsverwaltung des Verbandes von der Leitung der Lohnbewegung ausgeschlossen bleibe, dann sei er nicht für die beantragte Versammlung. Darauf sagte Schmidt an: Eine gemeinsame Aktion mit dem Kleberverein müsse der Verband nach den mit dem Verein gemachten Erfahrungen ablehnen, aber er sei für ein gemeinsames Eintreten in die Bewegung. Hierauf verlangte Stroßer eine Erklärung des Verbandes, dahingehend, daß zu der beantragten Versammlung nur Kleber zugelassen werden und der Referent die Organisationsfreigeitigen ganz aus dem Spiel lasse. Weis als Vertreter des Verbandes erklärte darauf: Der Verband werde dafür sorgen, daß die Postler aus der Versammlung ferngehalten werden. Falls er (Weis) als Referent in Frage käme, verpflichte er sich auch, die Organisationsfreigeitigen nicht zu berühren, für andre Personen könne er sich natürlich nicht verbürgen. Nunmehr beantragte Stroßer, eine Kommission aus 3 Verbands- und 3 Vereinsmitgliedern mit der Einberufung der Versammlung und Wahl des Referenten zu beauftragen. Weis widersprach diesem Antrag, weil der Kleberverein die gemeinsamen Verhandlungen durchbrochen habe. Bei der weiteren Auseinandersetzung wurde die Versammlung so unruhig, daß ein Weitergehen unmöglich wurde.

Die Zahlstelle Berlin des deutschen Buchbinderverbandes hielt am 18. Februar im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine außerordentliche Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand ein Antrag der Ortsverwaltung, durch den eine Entlastung des Bureaubeamten bezweckt wird. Schon seit langem hat man in der Berliner Zahlstelle wegen der außerordentlich angewachsenen Vereinsarbeiten die Frage der Aufstellung eines zweiten Beamten diskutiert. Die Verwirklichung dieses Wunsches ist bisher daran gescheitert, daß Verbandsvorstand und Verbandsauschuss glauben, es der gesamten deutschen Mitgliedschaft gegenüber nicht verantworten zu können, die Kosten aus Verbandsmitteln herzugeben. Die Zahlstelle könnte höchstens auf einen Zuschuß von 500 M. aus der Verbandskasse rechnen. Zur Entlastung des Bureaubeamten schlägt nun jetzt die Ortsverwaltung, die die Deckung der Kosten eines zweiten Beamten aus Lokalmitteln allein für unmöglich hält, vor, zwei Kollegen mit der Führung der Mitgliederlisten und der Enttragung der Beiträge zu betrauen. Die Arbeit soll gegen eine monatliche Entschädigung von je 20 Mark außerhalb des Bureaus verrichtet werden. — Nachdem der Vorsitzende Brückner den Antrag ausführlich begründet hatte, entspann sich eine lebhaft Debatten. Für beantragte und befürwortete die Aufstellung eines zweiten Beamten, der zugleich die Arbeit des ersten Klebervereins übernehmen soll. Er ist der Meinung, daß die Zahlstelle die Kosten unter Aufhahme eines Verbandszuschusses von 500 M. aufbringen könne. Der Antrag wurde von einigen Rednern bestritten. Vergmann empfahl ihn jedoch als das einzig richtige und stellte für den Fall seiner Verwerfung folgenden Eventualantrag: „Am Schlusse eines jeden Quartals ist im Bureau ein Kollege ausschließlich fünf Wochen lang gegen einen Wochenlohn von 80 Mark zu beschäftigen. Sofern sich unter den Arbeitslosen geeignete Kräfte finden, ist der Betreffende aus ihren Reihen zu nehmen.“ Der Antragsteller erklärte es für absolut verfehlt, die Wähler aus dem Bureau fortzunehmen. — Der Eventualantrag Vergmann wurde schließlich mit großer Mehrheit angenommen. Der Antrag auf Anstellung eines ständigen zweiten Beamten wurde mit 94 gegen 78 Stimmen abgelehnt.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353. Sonntag, den 16. Februar, vormittags 10 Uhr: Allgemeine Versammlung sämtlicher Gas-, Wasser-, Heizungs-Rohrleger u. Felsler im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Pawlowitsch über: Arbeitslosigkeit und die wirtschaftlichen Nachteile der arbeitenden Klasse. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.

Sonntag, den 16. Februar, vormittags 10 Uhr: Versammlung der Feilenarbeiter Chausseestraße 72 bei Reissner.

Sonntag, den 16. Februar, vormittags 10 Uhr, bei Wehler, Wrangelstraße Nr. 136: Morgensprache der Schraubendreher.

Montag, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23: Versammlung der Former und Vernfegenossen von Berlin und Umgegend. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Rosenow über: „Bilder aus der Entwicklungsgeschichte des Menschengeschichts“. 2. Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserm Beruf. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Dienstag, den 18. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Nümann, Brunnenstr. 188: Versammlung der Chirurgischen Branche. Tages-Ordnung: 1. Jahresbericht. 2. Neuwahl des Branchewerreters und der Agitationskommission. 3. Verschiedenes. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung werden die Kollegen ersucht, vollständig und pünktlich zu erscheinen.

Dienstag, 18. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 5: Versammlung der Drahtarbeiter (Schlosser, Nabler usw.) Tages-Ordnung: 1. Aus der Praxis des Berliner Gewerbegerichts. Referent: Kollege Behrend. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Verband der Maschinisten und Heizer sowie Vernfegenossen Deutschlands. Verwaltungsstelle Berlin und Umgegend. Sonntag, den 16. Februar, nachmittags 5 Uhr, in Cohns Festsaal, Venthstraße Nr. 20: Versammlung. Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Verband der Maschinisten und Heizer sowie Vernfegenossen Deutschlands. Verwaltungsstelle Berlin und Umgegend. Sonntag, den 16. Februar, nachmittags 5 Uhr, in Cohns Festsaal, Venthstraße Nr. 20: Versammlung. Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Verband der Maschinisten und Heizer sowie Vernfegenossen Deutschlands. Verwaltungsstelle Berlin und Umgegend. Sonntag, den 16. Februar, nachmittags 5 Uhr, in Cohns Festsaal, Venthstraße Nr. 20: Versammlung. Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Verband der Maschinisten und Heizer sowie Vernfegenossen Deutschlands. Verwaltungsstelle Berlin und Umgegend. Sonntag, den 16. Februar, nachmittags 5 Uhr, in Cohns Festsaal, Venthstraße Nr. 20: Versammlung. Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlstelle Berlin. Branche Korbmacher. Sonntag, 16. Februar, vormittags 10 Uhr, im Lokal des Herrn Th. Handke, Richtenberg, Dorfstr. 13-14: Versammlung Tages-Ordnung: 1. Branchenangelegenheiten. 2. Verschiedenes. Zu dieser Versammlung sind speziell die Arbeiter der Werkstätten der Herren Bader, Jüwerner, Knorr und Specht eingeladen. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht Die Kontrollkommission der Korbmacher. Die Broschüre: „Bau der Kollage der Korbmacher nach statistischen Erhebungen im Jahre 1901“ gelangt in der Versammlung zur Verteilung; auch kann selbige im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, und Dresdener Straße 82/83 bei Herrn Goldberg abgeholt werden. 79/5

Nationale Krankenkasse der Deutschen Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsgenossen (E. H.) zu Schw.-Amund. Montag, den 17. Februar, abends präzis 8 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung (§ 28 des Statuts) im großen Saale des „Dresdener Garten“, Dresdenerstraße Nr. 45. Tages-Ordnung: 1. Jahres- und Rechenschaftsbericht vom Jahre 1901. 2. Diskussion. 3. Die Rattegebundene IX. Generalversammlung und ihre Beschlüsse. 4. Kassenfrage. 5. Wahl des Vorstands. 6. Verschiedenes. Das Kassenduch legitimiert. Um recht zahlreiches wie pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand. J. A.: E. Holtkamp, Vorsitzender, Admiralsstraße 18 E.

Verband der Möbelpolierer. Die Mitglieder werden ersucht, bis heute abend in den Zahlstellen einen Zettel zu unterschreiben, ob sie für die Arbeitslosen jede Woche außer dem 30 Pf.-Beitrag noch 20 Pf. zahlen wollen oder nicht. — Die später als Montag einlaufenden Zettel können nicht mehr berücksichtigt werden, ebenso die Kontrollkarten. 145/7 Montag, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr: Versammlungen. 1. Andreasstraße 26. Tages-Ordnung: 1. Die letzten Vorgänge in unser Organisation und die Frage der Arbeitslosen-Unterstützung. Referent: Kollege Rischke. 2. Diskussion. 3. Wie verhalten wir uns gegen das Vorgehen einiger Stublfabrikanten. 4. Wahl der Bezirksleitung. 5. Verschiedenes. Die Kollegen von der geschweiften Branche sind hiermit eingeladen. 2. Weisensee, Rissestraße 20. Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Antrag zur Verbandsangelegenheit. 3. Verschiedenes und Ausgabe der Jahresberichte sowie der Büllets zum Wandertag, welcher am 8. März in Reilers Park, Köpenicker Str. 20, stattfindet. Der Vorstand.

Achtung! Kleber. Sonntag, den 16. Februar, mittags 12 Uhr, bei Jannasch, Infanter. 10: Öffentliche Versammlung. Tages-Ordnung: Wann sind wir gewillt, den Unternehmern unsere Forderungen zu unterbreiten, event. in den Abwechsell zu treten? 2. Diskussion. 101/5 In der Versammlung haben nur Kleber Zutritt und hat in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ein jeder Kleber Vereins und Umgegend zu erscheinen. Die Lohnkommission. J. A.: Jod Nestem.

Achtung! Achtung! Bauarbeiter Berlins u. Umg. Verband der Bau-, Erd- und gewerbli. Hilfsarbeiter. Sonntag, den 16. Februar 1902, vormittags 10 Uhr, in Suggenhagens Stablisement, Wortsplatz: Gr. kombinierte Mitglieder-Versammlung aller zum Streitgebiet Berlins gehörigen Verbands-Zahlstellen. Tages-Ordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht vom Jahre 1901. 2. Der Vertragsentwurf der Arbeitgeber und welche Stellung nehmen wir dazu ein. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Kollegen, da der Saal nachmittags anderweitig belegt ist, muß die Versammlung pünktlich eröffnet werden. Wir erwarten deshalb pünktliches und zahlreiches Erscheinen. 32/9 Die Lohnkommission.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel. Karlsruher. Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige Direktion: Sonntags 5 Uhr. Spezialitäten. J. H. Mütt. Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung

Jede Uhr. zu reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Fortgehens nur 1 Mk. 50 Pf., außer Besch. keine Reparaturen billiger. Grobes Lager in Uhren, Goldwaren, Ketten zu erschwinglich billigen Preisen. Tafel-Strahlung. 900 gkt., 1/2, Tafeln 15,50, 2 Tafeln 20,50. Für sämtliche Waren schriftliche Garantie. Gdt. Mathewower Berlin, Vincennes, Opernplätz. 3359/2

T. Stolz, Chausseestr. 78, P. Stolz, Badstr. 57. Ich verkaufe. ad meinem Lagerplatz: 100 Stück 6 Zoll lang . . . 0,55, 100 . . . 7 . . . 0,65, 100 . . . 7 . . . 0,75, Bruchstücke, Centner nur . . . 0,60, Hankels Werke-Brigantia, ungepackt, das Beste aus d. Marke, Gr. nur 0,70, ins Haus 1000 Stück 1,95 Nr. mehr. Josef Fischer, Bromberger-Str. 70/2, Straße 19-21.

Zähne M. 2 an beliebige Teilzahlung. Olga Jacobson, 146 Invalidenstr. Carl Helbig, Zeitgehilfe und Maschin. für sämtliche Krankenkassen Berlins (11140\*) und Umgegend. Hefdomstr. 9, Eing. Wirtsch. 19, I.



# Kaufen Sie keine Schuhe und Stiefel,

ehe Sie nicht unsere Goodyear Welt-Fabrikate geprüft haben. Sie werden finden, dass unsere Preise die allerbilligsten, aber streng fest sind, und werden sich durch Tragen überzeugen, dass unsere Passformen die vorzüglichsten, und die Haltbarkeit unserer Fabrikate unerreicht ist. Wir verarbeiten nur das ausserlesenste Material und verwenden die allergrösste Sorgfalt auf sauberste Ausführung.



**Damen-Leder-Schnür-Stiefel**  
bequem - solide,  
5,50 Mk.

**Damen-Leder-Knopf-Stiefel**  
elegant - dauerhaft,  
6,00 Mk.

**Ballschuhe** führen wir vom einfachsten bis zu den elegantesten.

**Eleganter Damen- & Gamsleder-Tanzschuh** mit Lederfutter  
9,60 Mk.

**Damen-Leder-Zugstiefel**  
angenehm und haltbar,  
8,40 Mk.

**Damen-Leder-Spangenschuh** für Strauss und Haus 3,75 Mk. weisse G-lacé-Tanzschuhe 3,50 Mk.

**Beste Petersburger und Deutsche Gummischuhe**  
für Damen 1,95 Mk.

Millionen tragen unsere Schuhwaren, und täglich vergrössert sich der Kreis unserer Kunden. Im Laufe von wenigen Jahren hat unser Etablissement einen ungeahnten Aufschwung genommen. 72 eigne Geschäfte welche über das ganze Reich verbreitet sind, beweisen, dass unsere Schuhwaren die gesuchtesten sind. Der Goodyear Welt-Stiefel ist der beste Stiefel der Gegenwart. Die Auswahl in unseren Mädchen-, Knaben- u. Kinderschuh ist eine überaus grosse, die Preise sind erstaunlich billig. Wir erwähnen ausdrücklich, dass wir unsere Fabrikate ohne jeden Zwischenhandel direct an das Publikum in unseren eigenen 72 Filialen verkaufen, und dass die Preise in unseren Fabriken auf jede Sohle aufgestempelt werden. Man achte genau auf unsere Firma.



**Herren-Leder-Zug-Stiefel** 4,50 Mk.  
bequem, haltbar

**Leder-Schnür-Stiefel** 7,00 Mk.  
dauerhaft, elegant

**elegante breite Form** 8,20 Mk.

**Herren-Leder-Schnallen-Stiefel**  
bequemster Stiefel der Jetztzeit  
9,80 Mk.

**Beste Petersburger und Deutsche Gummischuhe**  
für Herren 3,70 Mk.

# Conrad Tack & Cie, Burg bei Magd.

Deutschlands bedeutendste und leistungsfähigste Schuhwaren-Fabriken.  
72 Verkaufsstellen unter eigener Firma in allen Theilen Deutschlands.

O. Andreasstrasse 50,  
NW. Beusselstrasse 29,  
N. Danziger Strasse 1,  
SW. Friedrichstrasse 240-241,  
Charlottenburg, Wilmsdorfer Strasse 122,

O. Große Frankfurter Strasse 139,  
N. Müllerstrasse 3,  
S. Granienstrasse 65,  
W. Potsdamer Strasse 50,  
Rigsdorf, Bergstrasse 30-31.

C. Rosenthaler Strasse 14,  
C. Spittelmarkt 15,  
NW. Churmstrasse 37,  
NW. Wilsnacker Strasse 22,

Der diesmalige Verkauf zurückgesetzter Waaren findet zu ganz bedeutend ermässigten Preisen, bis auf weiteres, ausschliesslich in unserer Filiale Rosenthaler Strasse 14 statt.

## Brauerei Germania, Akt.-Ges.

Berlin O., Frankfurter Allee 53, VII 2645.  
In sämtlichen eignen Ausschank-Lokalen

**Bock-Bier** 4/10 Liter 10 Pf.

1/2 Tonne M. 3,50. (3334L\*) 15 1/10 Flaschen M. 1,50.

**Honig!** Unverfälscht, deutschen Bienenhonig, beste Qual. per 9 Pf. netto zu 6,50 M., 5 Pf. 4 Pf. franco Nachn. Garant. Rüd. E. Reil, Nordloh, Bahnhof Auguststr. 10. Dr. Simmel, Prinzenstr. 59. Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**Kufekes**  
BESTE NAHRUNG FÜR gesunde & darmkranke Kinder  
**Kindermehl.**

**Brothelle für Tischler.**  
50 Jahre alte Tischlerei - Haus, Scheune u. - in Gunnersdorf-Sperenberg, a. d. Müllers-Übungsplatz der Eisenbahnbrigade, tobeshalber preiswert zu verkaufen. Anzahl 1200 bis 1500 M. Nähere Auskunft erteilt Julius Bonwitz, Kanonenstr. 8, 8/10\*

**30 Mark**  
hochfeine Sommerpaletots.  
**30 Mark**  
hochlegante Herrenanzüge.  
12 Mark  
hochlegante Weisseleider.  
Anfertigung nur nach Maß.  
Guter Stoff, tadelloser Sitz. (337) L.  
**14 Kranzstr. 14,**  
1 Tr., Tel.-Amt I Nr. 3708. 1 Tr.

Hiermit erkläre ich den Herrn **Emil Henschel** 4856 als einen ehrbaren Mann ergeben. Karl Dohmann, Schloßstr. 36.

**Luisenhof** Bakowerstr. 9, Ecke Dresdenstr. Kleine Säle (bis 120 Personen) sind Sonnabends noch zu vergeben. 4915

**Berliner Stadt-Brauerei**  
III, 8884. 4. Belforterstr. 4. III, 8884.  
empfiehlt ihre aus bestem Malz und Hopfen eingebrauten Biere:

**Bock-Bier!**  
Lagerbier (goldgelb), Verkaufsbier, 39872\*  
Prälatenbier (Münchener Art), Pilsener (hochfein).

**Schlosspark Wilhelminenhof,**  
Stadtbahn-Station Nieder-Schöneweide.  
Jeden Sonntag: **Grosses Bockfest, Konzert und Ball.**  
**Ausschank Original-Urbock.**  
NB. Vereinen zu Sommerfesten bestens empfohlen. 34502\*  
Telephon: Amt Nieder-Schöneweide Nr. 23.

## Kleine Anzeigen.

**Verkäufe.**

**Restoration,** seltene Grüns, sofort für 3400 Mark zu verkaufen. Schornberg, Charlottenburg, Seelenheimerstrasse 1, vorn I. 7145\*

**Chfr.,** Gemüsegeld verkauft billig Stargarderstrasse 64. 4606\*

**Chbabnvorort,** Bargesen für 800 Mark, gesunde Gegend, verkauft Hausverwaltung Brunnenstrasse 151. 4125

**Gardinenhaus** Große Frankfurterstrasse 9, parterre. 732\*

**Vorjährige** elegante Herrenhosen aus feinen Stoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufhaus Germania, Unter den Linden 21, II. 9748\*

**Vorjährige** elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinen Stoffen verkauft von 25,00 Mark an. B. Ventslow, Alexanderstrasse 22. 10148\*

**Anzüge** und Paletots nach Maß von 30,00 Mark an, mer Stoff hat 25,00 Mark. B. Ventslow, Alexanderstrasse 22. 10148\*

**Teppiche!** (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Bünn, Dörfelstrasse 4, Bahnhof Böse. 1117\*

**Bettfedern,** Pfund von 45 Pf. an, acht einjährige Nordseeentennen, Pfund 1,00. Fabriklager Potsdamerstrasse 37, I. 988K\*

**Gobelbänke,** auch kleine, billig. Dierich, Rothstrasse 76. 453b

**Musikwerke** mit auswechselbaren Rotenscheiben, geringe Teilzahlung. F. Kurzberg, Landsbergerstrasse 13.

**Teppiche** mit Gardenschemen. Fabrikauflage Große Frankfurterstrasse 9, parterre. 737\*

**Malzkräftiger,** blutbildend, für Blutarme, Brustkranke, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Geschäfte, färbt, überaus gesund. 14 Flaschen 3 Mark, 1/10 Tonne 3,50 exkl. Fracht. Nicht Holzweizel, Qualität entspricht. Posttelegraphische Anstalt, Bernauerstrasse 119. 112/109\*

**Teppichdecken** billig! Fabrik Große Frankfurterstrasse 9, parterre. 737\*

**Kanarienvögel** verkauft Brandl, Holzmarktstrasse 9. 488b

**Kanarienvögel** mit tiefer Stimm, schlechtere. Joodim, Brunnenstrasse Nr. 97. 499b

**Kanarienvögel,** 5 Mark an, Nachtweihen, Zeigler, Rothhänfling, Dompfaffen, Chinesische Nachtigallen. Kaufe jeden Vogel Kanarienvogel. Richter, Oranienstrasse 87. 493b

**Gobelbänke,** billig, Schirmer, Vögelstrasse 10. 747

**Chantgeschäfte,** 760 Meise, frank, seitlich, sofort zu verkaufen. Freiwaldenstrasse 20. 493b

**Eisernen** Ofen verkauft sehr billig Singer, Schützenstrasse 18/19.

**Kleiderpfand,** Spiegel, Kommode. Friedrichselderstrasse 26, vorn links.

**Nähmaschinen,** preiswerte Bergmannsche, ohne Teilzahlung. Woche 1,00, Lieferung nach allen Stadtteilen sofort. Landbergerstrasse 62, Röhndlerstrasse 60/61. 788\*

**Sportbillig!** Teppiche, Betten, Stuhldecken, Gardinen, Uhren, Velohaus. Brandstrasse 6. Teilzahlungen gestattet. 8,8\*

**Rohrblätter,** verfallene, tolleste Auswahl. Decker, Wollschneiderei, gebraucht und neu. Best. Möglichkeit günstige Gelegenheiten eines vorzüglichen Fahrradhandls. Brennrohrblätter, Dampfräder, Opelräder, Qualitätsmaschinen ersten Ranges, Postmaschinen, Damenräder, alles sportbillig, der jetzigen schlechten Jahreszeit entsprechend. Fahrrad-Verleihhaus Neue Schönhauserstrasse 11. 113/12

**Tanzvergüngen,** Freunden, Bekannten und Bekanntschaften zur Nachricht, daß ich die Leitung in den Fortuna-Sälen, Strandbergerstrasse 3, übernommen habe. Die Leitung wird von der beliebten Kapelle des Herrn Paul Knobloch ausgeführt. Um gütigen Zutritt bittet Rudolf Klement, Tanzmeister.

**Kohlenfreie** jahrgängige Behandlung, Zahnziehen, Zahnärztliche Vorstudium, Gohlstrasse 1a. 999K\*

**Minionk** Jahrgänge, Brunnenstrasse 42. Jährlich 9000 verschiedene Patienten. Dr. dental surgery Hülcher. 441b

**Kunstoperier** von Frau Rosofsky, Steinmetzstrasse 48, Obergebäude bodenparterre.

**Blindheit!** Wer sich über diese rühmliche Grundauffahrt unter Zeit unterrichten will, verlange die Schriftblätter des Weltbundes gegen Blindheit, welche unentgeltlich versendet werden vom Verein für Blinden in Berlin, Königgrätzerstrasse 108. Dasselbe können auch Referenten für Vorzüge in Arbeit, Vereinen über Blindheit beschaffen werden. Um gütigen Rückruf wird gebeten. 101b\*

**Bücherkauf** zu höchsten Preisen. Epstein, Rastplatzstrasse 101. (130/1\*

**Strassfächer,** Guadagnesche, Invaldenfächer, Klimentenfächer, Schantlerfächer, Eingaben, Klagesachen, Langjähriger Gerichtssekretär, Weingärtnerinspektor. Auch Sonntags. Oranienburgerstrasse 113/114.

**Goldfächer,** Jagdbüchse, Silber, Platin, Uhren, kostl. Schmuckstücke 137, Nymphenb. 452b

**Metallbruch** aller Art, kauft Brandl, Dörfelstrasse 16, Rannysstrasse 18. 338b\*

**Saal** mit Bühne 1. Oberetage frei. Genie, Invalidenstrasse 1a.

**Zwei** große schöne Vereinszimmer mit Piano empfiehlt Paul Vöhl, Wilsnackerstrasse 61. 719\*

**Die** Verteidigung, die ich gegen Frau Gomolla ausgeübt habe, nehme ich hiermit zurück und erkläre Frau Gomolla als eine ehrenhafte Frau. B. Dorn. 712b

**2** Vereinszimmer, Regelbahn empfiehlt Singer, Schützenstrasse 18.

**Rechtsbureau** Franz Willmann, Gohlstrasse 32. Größter Erfolg! Abends bis 9 Uhr, auch Sonntags!

**Rechtsbureau** „Beken“, Postdamerstrasse 26 b. Notariatsleistung in sämtlichen Fällen durch tüchtigsten Landgerichtsrat a. D. 487b

**Ein** tüchtiger Buchbindergehilfe, der schon die Leitung einer Buchbinderei unter sich gehabt hat, kann sofort eintreten. Eberth u. Bauer, Rastplatzstrasse 80. 1021b

**Arbeiterinnen** auf Jagdsitz und Kostüme verlangt. Kleiter Otto Rothmann, Kurstrasse 40. 483b

**Stehpinnen** im Hause, Schöder, Pantom, Kaiser Friedrichstrasse 67.

**Am** Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorzuhebende Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile

**Achtung! Ristenmacher,** Holz- u. Maschinenarbeiter. In der Ristenfabrik von Stolz, Vindstrasse, sind die Kollegen auszuheben, weil sie sich keinen Lohn abzug gefallen lassen wollten. Zugang fernhalten! 103/5 Die Lohnkommission.

**Achtung! Parkettbodenleger.** Bei der Firma Bendig & Söhne, Dan Thomasstrasse, Wobbit, Fagelle 28, sowie Van Prager- und Zwickauerstrasse 64 haben sämtliche Bodenleger die Arbeit eingestellt. Zugang ist fernzuhalten.

**Arbeitsmarkt.**  
Stellungsangebote.  
Straßenverkäufer und Hausierer für leicht veräußlichen gutlohnenden Warenartikel gesucht. Grunpauer u. Co., Werbau in Sachsen. 478b